

Universität Konstanz
Fachbereich Politik- und Verwaltungswissenschaft
Magisterarbeit im Hauptfach Politikwissenschaft

**Auf der Suche nach einer europäischen Öffentlichkeit:
Inhaltsanalyse der Debatte über eine EU-Verfassung
in europäischen Tageszeitungen**

Betreuer: Prof. Dr. Bernhard Giesen
2. Gutachter: Prof. Dr. Wolfgang Seibel

Vorgelegt von:
Sebastian Esser
Matrikelnummer: 01/457885
Hirtenstraße 17, 10178 Berlin
Telefon: 030 22431470
sebastianesser@web.de

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	3
1 Forschungsstand	6
1.1 Integrationsforschung und das Demokratiedefizit der EU	6
1.1.1 Integrationstheorie und die Theorie internationaler Beziehungen	6
1.1.2 Rationalistische Definitionen des Demokratiedefizits	8
1.1.3 Der „konstruktivistische“ Ansatz	9
1.2 Drei Modelle europäischer Öffentlichkeit	10
1.2.1 Das liberale Widerspiegelungsmodell	11
1.2.2 Die Pessimisten: Öffentlichkeit als kollektive Identität	17
1.2.3 Die post-habermasianische Berliner Schule	21
1.3 Sonderfälle	25
1.3.1 Meyers liberal-habermasianisches Modell von Kommunikation	25
1.3.2 Giesens kultursoziologisch-konstruktivistisches Identitäts-Modell ...	26
1.4 Probleme der Literatur	28
2 Forschungsfragen und Hypothesen	31
2.1 Das <i>Politics-Defizit</i> der Europäischen Union	31
2.2 Die Verfassungsdebatte als europäische Öffentlichkeit	33
2.3 Hypothesen	34
3 Analyse	37
3.1 Die Fischer-Debatte über eine EU-Verfassung	37
3.1.1 Die historische Entwicklung der Verfassungsdebatte	37
3.1.2 Drei Phasen der neueren Verfassungsdebatte	38
3.2 Methode	43
3.2.1 Inhaltsanalyse als Strukturanalyse	44
3.2.2 Der „subjektive Sinn“ als Forschungsinteresse	44
3.2.3 Inhaltsanalyse als <i>Frame-Analysis</i>	45
3.3 Forschungsdesign	48
3.3.1 Datenquellen	48
3.3.2 Kategoriensystem	51
3.3.3 Analyse-, Codier-, und Messeinheiten	53
3.3.4 Reliabilität, Validität, Replizierbarkeit und Generalisierbarkeit	54
3.4 Datenanalyse	56
3.4.1 Allgemeine Merkmale der Daten	57
3.4.2 Die Resonanzebenenhypothese	58
3.4.3 Die Angleichungshypothese	72
3.4.4 Die Symbolismushypothese	82
3.5 Ergebnisse	93
3.5.1 19 Thesen	93
3.5.2 Die Verfassungsdebatte als europäischer Diskurs	102
Schlussfolgerungen	106
Literaturverzeichnis	109
Anhang	112

Einleitung

Dass die Europäische Union an einem „Öffentlichkeitsdefizit“ leidet, gehört nicht mehr nur in der akademischen Welt zu den oft wiederholten Allgemeinplätzen, sondern auch Politiker aller Parteien und Länder schließen sich diesem Urteil an. Der Mangel an Öffentlichkeit ist mittlerweile zu einem wichtigen Element der Selbstbeschreibung der EU geworden. Zuletzt wurde der Vorsatz, diesem Mangel auszugleichen, als Beschluss der Regierungschefs in den Vertrag von Nizza aufgenommen:

Nachdem die Konferenz somit den Weg für die Erweiterung geebnet hat, wünscht sie die Aufnahme einer eingehenderen und breiter angelegten Diskussion über die Zukunft der Europäischen Union. Im Jahr 2001 werden der schwedische und belgische Vorsitz in Zusammenarbeit mit der Kommission und unter Teilnahme des Europäischen Parlaments eine umfassende Debatte fördern, an der alle interessierten Seiten beteiligt sind: Vertreter der nationalen Parlamente und der Öffentlichkeit insgesamt, das heißt Vertreter aus Politik, Wirtschaft und dem Hochschulbereich, Vertreter der Zivilgesellschaft usw. Die Bewerberstaaten werden nach noch festzulegenden Einzelheiten in den Prozess einbezogen. (Vertrag von Nizza)

In der wissenschaftlich Literatur gibt es ein sich seit einigen Jahren verstärkendes Interesse an der Frage, ob eine transnationale Öffentlichkeit prinzipiell vorstellbar ist. Im Allgemeinen wird die Existenz oder auch nur die Möglichkeit der Entwicklung einer solchen Öffentlichkeit bestritten. Nur eine Minderheit der Wissenschaftler geht davon aus, dass es heute bereits relevante öffentliche politische Kommunikation in Europa gibt. Einig ist man sich dagegen in der Betonung der Bedeutung von Öffentlichkeit für das Entstehen legitimer Machtausübung durch stabile, transparente und demokratische Institutionen in der EU. Erst durch Öffentlichkeit werden politische Entscheidungen kontrollierbar, entstehen und festigen sich kollektive Identitäten und werden kulturelle Konflikte vermieden.

Mit der Rede des deutschen Außenminister Joschka Fischer an der Berliner Humboldt-Universität am 12. Mai 2000 begann eine intensive Debatte über die Zukunft der Europäischen Union, an der sich wichtige Politiker aus allen Mitgliedstaaten beteiligten. Auch in den Massenmedien wurde die entstehende Idee einer europäischen Verfassung leidenschaftlich diskutiert. Langfristig wurde eine Entwicklung eingeleitet, die zur Einberufung eines „europäischen Konvents“ mit der Aufgabe der Neuordnung der Gemeinschaftsinstitutionen führte. Kann diese Debatte als ein Fall von europäischer Öffentlichkeit betrachtet werden? Die vorliegende Arbeit will diese Frage beantworten.

In einem *ersten Teil* wird zunächst die Literatur, die sich mit europäischer Öffentlichkeit beschäftigt, in das allgemeine theoretische Umfeld eingeordnet. Drei Theoriestränge werden idealtypisch unterschieden, die europäische Öffentlichkeit unterschiedlich verstehen und beurteilen. Das „liberale Widerspiegelungsmodell“ betrach-

tet die Kontrolle der Politik durch eine europäische Öffentlichkeit als Voraussetzung einer wirklichen übernationalen Demokratie, die „Pessimisten“ halten die Entstehung einer Öffentlichkeit für unmöglich, weil dazu ein europäischer *demos* fehle, und die „post-habermasianische Berliner Schule“ geht davon aus, dass schon heute genügend relevante Kommunikationsprozesse auf europäischer Ebene existieren, die als Öffentlichkeit charakterisiert werden können. Schließlich wird auf allgemeine Probleme dieser Ansätze und der Forschungsliteratur hingewiesen: die Vermischung politischer und akademischer Diskussion, die Orientierung an unrealistischen idealtypischen Ansprüchen an Öffentlichkeit und ein Defizit an empirischer Forschung.

In einem *zweiten Teil* wird der theoretische Ansatz dieser Arbeit präsentiert. Es wird argumentiert, dass zur Ausbildung einer europäischen Öffentlichkeit bisher Vorbedingungen demokratischer Kommunikation fehlten. Entscheidungen der supranationalen Institutionen sind nicht demokratisch und transparent genug, um Öffentlichkeit entstehen zu lassen. Es wird ein „*Politics-Defizit*“ ausgemacht, das die Entwicklung öffentlicher Kommunikation verhindert. Die außeralltägliche Diskussion über eine europäische Verfassung, ausgelöst durch Fischers Berliner Rede, soll als Beispiel dafür untersucht werden, wie sich ein europäischer Diskurs über politische Sachfragen erzeugen lässt, der zu konkreten Entscheidungen führt und einen Prozess der Konstruktion übernationaler kollektiver Identität verursacht oder verstärkt.

Der *dritte Teil* dieser Arbeit skizziert zunächst den historischen Verlauf der Verfassungsdebatte, grenzt den Untersuchungszeitraum ein und definiert das zu untersuchende Material. Anschließend wird die computergestützte Inhaltsanalyse als empirische Methode gerechtfertigt und ihre theoretischen Hintergründe erläutert. Dann werden Forschungsdesign, Kategoriensystem und Datenquellen präsentiert und Validität und Generalisierbarkeit der Ergebnisse hinterfragt.

Die Datenanalyse und die Dokumentation der Ergebnisse der statistischen Auswertung¹ sind entsprechend der drei leitenden Hypothesen und ihrer Subhypothesen gegliedert. Nach der Darstellung der allgemeinen Merkmale der Daten werden nacheinander die „Resonanzebenenhypothese“, die „Angleichungshypothese“ und die „Symbolismushypothese“ analysiert. Als Ergebnis der Analyse werden 19 zusammenfassende Thesen formuliert. Abschließend werden die Hypothesen überprüft und die Forschungsfrage beantwortet.

Die Untersuchung kommt zu dem *Ergebnis*, dass die europaweite Debatte über eine Verfassung für die Europäische Union die Vorstufe einer im Entstehen befindlichen europäischen Öffentlichkeit darstellt. Die Resonanzebene der Kommunikation wurde in allen untersuchten Öffentlichkeiten als europäisch eingestuft und beschrieben.

¹ Für seine Anleitung bei Modifikation, statistischer Auswertung und grafischer Umsetzung der Daten danke ich Dr. Willi Nagl.

Zudem war nicht nur die gemeinsame *Wahrnehmung* einer übernationalen Ebene vorhanden, sondern die gegenseitigen Beeinflussungen der Öffentlichkeiten untereinander deuten darauf hin, dass es sich auch *objektiv beobachtbar* um mehr als einen ereignisabhängigen Kommunikationsprozess zwischen Öffentlichkeiten gehandelt hat. Drittens sind in allen Öffentlichkeiten frappierend ähnliche Versuche nachzuweisen, eine europäische Identität mit gemeinsamer Geschichte, gemeinsamer Zukunft und gemeinsamen Werten zu konstruieren. Die *Schlussfolgerung* weist auf mögliche Auswirkungen und Konsequenzen dieser Ergebnisse für die weitere Entwicklung der Europäischen Union hin.

1 Forschungsstand

1.1 Integrationsforschung und das Demokratiedefizit der EU

Wie demokratisch ist die EU? Diese Frage ist der kleinste und oft einzige gemeinsame Nenner einer breit gestreuten, unübersichtlichen Diskussion in der sozialwissenschaftlichen Literatur. Die Frage wird immer wichtiger, denn die Kompetenzen der Europäischen Union reichen längst bis weit in das private Leben der Bürger, die Entscheidungen der Union verlangen zunehmend Opfer von ihren Mitgliedsstaaten und sie beschränken deren Souveränität. Die Frage nach der Demokratie ist außerdem der Kern der wichtigsten aktuellen politischen Prozesse in Europa, die in dieser Arbeit gleichzeitig Anlass und Untersuchungsgegenstand sind: der Konvent zur Ausarbeitung einer Europäischen Verfassung, der daraus hervorgehende Prozess der Vorbereitung einer tiefgreifenden Institutionenreform durch eine geplante intergouvernementale Konferenz im Jahr 2004 und die Diskussion über zu erwartende Probleme nach der bevorstehenden EU-Osterweiterung. Die EU bedarf darum heute mehr denn je demokratischer Legitimation.

Die akademische Debatte geht seit langem davon aus, die EU leide an einem „Demokratiedefizit“. Einige Stimmen widersprechen diesem Befund zwar (Hix 1999), die Mehrheit der Wissenschaftler stimmt ihm aber zu. Dabei existiert jedoch keine allgemein anerkannte Definition des Begriffes Demokratiedefizit. Unterschiedliche Forscher haben zur Untersuchung unterschiedlicher europäischer Institutionen unterschiedliche Definitionen gebraucht (Lord 2001). Die Folge ist eine Literatur, der wenig gemeinsam ist außer der Ausgangsfrage nach der demokratischen Legitimation der Union.

1.1.1 Integrationstheorie und die Theorie internationaler Beziehungen

Aber was sind die Merkmale einer Demokratie auf supranationaler Ebene? Unter welchen Voraussetzungen wäre die EU demokratisch? Schon darüber gibt es unterschiedliche, hier idealtypisch präsentierte Vorstellungen.

Die erste und einfachste ist das Modell einer Mehrheitsdemokratie angelsächsischen Stils: Die absolute Mehrheit der Bürger bestimmt die legislativen und exekutiven Organe der EU. Ein zweites, „korporatistisches“ Modell versucht, nicht nur eine Mehrheit, sondern so viele Bürger wie möglich zufrieden zu stellen (Lijphart 1984, 4) und plädiert dafür, einen breitestmöglichen Konsens zwischen Regierungen, supranationalen Institutionen und korporativen Nicht-Regierungs-Akteuren herzustellen. Drittens verlangen die Anhänger eines „partizipatorischen“ Modells den prinzipiellen

Zugang aller Bürger zu einer deliberativen Öffentlichkeit, um dort über machtfreie Diskurse einen Konsens zu konstruieren (Habermas 1990). Die jeweiligen Ziele dieser Demokratiemodelle könnte man mit *Handlungsfähigkeit*, *Stabilität* bzw. *Identität* umschreiben.

Diese theoretischen Modelle spiegeln auch einen Paradigmenwechsel in der Theorie der Integrationsforschung wieder. Die wichtigste Dichotomie der ersten Jahrzehnte der EU-Forschung war die von *Neofunktionalisten*, die Integration als stufenweisen, sich durch *spillovers* selbst fortsetzenden Prozess der Souveränitätsübertragung beschrieben, und *Intergouvernementalisten*, die davon ausgingen, dass die nationalen Regierungen weiterhin die *Gate-Keeper* ihrer vitalen politischen oder ökonomischen Interessen blieben. Diese Theorien hatten aber wenig Einfluss auf die Theorie der internationalen Beziehungen im ganzen und blieben merkwürdig isoliert von deren allgemeinen theoretischen Entwicklungen.

Seit den neuen Integrationsschüben Anfang der neunziger Jahre, vor allem dem Beschluss der Wirtschafts- und Währungsunion mit dem Vertrag von Maastricht, studieren Forscher die EU aber unter allgemeineren theoretischen Gesichtspunkten. Mark A. Pollack (2001) vertritt in einem einflussreichen Aufsatz die These, dass Realisten, Liberale und Rational-Choice-Institutionalisten zu einem „rationalistischen“ Konzept zusammengefasst werden können, das Literatur (vor allem in den Vereinigten Staaten) dominieren. Dessen einziger Wettbewerber ist demnach der „konstruktivistische“ Ansatz, der kultursoziologische, soziologisch-institutionalistische und normativistische Wissenschaftler vereint, jedoch noch nicht entwickelt und ausdifferenziert genug ist und noch zu wenig zum Verständnis der EU beiträgt, um den Rationalisten Konkurrenz machen zu können. Dieser neue Gegensatz reflektiere damit auch endlich eine allgemeinere theoretische Debatte, so Pollack (2001, 237):

[...] whereas the neofunctionalist/intergovernmentalist debate was limited almost exclusively to EU studies and contributed relatively little to the larger study of international relations, the rationalist/constructivist debate mirrors the larger debate among those same schools in international relations theory generally. Indeed, not only are EU studies relevant to the broader study of international relations, they are in many ways in the vanguard of international relations, insofar as the EU serves as a laboratory for broader processes such as globalisation, institutionalization, and (possibly) norm diffusion and identity change.

Selbst wenn Pollacks Analyse die Bedeutung rationalistischer Ansätze wahrscheinlich aus angelsächsischer Perspektive überschätzt und die metatheoretischen Annahmen der „Konstruktivisten“ stark verkürzt und damit unterschätzt, ist seine Unterscheidung trotzdem nützlich, um die Demokratiedefizit-Literatur zu strukturieren. Im folgenden sollen darum zunächst drei rationalistische Schulen unterschieden werden, um schließlich auf den „konstruktivistischen“ Ansatz, den diese Arbeit verfolgt, näher einzugehen.

1.1.2 Rationalistische Definitionen des Demokratiedefizits

Worin besteht das Demokratiedefizit der EU? Wodurch könnte es behoben werden?

Die traditionelle Definition des Problems durch die Politikwissenschaft war recht eindeutig: Aus der Kompetenzübertragung vom Nationalstaat auf die EU resultiert eine Entmachtung der repräsentativen nationalen Institutionen, die nur teilweise auf supranationaler Ebene wieder demokratisch ausgeglichen wird. Die dahinter stehende Idee einer Übertragung der prinzipiellen Demokratie-Ansprüche an einen demokratischen *Nationalstaat* auf die supranationale Ebene, also die Vorstellung, ein Gebilde *sui generis* wie die EU müsse sich am demokratischen Maßstab des klassischen Nationalstaats messen lassen, führte aber zu Kritik durch einige „revisionsistische“ Ansätze, die das Problem enger fassten und genauer definierten (Lord 2001, 634). Hier sollen zunächst drei rationalistische dieser „modernerer“ Theorieschulen des Demokratiedefizit-Problems unterschieden werden.

Die *Multilevel-Governance-Schule* geht davon aus, das Demokratiedefizit der EU sei dadurch bedingt, dass Regierung und Verwaltung auf nationaler und auf EU-Ebene stark zusammenwirken und ineinander verwoben sind, statt sauber nach Kompetenzen getrennt zu sein. Diese „Fusion“ (Wessels 1998, 214) der Regierungsstrukturen verursacht das Demokratiedefizit, nicht die Übertragung von Macht von einer Ebene auf eine höhere. Eine klare Verantwortlichkeit von mehrheitlich gewählten Volksvertretern ist nicht mehr genau zuzuschreiben. Entscheidungen können durch Wahlen nicht rückgängig gemacht werden. Wahlen haben allgemein einen geringen Einfluss auf die Politik, die unabhängig vom Wählerwillen durch informelle Netzwerke und über intransparente Entscheidungswege gemacht wird. Demokratische Kontrolle ist darum kaum noch möglich.

Eine *intergouvernementalistische Schule* versteht das Demokratiedefizit als *Principal-Agent*-Problem. Der Agent EU nimmt sich demnach Aufgaben an, die ihm vom Principal, den Regierungen, nie zugewiesen wurden. „Agency loss“ (Pollack 1997) und „bureaucratic drift“ ermöglichen den supranationalen Institutionen, Integrationsschritte zu vollziehen, die über das hinausgehen, was die Nationalstaaten ursprünglich beabsichtigt und vereinbart hatten. Da die europäischen Institutionen (wie die Kommission oder der Europäische Gerichtshof) keiner direkten demokratischen Kontrolle unterliegen, die gewählten Regierungen aber die Kontrolle über den Ausführungsprozess verloren haben, entsteht ein Demokratiedefizit. Maßgebliche Entscheidungen können durch eine Wahl nicht mehr beeinflusst werden.

Für eine dritte Schule, die allgemeine Probleme der *Globalisierung* in den Mittelpunkt stellt, liegt das strukturelle Problem darin, dass nationale Institutionen nicht alle ‚Output‘-Bedingungen für demokratische Herrschaft erfüllen können, während

Institutionen der Union die ‚Input‘-Konditionen nicht erfüllen können (Scharpf 1999). Die Nationalstaaten haben nicht mehr die Möglichkeiten, durch Investitionen in den Wirtschaftskreislauf einzugreifen oder umfangreiche soziale Sicherung zu garantieren, weil sie sich im internationalen Standortwettbewerb befinden. Finanzflüsse können umgeleitet, Produktionsstandorte verlegt und Waren andernorts günstiger produziert werden. Das führt zu einer allgemeinen Handlungseinschränkung der Politik und einem Vertrauensverlust der Bürger gegenüber dem Staat. Die Europäische Union kann andererseits zwar *negative* Anreize schaffen – durch kartellrechtliche Verfahren Wettbewerb sichern, Subventionsabbau erzwingen, Handelsbeschränkungen abbauen. Sie kann aber nicht *aktiv* positiv regulieren – etwa durch gezielte Subventionen oder Steuererhöhungen – da ihr dazu die demokratische Legitimation und letztlich auch die Daseinsberechtigung durch die identitäre Verbundenheit mit ihren Bürger fehlt². Das Demokratiedefizit entsteht aus diesem Paradoxon und kann darum nur minimiert und verwaltet, nie aber völlig beseitigt werden. Diese Arbeit soll sich jedoch mit einer vierten Definition des Problems beschäftigen, der *konstruktivistischen Schule*, für die das Demokratiedefizit der Europäischen Union die Folge eines „Öffentlichkeitsdefizits“ ist.

1.1.3 Der „konstruktivistische“ Ansatz

Die Kritik „konstruktivistischer“ Wissenschaftler an rationalistischen Ansätzen fassen am besten Christiansen/Jorgensen/Wiener (1999, 529) in ihrem Vorwort einer Sonderausgabe des *Journal of European Public Policy* über die „Soziale Konstruktion Europas“ zusammen:

A significant amount of evidence suggests that, as a process, European integration has a transformative impact on the European state system and its constituent units. European integration itself has changed over the years, and it is reasonable to assume that in this process agents' identity and subsequently their interests have equally changed. While this aspect of change can be theorized within constructivist perspectives, it will remain largely invisible in approaches that neglect processes of identity formation and/or assume interests to be given exogenously.

Rationalisten sehen Institutionen als *Rules of the Game*, die Anreize bieten, bestimmte Strategien zum Erreichen der anderswo definierten (nämlich ökonomischen) Präferenzen zu verfolgen. Institutionen sind ein *Set of rules*, das Akteure strategisch kreieren oder benutzen, um gewollte aber unabhängige Ziele zu erreichen. Sie gehen davon aus, dass etwa Kultur nicht der direkte Auslöser für konkretes Handeln ist. *Konstruktivisten* dagegen verstehen unter Institutionen auch Normen, die den Akteur ausmachen und nicht nur kurzfristige Anreize auslösen, sondern langfristige Konsequenzen für seine Präferenzen und Identität haben. Instituti-

² Insofern vertritt Scharpf hier auch ein zumindest ansatzweise „konstruktivistisches“ Modell. Grundannahmen und Methoden bleiben aber streng individualistisch.

onen sind hier also unabhängige Variablen, die vorausgesetzt werden müssen: Kultur, Werte, Religion. In diesem Sinne konstituieren Institutionen Identitäten und Präferenzen um den Akteuren zu ermöglichen, Verhalten zu interpretieren und ihm Bedeutung zu verleihen. Rationalistische Ansätze erklären demnach allenfalls einen Teil der Funktionen von Institutionen, nicht aber ihre wichtigeren Grundlagen. Institutionen im konstruktivistischen Sinne stellen ein nicht zu vernachlässigendes Hindernis auch für die europäische Integration dar. Rationalistisch formuliert: Das Brechen kognitiver Grenzen erhöht die Transaktionskosten für Kooperation.

Andrew Moravcsik (1999) kritisiert aus *Rational Choice*-Perspektive in einer polemischen Anklage unter dem Titel „Is something rotten in the state of Denmark?“ die Vorstellungen der konstruktivistischen „Kopenhagener Schule“ als tautologisch: Konstruktivisten müssten konkret darlegen, welche Identitäten, Diskurse und Ideologien zu welchen Ergebnissen führen. Sie formulierten ihre Theorien so, dass sie nicht riskierten, falsifiziert zu werden und das habe ein „failure to test“ zur Folge: Weil keine Hypothesen gebildet würden, fehle es auch an Methoden, um Theorien gegen Alternativen zu testen. Die entscheidende theoretische Meinungsverschiedenheit sei nicht, ob Akteure mit ihren Handlungen übereinstimmende Ideen haben, sondern die Quellen und Variationen dieser Ideen und ihre konkreten Verbindungen zu Politiken. Zudem hätten Konstruktivisten bisher wenig Konkretes zum besseren Verständnis der EU beigetragen. Moravcsiks Kritik setzt also bei den bisher vorrangig benutzten Forschungsmethoden an. Er hinterfragt explizit nicht die Existenz von Ideen und Identitäten, wenn er auch bestreitet, dass sie konkrete Folgen für Politikergebnisse haben.³ Im Kern bezweifelt der Aufsatz die Reife und Nützlichkeit konstruktivistischer Modelle, nicht ihre Existenzberechtigung.

Das Demokratiedefizit der EU besteht aus Sicht der Konstruktivisten aus dem Fehlen einer *demokratischen Öffentlichkeit*. Das Demokratiedefizit ist die Folge eines *Öffentlichkeitsdefizits* (Gerhards 1993). Eine Demokratie ist ohne Öffentlichkeit nicht denkbar, so der allgemeine Konsens, wenn auch die verschiedenen Öffentlichkeitstheorien unterschiedliche Begründungen hierfür geben.

1.2 Drei Modelle europäischer Öffentlichkeit

In diesem Teil sollen drei Schulen der Erforschung der europäischen Öffentlichkeit unterschieden werden. Dies geschieht in idealtypischer Weise, was gleichzeitig bedeutet, keinem der zitierten Autoren vollständig gerecht werden zu können. Die

³ Dabei übertreibt Moravcsik allerdings die polemische Überspitzung. Als Beispiel führt er etwa an, Telefone seien sehr wichtig für die Europäische Integration. Es sei aber absurd zu behaupten, Telefone hätten die Integration ausgelöst.

Theorien sind nicht immer scharf voneinander zu trennen, aber als Idealtypen, also Orientierungspunkte, von denen aus die einzelnen Modelle bewertet werden können, sollen drei Fälle stark gemacht werden: Das „liberale Widerspiegelungsmodell“, das Öffentlichkeit traditionell-politikwissenschaftlich analysiert⁴, die „Pessimisten“, die die Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit für unwahrscheinlich halten, und die „post-habermasianische Berliner Schule“ um Klaus Eder, die davon ausgeht, dass eine europäische Öffentlichkeit schon heute existiert. Alle drei unterscheiden sich nicht nur in ihrer normativen und theoretischen Ausrichtung, sondern sie haben ein unterschiedliches Verständnis von Öffentlichkeit.

Zwei Dimensionen des Themas „europäische Öffentlichkeit“ lassen sich nicht in die idealtypischen Modelle integrieren, sondern laufen quer durch alle Theorien: Die Frage, ob eine gemeinsame Öffentlichkeit ein einheitliches paneuropäisches Mediensystem zur Grundlage haben muss, oder ob darunter auch europäisierte nationale Öffentlichkeiten zu verstehen sind. Zum anderen gibt es unterschiedliche Ansichten, wen eine Öffentlichkeit umfassen soll: Alle Bürger („Massenöffentlichkeit“) oder nur interessierte und informierte Kreise, etwa Politiker und Beamte, Journalisten und Wissenschaftler, europhile Interessengruppen und militante EU-Gegner („Elitenöffentlichkeit“).

Folgende Fragen sollen jeweils beantwortet werden: Aus welcher theoretischen Tradition kommt die Theorie? Was ist für sie Öffentlichkeit? Welche Funktion hat Öffentlichkeit? Was ist eine *europäische* Öffentlichkeit? Gibt es ein Öffentlichkeitsdefizit der EU? Welcher Anspruch wird an europäische Öffentlichkeit gestellt? Was sind grundlegende Überzeugungen des Modells? Welche normative Prägung hat die Theorie? Welche Probleme können benannt werden?

1.2.1 Das liberale Widerspiegelungsmodell

Die Wurzeln des liberalen Widerspiegelungsmodells reichen zurück bis zu den großen liberalen Philosophen wie John Locke, später John Stuart Mill, Joseph Schumpeter und Anthony Downs. Der moderne Öffentlichkeitsbegriff dieses Modells wurde vor allem von Bruce Ackermann (1989) in Auseinandersetzung mit Jürgen Habermas geprägt.

Das Modell geht von der Grundprämisse aus, dass kollektiv verbindliche Entscheidungen in einer Demokratie nur durch ihre Kopplung an den Willen der Bürger legitim sind. Deren Wille ist ein Produkt von Interessen und Ergebnis öffentlich ausgetragener Willensbildungsprozesse. Der Wille der Bürger findet in der Wahl ihren

⁴ Liberale Politikwissenschaftler würden sich gegen eine Einordnung unter „konstruktivistischen Ansätzen“ zu Recht wehren – zumindest in der Frage der europäischen Öffentlichkeit ist sie aber gerechtfertigt, weil der Begriff der Öffentlichkeit hier ein entscheidendes Kriterium für die Bewertung des Demokratiedefizits ist.

Ausdruck. Gewählte Repräsentanten nehmen die Bürgerinteressen so lange wahr, bis sie abgewählt werden, weil sich die Wähler nicht mehr hinreichend repräsentiert fühlen. Damit die Bürger eine Wahl treffen können, müssen sie sich über die Kandidaten und ihre Positionen informieren können (Gerhards 2001, 137).

Klassische politikwissenschaftliche Ansätze begreifen Öffentlichkeit als intermediäre Institution zwischen der Gesellschaft der Bürger und dem Staat. Moderne Demokratien sind ohne Öffentlichkeit nicht vorstellbar, da sich Politiker hier über den Willen der Bürger informieren und die Bürger über die Handlungen der Politiker und über politische Alternativen. Öffentlichkeit vermittelt also in beide Richtungen und hat damit eine *intermediäre Stellung*. Die *prinzipielle Möglichkeit* sich zu informieren wird dabei allgemein als Kriterium eines demokratischen Prozesses angesehen.

Informationsvermittlung, Meinungsbildung und die *Kontrolle* der gewählten Repräsentanten sind die Aufgaben von Öffentlichkeit im Verständnis dieses Modells. Die Öffentlichkeit beobachtet das politische Geschehen ununterbrochen, informiert die Wähler über alle politischen Entwicklungen und Entscheidungen und ermöglicht so die Kontrolle von Repräsentanten, die ihre Abwahl fürchten müssen. Die Politiker orientieren ihr Verhalten an den Präferenzen der Bürger, weil sie beobachtet werden – so wird die Verantwortlichkeit der Repräsentanten ihrem Wähler gegenüber auch in der Zeit zwischen Wahlen gesichert. Öffentlichkeit hat in diesem Verständnis also eine Abbildungsfunktion: In der Öffentlichkeit spiegeln sich möglichst genau die Vorgänge der Politik wieder. Wie ein Spiegel oder ein Monitor bildet Öffentlichkeit die Politik ab.

Die Vorstellungen dieses Modells in Reinform fasst am besten das Bundesverfassungsgericht in seinem sogenannten „Spiegel-Urteil“ von 1966 zusammen, in dem die Aufgabe der Medien in der Demokratie definiert wurde:

Eine freie, nicht von der öffentlichen Gewalt gelenkte, keiner Zensur unterworfenen Presse ist ein Wesenselement des freiheitlichen Staates; insbesondere ist eine freie, regelmäßig erscheinende politische Presse für die moderne Demokratie unentbehrlich. Soll der Bürger politische Entscheidungen treffen, muss er umfassend informiert sein, aber auch die Meinungen kennen und gegeneinander abwägen können, die andere sich gebildet haben. Die Presse hält diese ständige Diskussion in Gang; sie beschafft die Informationen, nimmt selbst dazu Stellung und wirkt damit als orientierende Kraft in der öffentlichen Auseinandersetzung. In ihr artikuliert sich die öffentliche Meinung; die Argumente klären sich in Rede und Gegenrede, gewinnen deutliche Konturen und erleichtern so dem Bürger Urteil und Entscheidung. In der repräsentativen Demokratie steht die Presse zugleich als ständiges Verbindungs- und Kontrollorgan zwischen dem Volk und seinen gewählten Vertretern in Parlament und Regierung. Sie fasst die in der Gesellschaft und ihren Gruppen unaufhörlich sich neu bildenden Meinung und Forderungen kritisch zusammen, stellt sie zur Erörterung und trägt sie an die politisch handelnden Staatsorgane heran, die auf diese Weise ihre Entscheidungen auch in Einzelfragen der Tagespolitik ständig am Maßstab der im Volk tatsächlich vertretenen Auffassungen messen können. (Bundesverfassungsgericht 1966)

Wie sich hier zeigt, ist der klassische Öffentlichkeitsbegriff differenzierter, als bisher dargestellt: Auch für Vertreter des liberalen Modells spiegeln moderne Medien Wirklichkeit nicht nur wieder, sondern sie schaffen und verändern auch Wirklichkeit. Öffentliche Meinung und die Meinung der Bürger können von einander abweichen. Eine wichtige Funktion der Massenmedien ist z.B. die der Integration: Aus den Massenmedien entnimmt der einzelne die Information darüber, was er sagen und tun kann ohne sich zu isolieren. Medien können darum dazu beitragen, dass eine „Schweigespirale“ über politische Themen entsteht (Noelle-Neumann 1991). Der liberale Ansatz geht also nicht davon aus, dass Öffentlichkeit immer legitim ist – sie weicht oft von der Meinung des Souveräns, der Bürger, ab.

Um dieses Problem zu umgehen, ist die Hauptforderung dieses Ansatzes das Prinzip des prinzipiellen Zugangs zur Öffentlichkeit für alle Bürger. Jeder hat prinzipiell Rederecht, um eine Repräsentation der Vielfalt der Meinungen sicher zu stellen. Öffentlichkeit ist im besten Fall ein Spiegel der tatsächlich vorhandenen Meinungsvielfalt. In dieser Perspektive ist Öffentlichkeit eine Arena, in der die verschiedenen Akteure versuchen, die öffentliche Meinung zu beherrschen. Diskursive Kommunikation im Sinne Habermas ist nur eine – legitime – Strategie zum Erreichen dieses Ziels. Einen entsprechenden moralischen Anspruch an Öffentlichkeit als *Diskurs* kennt ein liberaler Öffentlichkeitsbegriff jedoch nicht. Ziel öffentlicher Diskussion ist nicht ein Konsens; Entscheidungen müssen stattdessen anhand demokratischer Mehrheitsregeln getroffen werden. So meint etwa Ralf Dahrendorf (1969) in Auseinandersetzung mit Habermas, die Beteiligung aller an einem öffentlichen Diskurs sei nicht nur utopisch, sondern auch nicht wünschenswert. Die *prinzipielle Möglichkeit* der Teilnahme an Öffentlichkeit müsse stattdessen institutionell gesichert werden.

Worin aber besteht für das liberale Widerspiegelungsmodell das Öffentlichkeitsdefizit der Europäischen Union? Auf nationaler Ebene sind die Staatsbürger *Herrschaftsträger* – als Wähler und als an Entscheidungen der Repräsentanten Gebundene – und gleichzeitig *Öffentlichkeit* – als Nutzer einer massenmedialen Berichterstattung über nationale Politik. Die Massenmedien als zentrale Vermittler zwischen Bürger und Politik sind die wichtigsten Informationsquellen der Bürger. Der Gesetzgeber der EU, der Ministerrat bzw. der Europäische Rat oder die Kommission, ist jedoch nur mittelbar legitimiert – Mehrheitsentscheidungen werden von national gewählten Regierungen, in manchen Fällen von der EU-Kommission, nicht aber von den Bürgern getroffen. Die Regierung der Union verfügt daher nur über mittelbare Legitimation – daraus resultiert ein *Demokratiedefizit*.

Im Sinne des liberalen Widerspiegelungsmodells bestünde in der EU dann ein *Öffentlichkeitsdefizit*, wenn wichtige Entscheidungen von Institutionen der EU gefällt

würden, die Massenmedien sich aber weiterhin auf die nationalen Institutionen konzentrierten. Die Bürger könnten sich nicht mehr ohne Probleme über die politischen Vorgänge informieren, die ihr persönliches Leben beeinflussen. Eine demokratische Kontrolle von Politik wäre nur schwer möglich.

Drei Autoren haben versucht, das Öffentlichkeitsdefizit der EU (verstanden im Sinne des liberal-politikwissenschaftlichen Ansatzes) empirisch zu überprüfen: Jürgen Gerhards (2000), Christoph O. Meyer (1999, 2000) und Ruud Koopmans (2001).

Gerhards⁵ unterzieht anderswo erhobene Daten über die Berichterstattung deutscher überregionaler Tageszeitungen von 1951 bis 1995 einer Sekundäranalyse. Es wird zwischen innerdeutschen Themen, europäischen Themen und internationalen Themen unterschieden, wobei die europäischen Themen am wenigsten Aufmerksamkeit erhalten. Über den gesamten ausgewerteten Zeitraum bleibt ihr Anteil in etwa konstant. Dies wird untermauert durch die Analyse der zu Wort kommenden Akteure: Sprecher europäischer Institutionen liegen über den gesamten Zeitraum hinweg im Durchschnitt unter einem Prozent. Im Verlauf lässt sich keine wesentliche Änderung feststellen. Die über die Jahrzehnte ständig zunehmende Bedeutung und die qualitativen Zuwächse der Regelungskompetenzen der EU spiegeln sich also nicht in einem gleichzeitigen Zuwachs der öffentlichen Berichterstattung wieder. Daraus leitet Gerhards den Befund eines Öffentlichkeitsdefizits der EU ab.

Der Autor selbst gesteht zu, dass die benutzten Daten eine recht schwache Operationalisierung des theoretischen Konstrukts darstellten und stellt fest: *„Es fehlen schlichtweg ländervergleichende Zeitreihenanalysen, die eine fundierte Antwort ermöglichen können.“* (Gerhards 2002, 143). Es besteht aber noch ein weiteres, theoretisches, Problem mit der Analyse: die demokratische Kontrolle von Machtausübung setzt voraus, dass eine Wahl, also ein konkreter Akt des einzelnen Bürgers, seinem Repräsentanten das Vertrauen entzieht und damit alternative Entscheidungen möglich werden. Zu diesem Zweck muss sich der Bürger informieren und nimmt an einem öffentlichen Meinungsbildungsprozess mehr oder weniger aktiv teil. Aufgrund des Demokratiedefizits der EU im Verständnis des liberalen Modells hat der Einzelne jedoch gar nicht die Möglichkeit, an Entscheidungen der EU durch seine Wahl etwas zu verändern. Wäre das der Fall, wäre mit einer aktiveren öffentlichen Debatte zu rechnen, wie sich in Staaten, in denen über europäische Fragen Volksabstimmungen stattgefunden haben, häufig gezeigt hat. Auch in nationalen Öffentlichkeiten findet über nicht zu Beeinflussendes oft keine kontroverse „demokrati-

⁵ Jürgen Gerhards, der den Begriff „Öffentlichkeitsdefizit“ prägte (1993), stellt einen Sonderfall dar: Als systemtheoretisch orientierter Wissenschaftler bleibt er stets analytisch neutral, kritisiert in alle Richtungen und vermeidet normative Festlegungen. In der eigenen empirischen Arbeit verfolgt er aber einen klassisch politikwissenschaftlichen Ansatz liberaler Prägung.

sche“ Diskussion statt, etwa Zinsentscheidungen der Zentralbanken, die Erhöhung der GEZ-Gebühren oder Schwankungen des Aktienmarktes.

Dass sich der Charakter der Öffentlichkeit seit 1995, dem Ende des Untersuchungszeitraumes dieser ersten Studie, geändert haben könnte, schließt Christoph O. Meyer (1999) aus einer Untersuchung des skandalträchtigen Rücktritts der Santer-Kommission im Jahr 1999. Dazu interviewte er Kommissions-Funktionäre und akkreditierte Brüsseler Journalisten aus ganz Europa und verfolgte als teilnehmender Beobachter aus Zeitungs-Redaktionen heraus das Geschehen. Meyer macht für die Skandalisierung der Vorwürfe einen veränderten Charakter der Berichterstattung über die EU verantwortlich. Die Hintergrundstruktur der Kommission, die in Organisation und Selbstverständnis traditionell eher der einer Verwaltungsbehörde entsprach, habe der veränderten Wahrnehmung nicht angemessen begegnen können – sie wurde auf einmal als machtvolle Regierungszentrale kritisiert und durchleuchtet. Die den Skandal auslösenden Fälle von Miss- und Vetternwirtschaft hätten noch wenige Jahre zuvor nicht die gleichen Folgen gehabt.

In einer weiteren Untersuchung weist Meyer (2000) nach, dass das koordinierte Vorgehen von Korrespondenten europäischer Zeitungen und die gleichzeitige kampagnenartige Umsetzung des Themas in verschiedenen nationalen Öffentlichkeiten für den großen öffentlichen Druck verantwortlich war, der schließlich zum Rücktritt der Kommission führte. Eine multinational zusammengesetzte Gruppe von Journalisten kooperierte bei der Recherche und stimmte sich auch mit einzelnen Abgeordneten des Europaparlaments ab, so dass sie insgesamt die europäische Medienagenda dominieren konnte. Damit ist auf plausible Weise gezeigt, dass sich nationale Öffentlichkeiten gegenseitig beeinflussen und übernationale Wirkung haben können.

Jürgen Gerhards (2001,144) kritisiert zwei Voraussetzungen dieser Studien: Zum einen handle es sich um Fallbeispiele und nicht um Zeitreihenuntersuchungen, die allein dazu geeignet seien die These zu stützen, das Öffentlichkeitsdefizit sei im Begriff sich aufzulösen. Zum anderen handle es sich bei der Berichterstattung über den Rücktritt der Santer-Kommission um „Skandalkommunikation“, die nicht den Normalfall darstelle und andere Akteure zu Wort kommen lasse als die alltäglichen EU-Nachrichten. Dennoch bleibt die Untersuchung ein eindrücklicher Nachweis übernationaler Kommunikation und der gegenseitigen Beeinflussung nationaler Öffentlichkeiten.

Das ambitionierteste theoretische Modell liegt schließlich dem Projekt von Ruud Koopmanns zu Grunde. Es ist der Kern der Untersuchung einer internationalen Forschergruppe, die gemeinsam eine aufwendige, im Jahr 2001 begonnene, auf drei

Jahre angelegte und von der EU-Kommission geförderte Studie unter dem Akronym *europub* durchführt. Das Projekt folgt dem Öffentlichkeitsbegriff des liberalen Widerspiegelungsmodells und kombiniert dessen grundlegende Annahmen mit verschiedenen Theorien der Medienwirkungsforschung und Theorien sozialer Mobilisierung. Ansatzpunkte sind die Institutionen der EU als neue Form von *multi-level-governance*-Konfiguration, die kollektive Akteure, die Politik beeinflussen möchten (etwa Gewerkschaften, Interessenverbände, NGOs, Firmen, gesellschaftliche Gruppen), mit *policy-outputs* (Gesetze und Rahmenbedingungen) konfrontieren und ihnen Anreize zur Intervention in den politischen Entscheidungsprozess geben. Diese kollektiven Akteure haben bestimmte *Kommunikationsstrategien*, mit denen ihnen am Herzen liegende Themen zum Gegenstand öffentlicher Diskussion gemacht werden sollen. Das geschieht durch die Äußerungen sogenannter „Claims“, also Behauptungen, Argumente und andere öffentliche Äußerungen. Dadurch wird eine Agenda für die Massenmedien gesetzt, die, bestimmten *Selektionskriterien* gehorchend, die Claims der gesellschaftlichen Interessengruppen widerspiegeln. Wie der Bürger als Leser diese Claims aufnimmt, ist von *Rezeptionskriterien* abhängig. Dann schließt sich der Kreislauf, indem Politiker über ihre Wähler, neben den Medien auch durch andere Kanäle vermittelt, Rückmeldungen über die geplanten Gesetze bekommen. Insgesamt handelt es sich also um eine ausgefeiltere und um bestimmte Auswahl- und Aufnahmetheorien erweiterte Variante des Widerspiegelungsmodells: Die Vorgänge der Politik werden von den Medien in gefilterter Form abgebildet und wiedergegeben.

Das wichtigste Instrument der Untersuchung ist die Inhaltsanalyse, durch die so viele „Claims“ wie möglich zusammengetragen und dokumentiert werden. Dabei entstehen dicke Codebücher, die eine akribische Untersuchung aller Argumentationsstränge und Akteure ermöglichen. Die Detailliertheit und Genauigkeit dieses Ansatzes ist jedoch auch Ausdruck der Schwäche des zur Grunde liegenden Modells: Öffentlichkeit wird zu einer mechanischen, aus Argumenten und Interessen-Kommunikation konstruierten *black box*, an deren Ausgang die wirklichen politischen Geschehnisse mehr oder weniger gefiltert öffentlich abgebildet werden. Ziel empirischer Forschung ist die Beschreibung der Filter-Mechanismen. Kollektive Identitäten, diffuse Stimmungen, Formen von Diskursivität, Zufall und vor allem symbolische Rahmungen (Frames) durch die Medien können nicht berücksichtigt werden. Die symbolische Dimension öffentlicher Kommunikation geht verloren.⁶ Dem Anspruch, Öffentlichkeit realitätsnah abzubilden, kann so nicht genügt werden.

⁶ Allerdings sind noch keine konkreten Operationalisierungen oder Ergebnisse bekannt – die Kritik steht darum unter Vorbehalt.

Das liberale Widerspiegelungsmodell stellt keine hohen Ansprüche an eine europäische Öffentlichkeit: Es genügt, wenn die Politik transparent gemacht wird, wenn also durch die Abbildung des politischen Geschehens demokratische Kontrolle prinzipiell ermöglicht wird. Dennoch ist man sich für die Zeit bis zur Mitte der neunziger Jahre einig, dass in der EU ein Öffentlichkeitsdefizit bestand, welches das ohnehin bestehende Demokratiedefizit noch verschlimmerte. Die empirischen Grundlagen einer solchen Annahme sind zwar recht dünn, dennoch sind sie plausibel – eine Veränderung der Masse und Qualität der Berichterstattung hat in dieser Zeit nicht stattgefunden.

Empirische Untersuchungen legen aber den Verdacht nahe, dass sich seit Mitte der neunziger Jahre, nach dem Vertrag von Maastricht und dem Ende des sogenannten „permissive consensus“ (Hix 1999) der Charakter europäischer Öffentlichkeit verändert haben könnte. Europäische Institutionen werden zum Thema öffentlicher Diskussionen, Skandale werden aufgedeckt und finden ein Echo bei den Bürgern. Die Kontrolle der Regierungsinstanzen durch die Öffentlichkeit scheint besser zu funktionieren. Empirische Belege durch Zeitreihenanalysen fehlen dafür jedoch nach wie vor.

Ein grundlegendes theoretisches Problem dieses Ansatzes zeigt sich jedoch auch in anderen Forschungs-Designs zur empirischen Prüfung der Frage, ob es in Europa ein Öffentlichkeitsdefizit gibt: Die Reduzierung von Öffentlichkeit auf die Abbildung politischer Vorgänge, Transparenz als alleiniger Anspruch an Öffentlichkeit, das Suchen an der institutionellen Oberfläche, wird der Bedeutung demokratischer Prozesse und der kulturell-prozesshaften „Tiefe“ des Vorgangs öffentlicher Kommunikation nicht gerecht.

1.2.2 Die Pessimisten: Öffentlichkeit als kollektive Identität

In der Forschung der europäischen Öffentlichkeit gibt es eine einflussreiche Tradition von skeptischen Äußerungen anerkannter Wissenschaftler, die die Chancen der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit äußerst gering einschätzen und aus diesem Grund die kurzfristige Demokratisierung der Europäischen Union für unmöglich halten. Zu ihnen zählen Peter Graf Kielmansegg, Dieter Grimm, Rainer M. Lepsius, Fritz Scharpf und Philip Schlesinger.

Diese Autoren gehen davon aus, dass sich die EU nicht allein durch ihre eigene Politik legitimieren kann. Vielmehr brauche Politik „*nicht nur spezifische, sondern immer auch diffuse Unterstützung*“ (Kielmansegg 1996, 50). Sie ist auf langfristige Loyalität ihrer Bürger angewiesen. Dazu bedarf es aber einer belastbaren *kollektiven Identität* der Europäer als Europäer. Der wichtigste Grund, warum eine solche kollektive Identität nicht besteht, ist demnach, dass die EU keine Kommunikations-

gemeinschaft bildet und darum auch keine Erinnerungsgemeinschaft sein kann. Es gibt keinen europäischen *demos*.

Eine geteilte Kultur und eine kollektive Identität sind die Voraussetzung einer gemeinsamen Öffentlichkeit. Eine solche Identität muss stark genug sein, um Mehrheitsentscheidungen in der EU auszuhalten, auch wenn einzelne Nationen mehrheitlich anderer Meinung sind. Außerdem muss eine Gemeinschaft dazu fähig sein, sich selbst als *demos* zu begreifen, um über gemeinsame Ziele und Probleme diskutieren zu können.

Allen Autoren dieses Ansatzes ist gemein, dass Sie explizit oder implizit davon ausgehen, dass eine europäische Öffentlichkeit ein übernationales Mediensystem zur Voraussetzung hat und dass auch eine Europäisierung der nationalen Medien diesem Anspruch nicht gerecht würde.

Prospects for Europeanization of the communication system are absolutely non-existent. A europeanised communications system ought not to be confused with increased reporting on European topics in national media. These are directed at a national public and remain attached to national viewpoints and communication habits. They can accordingly not create any European public nor establish any European discourse. (Grimm 1995, 294/295)

Sie betonen erstens **Institutionen** – wie demokratische Verfahren und ein funktionierendes Mediensystem – als unverzichtbare Elemente von Öffentlichkeit. Eine Infrastruktur aus politischen Institutionen und Medienorganisationen ist Voraussetzungen demokratischer Öffentlichkeit. Eine europäische Öffentlichkeit kann nur entstehen, wenn ein gesamteuropäischer Markt nach paneuropäischen Zeitungen, Zeitschriften, Radiosendern und Fernsehprogrammen verlangt (Grimm 1995). Die Voraussetzung einer europäischen Öffentlichkeit ist also ein europäisches Publikum, das von einem einheitlichen europäischen Mediensystem mit Informationen versorgt wird – selbst wenn dies in jeweils unterschiedlichen Sprachen geschieht, muss die Medienlandschaft die selben Nachrichten melden und diskutieren, der gleichen „News-Agenda“ folgen.

Während die politischen Hemmnisse für die Entwicklung einer europäischen Öffentlichkeit (Zensur, Regulierung der Medien) als gering eingestuft werden, wird die Möglichkeit der Schaffung von *technischen Voraussetzungen* für Verbreitung von Medieninhalten bezweifelt. Die Übersetzung einer europaweiten Zeitung sei zu aufwendig und Herstellung und Transport zu teuer (Gerhards 1993, 100). Auch das Fernsehen eigne sich nur begrenzt als gesamteuropäisches Medium („europäische ARD“), da die Programme in der jeweiligen Landessprache ausgestrahlt werden müssten.

Diese technischen Hürden haben sich jedoch inzwischen als nicht unüberwindbar herausgestellt: Die rasante Entwicklung der Informationstechnologie löst alle Trans-

port- und Zeitprobleme, auf die eine europäische Tageszeitung stoßen würde. Besonders hätte sich das Internet als Medium angeboten. In vielen europäischen Ländern existiert eine nationale Tageszeitung als übersetzte englischsprachige Beilage der *International Herald Tribune* – Übersetzungsprobleme können also gelöst werden. Auch Fernsehsender haben inzwischen Erfahrung mit mehrsprachigem Programm gesammelt: *Arte* und *EuroNews* senden das selbe Programm in mehreren Sprachen. Mit technischen Schwierigkeiten kann also nicht erklärt werden, warum sich kein paneuropäisches Mediensystem entwickelt.

Ein wichtigeres Argument ist das Fehlen einer gemeinsamen **Sprache**:

Der von Massenmedien getragene öffentliche politische Diskurs, der Politik überhaupt erst zu einer Sache der Allgemeinheit und damit die Demokratie erst zur Demokratie macht, bleibt seiner Natur nach an Sprachräume gebunden. Ein europäischer Diskurs, getragen von europäischen Medien, geführt vor einem und mit einem europäischen Publikum – das mag eine Vision sein, Wirklichkeit ist es nicht. (Kielmansegg 1996, 57)⁷

Marianne van de Steeg (2001, 503/504) unterscheidet drei Arten von Argumenten, die die These stützen, Sprachenvielfalt sei das größte Hindernis für das Entstehen einer europäischen Öffentlichkeit. Das *erste* Argument lautet, dass selbst wenn in verschiedenen Sprachen über die gleichen Themen kommuniziert würde, Verständigung unmöglich sei, weil Sprache auch immer eine Weltsicht, eine spezifische Konstruktion der Wirklichkeit darstelle. Über sprachlich-kulturelle Grenzen hinweg könne es keine wirkliche Verständigung geben, da eigentlich stets über verschiedene Dinge gesprochen werde. Der kulturelle Kontext von Sprecher, Rezipient und Publikum ist so unterschiedlich, die Interpretation von Nachrichten wird so inkompatibel ausfallen, dass ein Diskurs nicht stattfinden kann. Verschiedene Öffentlichkeiten sprechen grundsätzlich über verschiedenen Dinge.⁸ *Zweitens* wird fast von allen Autoren dieser Schule festgestellt, dass die Vielzahl der Sprachen eine Unterhaltung oder eine Diskussion unter den Bürgern verhindere. Damit sei eine der grundlegendsten Voraussetzungen für Demokratie in der EU nicht gegeben – die Möglichkeit, miteinander zu reden oder die Gelegenheit zur Meinungsäußerung zu haben. Sprache und Kommunikation sind in diesem Verständnis ein und die selbe Sache. *Drittens* wird eine *lingua franca* vermisst, eine von allen Bürgern verstandene und gesprochene Sprache. Das kann entweder eine einzige Sprache wie Englisch sein, oder die Voraussetzung mit sich bringen, dass alle Bürger alle EU-Sprachen verstehen, so dass ein Sprecher sicher sein könnte, von allen Bürgern verstanden zu werden. Da die zweite Möglichkeit ausgeschlossen werden kann und auch in der Zukunft nicht alle, noch nicht einmal der Mehrheit der EU-Bürger über ausreichende

⁷ Interessant dabei ist, dass Diskursivität hier zum Kriterium wird: „So werden die Habermas’schen Vorstellungen von deliberativer und diskursiver Demokratie zum Maßstab kritischer Analyse selbst bei denen, die ihm ansonsten nicht unbedingt nahestehen“ (Neidhardt, Koopmans und Pfetsch 2000, 263).

⁸ Dieser Befund ist allerdings empirisch nicht belegt. Er wäre aber einfach überprüfbar.

Englisch-Kenntnisse verfügen werden (Gerhards 2000), ist ein europaweiter Diskurs nicht möglich.

Alle diese Argumente laufen unaufhaltsam auf ein Ergebnis hinaus: „*to sum this all up, the public sphere ist limited by the state's borders*“ (van de Steeg 2001, 505). Der Nationalstaat ist die Norm, mit der sich eine europäische Öffentlichkeit vergleichen lassen muss. Sollte es eine übernationale Öffentlichkeit geben, würde sie aussehen wie eine nationale Öffentlichkeit.

Genau an diesem Punkt muss die Kritik einsetzen. Alle geschilderten Probleme treten auch im Nationalstaat auf: Sprachprobleme, Verständigungsprobleme kultureller Art, technische Probleme und Identitätsprobleme. Sie werden dort aber mehr oder weniger erfolgreich gemeistert und verhindern nicht die Entstehung einer Öffentlichkeit oder die Entwicklung eines Diskurses. Zudem sind auch nationale Öffentlichkeiten bei weitem nicht so stabil und funktionstüchtig, wie die idealtypische Beschreibung zur Untermauerung des pessimistischen Ansatzes suggeriert. Auch in den meisten nationalen Öffentlichkeiten dominiert nicht eine Zeitung, eine Nachrichtensendung und eine News-Agenda. Nur eine Minderheit der Bürger liest überregionale Zeitungen, im Schnitt sehen etwa acht und nicht achtzig Millionen Menschen die *Tagesschau*. Ob ein Mecklenburger und ein Schwabe, ein Mailänder und ein Sizilianer oder ein Baske und ein Andalusier in einer Diskussion in der selben Sprache immer die selben Dinge meinen, darf bezweifelt werden.

Der konstruierte Standard ist so anspruchsvoll und unrealistisch, dass keine Öffentlichkeit ihn erfüllen könnte. Die Messlatte für eine europäische Öffentlichkeit ist so hoch gelegt, dass sie nicht erreicht werden kann. Die pessimistischen Autoren

... come dangerously close to asserting that ethnic and linguistic homogeneity should be considered a necessary precondition of democratic legitimacy – and implying fatalistically that the European democratic deficit could never be overcome (Fritz Scharpf zitiert nach Meyer 1999).

Das *Demokratiedefizit* der Europäischen Union ist dem pessimistischen Ansatz nach das Resultat eines Dilemmas: Die EU braucht demokratische Legitimität, ist aber nur in einem sehr begrenzten Maß demokratiefähig. Das *Öffentlichkeitsdefizit* besteht aus dem Fehlen eines übernationalen Mediensystems, einer kollektiven Identität und einer gemeinsamen Sprache. Es ist damit direkte Ursache des Demokratiedefizits. Gleichzeitig ist das Demokratiedefizit aber auch für das Öffentlichkeitsdefizit verantwortlich, weil Regierungen und nicht die Bürger über Gesetze abstimmen, über die in einer Öffentlichkeit diskursiv verhandelt werden könnte. Die Vertreter dieses Ansatzes setzen

„bereits voraus, was im Prozess politischer Kommunikation erst entsteht: Mehrheiten in einem Raum konkurrierender politischer Meinungen und organisatorischer Formen, die dieses Feld strukturieren“ (Eder und Kantner 1999, 314).

Demokratiedefizit und Öffentlichkeitsdefizit bedingen sich gegenseitig. Dies kann man als Teufelkreis bezeichnen – aber auch als „selbsterfüllende Prophezeiung“ (Eder und Kantner 1999) oder als tautologisches Argument.

Es bestehen also einige Probleme mit diesem Modell europäischer Öffentlichkeit: (1) Die Orientierung am Öffentlichkeitsmodell des Nationalstaats ist für die EU nicht angemessen, (2) die Ansprüche an eine europäische Öffentlichkeit sind zu hoch, als das sie je erfüllt werden könnten, (3) wichtige Argumente können problemlos empirisch entkräftet werden, (4) das theoretische Grundmodell ist eine selbsterfüllende Prophezeiung und darum nicht anwendbar, (5) die Autoren betonen die schlechten Aussichten einer europäischen Öffentlichkeit so stark, dass ein pessimistischer *Bias* entsteht und schließlich gibt es (6) bisher keinerlei empirische Untersuchungen, um die Annahmen und Voraussetzungen des Ansatzes zu überprüfen, zu bestätigen oder zu widerlegen.

Dennoch legen die pessimistischen Autoren ihre Hand an eine wunde Stelle des Konzeptes einer europäischen Öffentlichkeit. Ohne eine gemeinsame Identität, eine allgemein akzeptierte soziale Konstruktion eines europäischen *demos*, einer *imagined community* (Anderson 1985) ist eine Öffentlichkeit, die wichtige Funktionen in einer europäischen Demokratie erfüllen soll, schwer vorstellbar.

1.2.3 Die post-habermasianische Berliner Schule

Seit Mitte der neunziger Jahre hat sich als Reaktion auf die traditionell-pessimistische Schule und in Abgrenzung vom liberalen Öffentlichkeitsmodell eine dritte Schule herausgebildet, die ein diskursives Verständnis von Öffentlichkeit hat und die Öffentlichkeitsdefizit-Diagnose hinterfragt. Diesen oder ähnliche Standpunkte vertreten neben einigen anderen Forschern (Risse 1998, 1999, van de Steeg 2001) vor allem Klaus Eder und seine Mitarbeiter in Berlin (Eder 1999, Eder und Kantner 1999, Eder et al. 1998, Trenz 2000).

Für diese Schule hat Öffentlichkeit im Gegensatz zu einem liberalen Öffentlichkeitsbegriff nichts mit Repräsentativität zu tun, sondern allein der Prozess ihres Zustandekommens ist wichtig. Politische Kommunikation ist nach Jürgen Habermas (1971, 114) entweder umgangssprachliche Kommunikation (kommunikatives Handeln, Interaktion) oder Kommunikation über Kommunikation (Diskurs). Konstitutive Elemente demokratischer Öffentlichkeit als Diskurs sind die allgemeine Zugänglichkeit und die Rationalität der Diskussion. Öffentlichkeit ist ein Netzwerk für die Kommunikation von Inhalten und Stellungnahmen, also Meinungen (Habermas 1992, 436). Dennoch ist öffentlicher Diskurs nach dem habermasianischen Ideal mehr als die Summe individueller Meinungen. Sie ist ein Prozess des Überlegens und Abwägens, an dessen Ende im Idealfall ein Konsens stehen soll. Dabei sind nur Äußerungen in

„diskursiver Einstellung“ zugelassen: Rational begründbare Meinungen, die unter absoluter Herrschaftsfreiheit und Gleichheit der Teilnehmer gemacht werden. Die Politik hat dann die Aufgabe des Ausführens des diskursiv erreichten Konsenses – auch wenn dieses Ideal von Habermas selbst inzwischen relativiert wurde: *„Diskurse herrschen nicht. Sie erzeugen eine kommunikative Macht, die die administrative nicht ersetzen, sondern nur beeinflussen kann“* (1990, 44).

Die wichtigste normativ vorausgesetzte Überzeugung des Ansatzes ist es, dass es bereits in relevantem Ausmaß kollektive Meinungsbildungsprozesse in Europa gibt. Ein Öffentlichkeitsdefizit existiert nicht. Die Autoren bestreiten explizit die Überzeugung des traditionellen Ansatzes, der die kurzfristige Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit für grundsätzlich unmöglich hält. Der Begriff „Öffentlichkeit“ wird dabei wiederum in Anschluss an Habermas definiert: Werden von einem anonymen Massenpublikum *„zur gleichen Zeit die gleichen Themen unter gleichen Relevanzgesichtspunkten“* (Habermas 1996, 190) diskutiert? Anders als dieser (daher „post-habermasianisch“) hält es die „Berliner Schule“ jedoch nicht für entscheidend, ob die gleichen Meinungen und Einstellungen vertreten werden oder ob ein Konsens erzielt wurde:

Wenn unterschiedliche Akteure unterschiedliche Meinungen und Einstellungen äußern, heißt das noch nicht, dass sie nicht Kommunikationsteilnehmer in einem gemeinsam geteilten öffentlichen Raum sind. [...] Wenn keine Kommunikation stattfindet, kann kein Dissens auftreten. Dissens ist deshalb gerade ein Indikator für Kommunikationsprozesse. (Eder und Kantner 1999, 308).

Öffentlichkeit entsteht schon dann, wenn Themen als *gemeinsame* Themen akzeptiert werden und darüber unter gleichen *Relevanzgesichtspunkten* diskutiert wird. Das bedeutet gleichzeitig, dass die von den diskutierten politischen Entscheidungen Betroffenen sich an der Debatte beteiligen.

Den pessimistischen Autoren wirft dieses Modell vor, das Ergebnis eines Prozesses der Entstehung von Öffentlichkeit zum Maßstab der Bewertung einer neuen, europäischen Form von Öffentlichkeit zu machen. Nationale Öffentlichkeiten würden „typisierend“ aufgewertet; dies sei eine „Idealisierung“ der historischen Erfahrung mit der Entwicklung nationaler Öffentlichkeiten. Statt dessen geht man davon aus, dass wir uns erst in einem frühen Stadium der Entwicklung einer solchen Öffentlichkeit befinden: Durch die zunehmende Bedeutung von Problemen, die auf übernationaler Ebene behandelt werden, üben die potentiellen Akteure den übernationalen Diskurs. Sie bilden ihre Meinung im Dialog mit nationalen und supranationalen Akteuren und vor einem europäischen Massenpublikum.

Die deliberative Schule bestreitet, dass Traditionen, gemeinsame Geschichte, Mythen und Helden – symbolische Verweise auf eine gemeinsame Abstammung einer Gemeinschaft, ein bestimmtes Verwandtschaftsverhältnis also – die Vorausset-

zung für übernationale politische Kommunikation ist. Wiederum wird es als problematisch angesehen, solche Homogenitätsforderungen an eine nationale Öffentlichkeit auf die EU zu übertragen, da auch diese in den meisten Fällen keineswegs dem idealtypischen Bild entsprächen. Allgemein formuliert lautet der Vorwurf, die Skeptiker unterschieden nicht genügend zwischen „kollektiver Identität“ und „politischer Kommunikation“ (Eder und Kantner 1999, 308). Man könne auch nicht davon ausgehen, dass ein *demos* bereits existieren muss, bevor eine Öffentlichkeit entstehen kann. Ein europäisches Volk sei erst in der Entstehung begriffen – parallel zum Prozess der Entwicklung einer gemeinsamen Öffentlichkeit (Eder und Kantner 1999). Erst in der Arena einer europäischen Öffentlichkeit kann eine „imagined community“ konstruiert werden.

Im Kern unterscheiden sich die beiden Ansätze also in ihrer Definition von Öffentlichkeit. Während für die Pessimisten ein *demos*, gemeinsame Institutionen und eine sprachliche und kulturelle Homogenität vorausgesetzt werden müssen, genügt es den Optimisten, wenn zur gleichen Zeit die gleichen Themen bei gleicher Relevanz diskutiert werden – woraus im Laufe der Zeit eine kollektive Identität entstehen kann. Es ist daher die Unterscheidung einer „thick definition“ (van de Steeg 2001, 505) und einer „minimalistischen Konzeption“ (Eder 1999) von Öffentlichkeit gemacht worden.

Aber die habermasianische Definition von Öffentlichkeit als die Diskussion von gleichen Themen zur gleichen Zeit bei gleicher Relevanz ist kritisierbar: Wenn die gleichzeitige Diskussion von Themen ausreicht, um von einer Öffentlichkeit zu sprechen, gibt es unzählige übernationale Öffentlichkeiten. Dann gäbe es auch eine deutsch-amerikanische Öffentlichkeit (Golfkrieg), eine deutsch-russische Öffentlichkeit (Beutekunst) und eine deutsch-tibetanische Öffentlichkeit (Menschenrechte). All diese Diskussionen führen aber nicht zur Entwicklung einer kollektiven Identität oder der Entstehung eines *demos*, obwohl sie sicher zum Teil sogar diskursiv geführt werden. Ob eine themenbasierte Diskussion als Grundlage einer identitätsstiftenden Öffentlichkeit ausreicht, ist fraglich.

An dem *liberalen* Modell kritisieren diese optimistischen Autoren vor allem, dass der Bürger in einer Beobachter-Rolle bleibe, während erst durch die Übernahme einer Teilnehmerperspektive soziale Beziehungen und dadurch Diskurse in einem geteilten Kommunikationszusammenhang entstehen könnten. Dies führe dazu, dass sich die empirische Forschung auf die relative Aufmerksamkeit europäischer Themen in den nationalen Öffentlichkeiten konzentriere und damit Medieninhalte, aber nicht diskursive Öffentlichkeit untersuche. Während die Pessimisten Öffentlichkeit mit *kollektiver Identität* gleichsetzten, verwechselten die Vertreter des Widerspiege-

lungsmodells Öffentlichkeit mit *politischer Kommunikation* – die Anforderung der Diskursivität werde nicht berücksichtigt.

Eine weitere Unterscheidung betrifft die handelnden Akteure: Während das liberale Modell davon ausgeht, dass gewählte Repräsentanten in der Öffentlichkeit um die Zustimmung der Bürger konkurrieren, Transparenz herstellen und darum per Mehrheitsvotum legitime Entscheidungen herbeiführen können, verlangt das habermasianische Modell, dass Gruppieren aus der Gesellschaft, kollektive Akteure der „Zivilgesellschaft“, auf Basis von rationalen Argumenten einen Dialog führen. Nicht nur die zentralen politischen Akteure sollen am Diskurs teilnehmen, sondern auch Akteure aus nicht-politischen Teilbereichen der Gesellschaft (Eder et al. 1998, 325). Erst unter diesen Voraussetzungen kann es zu einem Diskurs kommen.

Drittens ist das Ziel von öffentlichen Debatten zwar kein Konsens, aber doch ein „kollektiver Lernprozess“ (Trenz 2000). Die an der Debatte teilnehmenden Akteure sollen aufeinander eingehen und voneinander lernen. Auch damit unterscheidet sich das deliberative Modell vom liberalen: Nicht Transparenz und Repräsentation, sondern Verständigung ist die Funktion von Öffentlichkeit.

An den empirischen Arbeiten der post-habermasianischen Schule kritisiert Gerhards (2000), dass implizit von einer Eliten-Öffentlichkeit ausgegangen werde und die Ansprüche an einen demokratischen Diskurs, die Beteiligung potentiell aller Bürger, fallen gelassen wurden. So sei die Analyse europäischer Netzwerke, die sich mit dem Thema Migrationspolitik auseinandersetzen (Eder et al. 1998), deshalb irreführend, weil es sich hier um thematisch zentrierte Öffentlichkeit von Eliten und Gegeneliten handele, die noch dazu nicht medial vermittelt, sondern eine Präsenzöffentlichkeit sei. Dies komme einem Plädoyer für eine Eliten-Öffentlichkeit (erweitert durch zivilgesellschaftliche Akteure) gleich, die aber kein Äquivalent für eine massenmediale Öffentlichkeit sein könne.

Eine themen- und elitenzentrierte Definition von Öffentlichkeit scheint auch deswegen fragwürdig, weil der eigentliche Adressat öffentlicher deliberativer Kommunikation nicht das Gegenüber, der direkte Diskussionsteilnehmer ist, sondern das Publikum. Erst wenn europäische Diskurse auch von einem europäischen Publikum beobachtet werden, kann von einer demokratischen Öffentlichkeit die Rede sein.

So berechtigt diese konkreten Vorwürfe auch sein mögen, so kann doch kein Zweifel an der grundsätzlichen empirischen Überprüfbarkeit der Annahmen des Konzeptes bestehen. Es existieren mehrere Fallstudien, neben dem Fall der Santer-Kommission (Trenz 1999) auch die BSE-Diskussion (Eder und Kantner 1999) und Anti-Rassismus-Kampagnen (Trenz 1999), die plausibel und weniger offensichtlich als Eliten-Öffentlichkeit konzipiert die langsame Entwicklung eine europäischen Öff-

fentlichkeit illustrieren. Dennoch trifft der Vorwurf, es handele sich bei diesem Ansatz um eine „Anpassung der Theorie an die Empirie“ (Gerhards 2000, 150), recht genau. Die normative Prägung der „Berliner Schule“ ist so stark, dass der Fehler der Pessimisten im anderen Extrem wiederholt wird: ein Wiederlegen der Theorie ist unter gleichen Grundannahmen ausgeschlossen. Die Anforderungen an eine europäische Öffentlichkeit sind so schwach, dass sie nicht verfehlt werden können. Dies zeigt sich auch an der Tatsache, dass das deliberative Modell weit anspruchsvollere Kriterien für die Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit anlegt als die liberale Schule. Dennoch ist es zuversichtlich, dass bereits eine europäische Öffentlichkeit besteht.

1.3 Sonderfälle

1.3.1 Meyers liberal-habermasianisches Modell von Kommunikation

Mit seiner Kritik an der „Kolonialisierung der Politik durch die Medien“ (2001) befindet sich der Politikwissenschaftler Thomas Meyer in einem ungewöhnlichen Spagat zwischen den üblicherweise als entgegengesetzte Idealtypen charakterisierten liberalen und deliberativen Kommunikationsmodellen.

Einerseits betont er die klassischen liberalen Aufgaben der Medien in der Demokratie: Transparenz, Kontrolle und Interessenvermittlung zwischen Bürger und Politik. Andererseits kritisiert er, dass Massenmedien unter Marktbedingungen und Unterhaltungszwang diese Funktion nicht mehr erfüllen. Die Medienästhetik (vor allem des Fernsehens) kann der Vermittlung von politischen Inhalten massiv im Wege stehen und Interesse an Politik entgegenwirken. Medien wollen unterhalten, nicht informieren und dieser Trend verstärkt sich seit Jahrzehnten. Andererseits versagen auch politische Parteien in ihrer Aufgabe als Interessenvermittler, ebenso wie die Zivilgesellschaft, die durch den Einfluss der Medien gelähmt sei:

Das Modell einer über lange Fristen hinweg im Gespräch mit vielen zivilgesellschaftlichen Instanzen sich verständigenden Partei, die allmählich zu ausgereiften Beschlüssen und Programmen gelangt, in deren Rahmen sich die öffentlichen Spitzenakteure der Parteien in den Formen ihrer symbolischen Verkörperung und bei der Umsetzung konkreter Politiken bewegen müssen, wird in Praxis nun eher zum Hemmnis für mediengerechtes Agieren. (Meyer 2001, 44)

Politik orientiere sich daher mehr und mehr an den Vorgaben der Medien, neige zu Inszenierung und symbolischer Politik und vernachlässige wichtige Aufgaben.

Als Lösung dieses Dilemmas hofft Meyer wie Habermas (1990) auf den Einfluss von Bürgerforen der Zivilgesellschaft, deren deliberative Kommunikation den Massen-

medien Themen aufzwingen und die Filtersysteme und Auswahlkriterien modifizieren könnten. Durch direkte Kommunikation als Deliberation würden soziale Bindungen erneuert, Identitäten geschaffen und Scheinwelten der Medien entlarvt (Meyer 2001, 200-207).

Für das Thema dieser Arbeit bedeuten diese Erkenntnisse, die spezifischen Eigenschaften moderner Massenmedien besonders berücksichtigt werden müssen. Einerseits sind Massenmedien nicht zwangsläufig und ausschließlich dazu geeignet, Interessen zu vermitteln, Informationen zu verarbeiten und Identitäten zu schaffen. Sie können nicht die zivilgesellschaftlichen Formen der Interessenvermittlung, vor allem durch politische Parteien, ersetzen. Andererseits muss sich Politik an den Selektionskriterien der Medien orientieren, wenn sie überhaupt vermittelt werden will – diese reflektieren legitime Informations-Interessen des Bürgers. Entscheidungsverfahren müssen nicht nur öffentlich, transparent und nachvollziehbar sein, sondern sich widersprechende Positionen, Parteien und Person müssen eindeutig unterscheidbar und damit wählbar sein.

1.3.2 Giesens kultursoziologisch-konstruktivistisches Identitätsmodell

Eine Position zwischen den Pessimisten und der post-habermasianischen Schule nimmt dagegen der Soziologe Bernhard Giesen ein. Mit der Pessimistischen Schule stimmt er überein, dass eine kollektive Identität konstitutive Voraussetzung legitimer Herrschaft und öffentlicher Kommunikation in Europa ist. Andererseits findet er wie die Post-Habermasianer Hinweise auf die Verstärkung transnationaler öffentlicher Kommunikation und die Entwicklung einer europäischen Identität.

Politische Herrschaft benötigt immer die Legitimation durch Instanzen von außen – etwa einen Auftrag Gottes, die Verpflichtung einer großen Tradition oder das Versprechen einer künftigen Erlösung. In modernen Gesellschaften übernimmt diese Funktion die Vorstellung eines souveränen Volkes, das als unüberbietbarer Bezug allen politischen Handelns besteht. Diese Annahme einer kollektiven Identität des Volkes ist die „konstitutive Illusion des modernen politischen Handelns“ (2002, 69): Erst durch eine gemeinsame Mission wird das Volk zum Akteur. Dass es sich dabei um eine notwendige Selbsttäuschung handelt, bleibt verborgen und erschließt sich nur dem kritischen Beobachter. Diese konstruierte Identität verursacht eine ständige Spannung zwischen der politischen Repräsentation des Volkswillens und dem imaginären „wirklichen“ Volkswillen. Aus dieser Spannung erwächst ein ständiger Druck zur Korrektur unangemessener Repräsentation – demokratische Auseinanderset-

zung. Fehlt die kollektive Identität, so fehlt der konstitutive Bezugspunkt, um Herrschaft zu legitimieren (Giesen 1999).

Kollektive Identität ist für Giesen aber auch die Voraussetzung für öffentliche Kommunikation: Kommunikation über Medien ist immer ein Gespräch mit Nicht-Anwesenden. Kollektive Identität eines unsichtbaren Publikums ist der Ersatz für ein anwesendes Gegenüber. Der Sprecher muss sich das Publikum als relativ homogenes Ganzes vorstellen, um die wahrscheinlichen Reaktionen abschätzen zu können:

Soll die Kommunikation nicht ins Leere laufen und versiegen, so muss sich der Sprecher dieses Gegenüber im Unterschied zu Außenstehenden vorstellen können. Er muss sich vorstellen können, dass dieses imaginierte Publikum, an das er sich wendet, seine Äußerung verstanden hat, ihm unsichtbar bestätigend zunickt, ihn sozusagen zur Weiterrede auffordert. (Giesen 2002, 71)

Da eine Bestätigung bei medialer Kommunikation nur mit großer Verzögerung einsetzen kann, muss eine weitaus größere Konsensfiktion vorausgesetzt werden. Die Entstehung einer solch starken kollektiven Identität und damit auch eines identitätskonstruierenden öffentlichen Diskurses ist in Europa demnach in absehbarer Zeit nicht zu erwarten.

Andererseits berichtet Giesen über kulturelle, auf Europa bezogene Identitäten, die seit dem sechzehnten Jahrhundert meist von Intellektuellen konstruiert wurden: Europa als klassizistische Ästhetik, Europa als lateinisches Kaisertum, Europa als koloniale Mission, Europa als Aufklärungsbewegung. Auch hier weist er darauf hin, dass das, was sich als kontinuierliche Tradition ausgibt, die nachträgliche, kontrafaktische Vorstellung einer Geschichte ist, die eigentlich durch Diskontinuitäten und Gegensätzlichkeiten geprägt war. Dennoch existiert das kulturelle Konstrukt eines Europa als Gegensatz zu der Welt von Macht und Geld.

Dieses konstruktivistische Element in Giesens Theorie hat noch eine postmoderne Wendung: Selbst wenn Identitäten als Illusion entlarvt sind, sollten wir uns verhalten, als wären sie wirklich existent – um Sozialität zu rechtfertigen, Ordnung zu ermöglichen und Chaos zu vermeiden. Die adäquate Geisteshaltung des Desillusionierten ist Skepsis und Ironie (Giesen 2004).

Wie die Post-Habermasianer – wenn auch weitaus zurückhaltender – findet Giesen Hinweise auf eine dichter werdende europäische Öffentlichkeit und Ansätze der Konstruktion einer europäischen Identität. Selbst die moderne Vorstellung eines autonom handelnden Volkes, eines *demos* als Souverän mit Mission, kommt nicht gänzlich ohne die Vorstellung einer gemeinsamen Geschichte aus (Giesen 1999). Die Erinnerung an eine den *demos* konstituierende Revolution findet in Europa jedoch im nationalen Rahmen statt. Helden wurden meist erst im Kampf gegen andere europäische Nationen zu Helden und taugen daher nicht als Europäer. Nach dem zweiten Weltkrieg wurden solche Erinnerungen jedoch zunehmend von Erinnerung

an die Opfer von Krieg und Gewalt verdrängt. Aus der gegenseitigen Respektbe-
kundung, Trauer um die Opfer und dem Schwur, es nicht wieder zu einem solchen
Ausbruch von Gewalt kommen zu lassen, können leichter transnationale Identitäten
entstehen.

Verstärkt werde dieser Trend durch eine Verdichtung der transnationalen Öffentlich-
keit in Europa. Rituelle Formen von Schuldbekennnissen nach dem Vorbild des
Kniefalls Willy Brandts vor dem Denkmal für die Aufständischen des Warschauer
Ghettos 1970 verbreiteten sich immer weiter und trugen zu Versöhnung und Ver-
ständigung bei, weil sich alle Öffentlichkeiten unter ständiger Beobachtung europäi-
scher Massenmedien befanden. Erinnerung an die Opfer und Schuldbekennnisse
der Täter waren die einzigen akzeptablen Formen des Umgangs mit der Vergan-
genheit und wurden zu einer europäischen Gemeinsamkeit. Diese Gemeinsamkeit
konnte nur unter der Bedingung ständiger internationaler Verflechtung in der Euro-
päischen Union entstehen. Ausdruck einer solchen Identität sind z.B. die Reaktio-
nen auf die Regierungsbeteiligung Jörg Haiders in Österreich.

Giesen bleibt jedoch skeptisch: Kollektive Identitäten ließen sich durch die gemein-
same Erinnerung an die Opfer nicht positiv konturieren. Sie beruhen nicht auf kultu-
reller Ähnlichkeit, sondern der zunehmenden internationalen Verflechtung und sind
damit nichts genuin europäisches (Giesen 2002). Allerdings könne ein neuer Uni-
versalismus entstehen, als Mission, es nie wieder so weit kommen zu lassen. Dieser
lasse sich schon ansatzweise etwa in Deutschland beobachten (Giesen 2004).

Interessant für diese Arbeit ist vor allem die Verbindung von öffentlicher Kommuni-
kation und kollektiver Identität in Giesens Theorie. Weder muss ein *demos* schon
vorhanden sein, damit transnationale Kommunikation zunehmen kann, noch ist jede
Kommunikation ein Indiz für das Entstehen von Öffentlichkeit. Besonders die Sensi-
bilität für die symbolische Dimension, für das implizite Konstruieren von Ähnlichkeit
und Gemeinschaftlichkeit kann aufschlussreiche Ergebnisse erzeugen.

1.4 Probleme der Literatur

Alle Theorieschulen, die sich mit dem Öffentlichkeitsdefizit der Europäischen Union
beschäftigen, sind sich darüber einig, dass Kommunikation die Voraussetzung de-
mokratischer Entscheidungsfindung und Machtausübung ist. Die Meinungen gehen
in der Frage auseinander, was der Begriff „Öffentlichkeit“ bedeutet und was die
Funktion einer Öffentlichkeit sein sollte.

Libérale Ansätze meinen mit Öffentlichkeit ein intermediäres System zwischen Poli-
tik und Gesellschaft, das politische Ereignisse möglichst genau abbildet und so de-
mokratische Kontrolle ermöglicht. Traditionelle Ansätze sehen Öffentlichkeit als In-

strument einer Gemeinschaft, die durch öffentliche Kommunikation ihre kollektive Identität stärkt und so demokratische Machtausübung legitimiert. Für deliberative Ansätze dienen Debatten in „diskursiver Einstellung“ zum Erreichen eines demokratischen rationalen Konsenses nach dem habermasianischen Diskursideal.

Für die Anhänger des Widerspiegelungsmodells hinkt die Entwicklung einer europäischen Öffentlichkeit dem Machtzuwachs der EU hinterher und verursacht dadurch ein Demokratiedefizit. Für die pessimistische Schule ist ein *demos* Voraussetzung der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit. Die Entwicklung einer europäischen Identität ist jedoch so unwahrscheinlich, dass eine europäische Öffentlichkeit für unmöglich gehalten wird. Die Post-Habermasianer gehen schließlich davon aus, dass längst ein europäischer Diskurs existiert. Dieser könne aber nicht am Ideal des Nationalstaates gemessen werden, sondern tauche immer wieder in Verbindung mit konkreten Einzelproblemen als *issue*-spezifischer Problemlösungs-Diskurs auf. In einer Matrix (Tabelle 1) werden die wichtigsten Unterschiede zusammen gefasst.

Tabelle 1

Schule	„Liberales Widerspiegelungsmodell“	„Pessimisten“	„Post-habermasianische Berliner Schule“
Öffentlichkeitsbegriff	Liberal	identitätszentriert	deliberativ
Zentrale Variablen	Transparenz, Kontrolle	Sprache, Kultur, Identität, Legitimation	Inhalt, „issues“ Diskurs, Deliberation
Arena	Transnationale Öffentlichkeit oder dezentrale europäisierte Öffentlichkeiten	Europäische Öffentlichkeit mit eigenem <i>demos</i>	europäisierte Öffentlichkeiten „Gleiche Themen bei gleicher Relevanz...“
Funktion von Öffentlichkeit	Transparenzfunktion Legitimitätsfunktion	Identitätskonstruktion	habermasianisches Ideal diskursiver Vernunft
Vorausgesetzte Annahmen	Öffentlichkeit als Arena zur Durchsetzung von Interessen Zugang muss prinzipiell für alle Bürger offen stehen	Gemeinsame Sprache, Massenmedien sind unabdingbar Gleiche Themen, aber verschiedene Bedeutungen	Öffentlichkeit ≠ Mediensystem Sprache ≠ Kommunikation Identität ≠ Diskurs
Grundlegende Überzeugung	Mangel an Transparenz und Interesse – pessimistisch	Öffentlichkeit nicht möglich, erst nach langwierigem Prozess der Traditionalisierung und Identitätsentwicklung – pessimistisch	Anspruchsvollere Voraussetzungen als Liberale, aber trotzdem optimistisch
Demokratiedefizit	Öffentlichkeit spiegelt nicht die politischen Geschehnisse wieder	Demokratie nur bei Existenz eines <i>demos</i> möglich	Öfflichkeitsdefizit = Ursache und Symptom von Demokratiedefizit
Öfflichkeitsdefizit?	Ja	Ja	Nein
Wichtigste Kritikpunkte	redaktionistisch, Konsens als Ausnahme	Selbsterfüllende Prophezeiung, nationale Öffentlichkeiten normativer Maßstab	Elitenöffentlichkeit Präsenzöffentlichkeit Föderalistischer Bias

Die Unterschiede der drei Ansätze scheinen jedoch nicht grundsätzlich inkompatibel zu sein. Die Pessimisten akzeptieren durchaus die Annahmen der liberalen Schule als lediglich einen Teil des eigenen Modells, das jedoch noch stärker die identitären gesellschaftlichen Grundlagen einbezieht. Das Widerspiegelungsmodell bleibt an der institutionellen Oberfläche, während die traditionellen Ansätze tiefer bohren. Auch die post-habermasianischen Ansätze akzeptieren die Forderung nach einem *demos* zur Legitimation demokratischer Machtausübung. Im Grunde zählen sie sich

zum selben konstruktivistischen Ansatz, untersuchen aber unterschiedliche Dinge. Die vorausgesetzten Annahmen sind eigentlich kombinierbar, die Schlüsse daraus nicht.

Es soll hier nicht der weit verbreitete Fehler begangen werden, bereits existierende reine Argumentationen zusammenzulegen, die Komplexität der Theorie erheblich zu erhöhen und dabei nur eine minimale Erklärungsrelevanzsteigerung zu erreichen. Zweifellos gibt es wichtige qualitative Unterschiede in den Konzeptionen der Modelle. Die wichtigste Erkenntnis scheint jedoch zu sein, dass das eigentlich Trennende der drei Schulen der jeweilige *Bias* ist. Die akademische und die politisch-normative Debatte vermischen sich so stark, dass eine rationale Diskussion kaum noch möglich scheint. Der Literatur fehlt es an Unvoreingenommenheit gegenüber dem möglichen Prozess der Entstehung einer Öffentlichkeit, deren Form und Substanz möglicherweise nicht an herkömmlichen Maßstäben gemessen werden kann.

Es fehlt auch an Ehrlichkeit, was die Beweiskraft der eigenen Theorie anbetrifft – substantielle empirische Erkenntnisse sind nach wie vor nicht vorhanden. Die Debatte über das Öffentlichkeitsdefizit leidet an einem Empiriedefizit. Fallstudien, historische Illustrationen und demokratietheoretische Ausführungen können empirische Feldstudien nicht ersetzen. Lang gepflegte Argumente erweisen sich schon bei näherem Hinsehen als haltlos und wichtige Pfeiler der Argumentation stützen sich auf Spekulationen. Empirie wird dringend benötigt.

2 Forschungsfragen und Hypothesen

2.1 Das *Politics-Defizit* der Europäischen Union

Ein Aspekt scheint in der akademischen Debatte nicht hinreichend berücksichtigt zu werden: Die Aufmerksamkeit der europäischen Bürger ist in hohem Maße davon abhängig, ob sie auf politische Prozesse konkret Einfluss nehmen können. Immer dann, wenn in den Mitgliedstaaten Referenden zu europäischen Themen stattgefunden haben, entwickelte sich eine lebhaft, kontroverse und oft deliberative Diskussion im öffentlichen Raum (Hug 2002). Da ein europaweites Referendum nie abgehalten wurde, ist nicht klar, ob sich eine solche Diskussion an nationale Grenzen halten würde. Wäre es nicht vorstellbar oder sogar wahrscheinlich, dass sich die Diskurse in den einzelnen Mitgliedstaaten in diesem Fall gegenseitig beeinflussen würden? Dass Sensibilitäten für besondere Empfindlichkeiten erhöht, ein Lernprozess einsetzen und Gemeinschaftlichkeit langfristig gestärkt würde?

Es fehlen klare alternative Handlungsprogramme, wie sie solche europäische Parteien vorstellen könnten, die entscheidenden Einfluss auf die Wahl einer europäischen Regierung oder eines Präsidenten haben müssten. Ein Wahlkampf, in dem zwei Lager eine politische Zukunftsperspektive gegeneinander stellen, würde zwangsläufig zum Beginn einer Diskussion führen. Auch in der Entstehung nationaler Öffentlichkeiten waren die Öffentlichkeit so lange eine Eliten- und Bildungsbürgeröffentlichkeit, wie demokratische Wahlen nicht stattfanden. Mit der Verantwortung jedes einzelnen Bürgers, an der Urne eine Entscheidung zu treffen, steigerten sich Elitendiskurse zur massenmedialen Öffentlichkeit.

Dieser Punkt ist in der Europäischen Union noch nicht erreicht. Das Europaparlament ist so schwach, dass sich klare politische Fraktionen nicht von jedermann unterscheiden lassen. Europawahlen waren von Beginn an Stellvertreterwahlen, in denen über nationale Regierungen abgestimmt wurde, weil keine wichtigen Entscheidungen von ihnen abhängen (Hix 1999, 56-98). Gesetzgebungsverfahren von Rat und Kommission sind so unübersichtlich und intransparent, oft vorsätzlich geheimniskrämerisch, dass demokratische Kontrolle nicht möglich ist (Hix 1999, 21-55). Ihrer Natur nach sind sie immer noch internationale *Bargains*, obwohl längst in wichtige innenpolitische Belange der Mitgliedsstaaten und damit die Rechte und Pflichten der Bürger eingegriffen wird.

Durch den Mangel an demokratischen Auseinandersetzungen fehlen auch wichtige Zutaten eines medial transportierten und ausgetragenen Diskurses. Nachrichten werden durch bestimmte Filter gesteuert, die Ereignissen einen Nachrichtenwert

zuschreiben; Selektionskriterien sind Nachrichtenfaktoren, die über die Erfolgsaussichten eines Ereignisses als Nachricht bestimmen: eine kurze Dauer, Abgeschlossenheit der Episode, räumliche, politische und kulturelle Nähe, Überraschungswert und Konflikthaftigkeit, Erfolge und Leistungen und am wichtigsten ist die Personalisierung (Meyer 2001, 74/75). Dramatisierende Bilder und Interviews konkurrierender Politiker der EU-Politik können aber nicht im Fernsehen auftauchen, weil Politikprozesse hinter verschlossenen Türen stattfinden. Hauptdarsteller, Sieger und Unterlegene sind sehr schwer auszumachen, Konflikte treten nicht an die Öffentlichkeit, kurz: Es fehlt an dramatischen und einfach zu verstehenden „Geschichten“, die ein Thema für ein breiteres Publikum interessant werden lassen. Erst die Konkurrenz um die Gunst der Bürger ermöglicht eine Dramatisierung von europäischer Politik in den Medien – bisher hatte niemand ein Interesse daran.

Für die Entstehung einer Öffentlichkeit fehlt also vor allen eines: die Möglichkeit, Entscheidungen durch eine Wahl zu beeinflussen. Es fehlt an ur-demokratischen Mitwirkungs- und Kontrollrechten der Bürger, um einen gesamteuropäischen Diskurs auszulösen. Es fehlen Politikfelder, die direkt gewählte europäische Repräsentanten im Namen ihrer Wähler demokratisch bearbeiteten. Nur wer Probleme hat, die gemeinsam gelöst werden müssen, wird sich die Mühe machen, an einem gemeinsamen Diskurs teilzunehmen, Interessen und Meinungen zu bekunden und Entscheidungen zu beeinflussen – und das im Wissen um Empfindlichkeiten und Sonderprobleme der Diskussionspartner, die überzeugt werden müssen.

Ausgehend von der klassischen Unterscheidung von *polity*, *policy* und *politics*, der institutionellen, inhaltlichen und prozessualen Dimensionen von Politik, fällt auf, dass in der EU zwar eindeutig eine verfassungsähnliche Struktur von Verträgen und Institutionen besteht, die schon bald als europäische Verfassung symbolisch repräsentiert sein wird; ebenso gibt es genügend Politikfelder, in denen die EU teilweise oder exklusive Entscheidungskompetenzen hat, und drittens gibt es auch eine ausgeprägte und sehr spezielle Form politischer Prozesse. Diese Prozesse finden jedoch hinter verschlossenen Türen statt, unter ausdrücklichem Ausschluss der Öffentlichkeit. Ein Prozess der öffentlichen Willensbildung und Interessenvermittlung existiert wegen der lediglich indirekten Repräsentation der Bürger auf der europäischen Ebene nicht. Kontrolle durch Öffentlichkeit ist kaum möglich. Als die fehlende Verbindung zwischen Demokratiedefizit und Öffentlichkeitsdefizit könnte man von einem **Politics-Defizit** der EU sprechen.⁹

Dieser Befund soll keine Erweiterung des neo-funktionalistischen Trugschlusses sein, der besagt, mehr Integration sei die Lösung aller Integrationsprobleme. Es ist

⁹ Zwar sind alle politischen Prozesse *politics*, auch die geheimen, gemeint sind hier aber öffentliche, transparente, demokratische Entscheidungsfindungsprozesse.

nicht davon auszugehen, dass das europäische Fahrrad kippt, wenn nicht weitergeradelt wird. Von Nöten ist keine quantitative, sondern eine qualitative Veränderung der Integration, hin zu mehr direkter Mitbestimmung, demokratischer Kontrolle und echter Partizipation. Diese elementaren Voraussetzungen demokratischer Entscheidungsfindung sind in der EU bisher nicht vorhanden.

2.2 Die Verfassungsdebatte als europäische Öffentlichkeit

Welche Kriterien liegen in dieser Arbeit der Fallauswahl zugrunde? Warum eignet sich die Debatte über eine europäische Verfassung besonders gut zur Überprüfung der Frage, ob eine europäische Öffentlichkeit entstehen kann oder bereits besteht?

Ausgelöst durch die Rede des Außenministers Joschka Fischer an der Humboldt-Universität entstand eine lebhafte und kontroverse Debatte in ganz Europa, an der sich alle maßgeblichen europäischen Politiker beteiligten und die in der Öffentlichkeit ausgetragen wurde. Der „visionäre“ Charakter der Diskussion ermöglichte es, dass nicht konkrete Ziele und damit unmittelbare (materielle) Interessen der Mitgliedsstaaten betroffen waren, sondern dass langfristige, relativ unbestimmte Ziele definiert werden sollten. Dadurch gelangte das Thema einer europäischen Verfassung nicht in die Mühlen der Brüssler Verhandlungs-Systeme, die eigentlich zuständig sind, wenn ein Kompromiss gefunden werden muss, sondern wurde in den Massenmedien öffentlich diskutiert. Jeder der wollte, konnte sich über den Stand der Dinge, die Argumente aus verschiedenen Ländern und entstehende Ergebnisse informieren. Daher nahmen nicht nur Politiker an der Diskussion teil, sondern auch Journalisten, Wissenschaftler, Intellektuelle und Bürger, die sich in Artikeln und Leserbriefen äußern konnten.

Relativ schnell hatten sich zwei Gruppierungen herauskristallisiert, die zum Vorschlag, der EU eine Verfassung zu geben, eine unterschiedliche Meinung hatten: Eine Partei, die den Vorschlag enthusiastisch begrüßte und begeistert in Visionen schwelgte und eine zweite, die skeptisch bis ablehnend reagierte und in manchmal aggressiver Form eine solche Idee bekämpfte. So entstanden eine europhile und eine euroskeptische Fraktion, die sich nicht national, sondern anhand ihrer Haltung zur Sachfrage einer EU-Verfassung definierten. Es entstanden zwei Gruppen, die in der Öffentlichkeit um die Meinungsführerschaft kämpften und damit versuchten, ihr jeweiliges Interesse dem Bürger gegenüber zu plausibilisieren. Hätten sie zur Wahl gestanden oder wäre ein Referendum geplant gewesen, hätte die Diskussion leicht den Charakter eines Wahlkampfes bekommen.

So tauchte eine Konstellation auf, die wie geschaffen war für die Entstehung eines demokratischen Diskurses und sogar zu konkreten Ergebnissen führte: dem Be-

schluss eines „Post-Nizza-Prozesses“, der Einberufung des Konvents und konkrete Schritte zur Ausarbeitung einer Verfassung. Noch wenige Monate zuvor wären diese Beschlüsse sehr unwahrscheinlich gewesen. Das öffentliche Klima änderte sich jedoch so fundamental, dass ein wichtiger qualitativer Integrationsschritt durchgesetzt wurde.

Das wäre nicht denkbar gewesen, hätte die Debatte nicht wichtige Tabus aus dem Weg geräumt, Gemeinsamkeiten deutlich gemacht und Unterschiede versachlicht. Waren „Föderation“ und „Verfassung“ in Großbritannien und oft auch in Frankreich zu Beginn der Debatte noch Reizwörter mit kaum zu überbietender Sprengkraft, freundeten sich sogar Europaskeptiker nach gründlicher Diskussion mit dem Gedanken einer EU-Verfassung an, die die Kompetenzen von Union und Mitgliedstaaten klar regeln würde. Dies kann nur als Ergebnis eines interkulturellen, grenzüberschreitenden Diskurses interpretiert werden, als rationaler Konsens im Sinne des habermasianischen Diskursideals.

2.3 Hypothesen

Diesen Prozess zu untersuchen und die Behauptung einer solchen Struktur empirisch zu untermauern ist die Aufgabe dieser Arbeit. Es soll herausgefunden werden, ob in einer gesamteuropäischen Auseinandersetzung, in der nicht nur die alltäglichen Auseinandersetzungen zwischen Nationalstaaten eine Rolle spielen, sondern die grenzüberschreitenden Haltungen zu Sachfragen, eine übernationale Öffentlichkeit entsteht.

Öffentlichkeit soll anders als für die post-habermasianische Schule nicht nur bedeuten, dass gleiche Themen zur gleichen Zeit unter gleichen Relevanzgesichtspunkten diskutiert werden, sondern darüber hinaus wird der Maßstab angelegt, dass sich die Öffentlichkeiten *gegenseitig beeinflussen*, dass die nationalen Diskurse einen übernationalen Zug haben. Das bedeutet, dass europäische Belange als die eignen dargestellt werden und dass keine Abgrenzung, sondern Inklusion stattfindet. Das bedeutet auch, dass die Reaktionen in anderen nationalen Öffentlichkeiten berichtet und Empfindlichkeiten bei der Berichterstattung berücksichtigt werden, um keine identitären Gefühle der anderen zu verletzen.

Anders als von der pessimistischen Schule vorausgesetzt, muss sich die Berichterstattung jedoch nicht an ein *europäisches Publikum* wenden. Es kann nicht erwartet werden, dass eine auf deutsch erscheinende Zeitung bei der Berichterstattung Rücksicht auf griechische oder finnische Bürger nimmt, die die Zeitung nie lesen werden. Voraussetzung ist vielmehr, dass die *abstrakte Idee* einer europäischen

Öffentlichkeitsmeinung vorhanden ist. Es kann auch noch nicht verlangt werden, dass eine starke kollektive Identität die Grundlage der Berichterstattung ist. Der Gedanke eines gemeinsamen Projektes, gemeinsamer Probleme und gemeinsamer Lösungen reichen aus, um eine Diskussion zu beginnen, die potentiell einen Prozess der Konstruktion einer Gemeinschaftsidentität auslösen kann. Alles andere würde bedeuten, den Karren vor das Pferd zu spannen.

Somit geht diese Definition auch über die Vorstellungen des Widerspiegelungsmodells hinaus, das lediglich die Repräsentation der politischen Prozesse in den Medien und den prinzipiellen Zugang zur Diskussion verlangt. Die Formen der Repräsentation, die symbolischen Rahmungen der Ereignisse sollten sich stattdessen so weit angleichen, dass nicht nur Transparenz und Kontrolle, sondern auch Gemeinschaftlichkeit gestärkt wird.

Die Forschungsfrage lautet: *Lässt der Charakter und der Verlauf der Debatte über eine EU-Verfassung auf eine gemeinsame europäische Öffentlichkeit schließen?* Zur Beantwortung dieser Frage werden drei Hypothesen formuliert. Die *Resonanzebenehypothese* soll überprüfen, ob die EU-Verfassungsdebatte als europäischer Diskurs wahrgenommen wird, ob also die nationalen Diskurse eine starke übernationale Komponente haben. Die *Angleichungshypothese* soll überprüfen, ob sich die nationalen Diskurse gegenseitig beeinflussen und sich Rahmungen, Begriffe und Argumente im Lauf der Diskussion angleichen. Schließlich soll die *Symbolismushypothese* überprüfen, ob Bilder und Rahmungen auf metaphorisch-symbolischer Ebene einander ähnlich, oder so inkompatibel sind, dass eine wirkliche Verständigung nicht möglich ist.

H. 1: **Resonanzebenehypothese:** Die Debatte wird als gesamteuropäischer Diskurs wahrgenommen

- a) Es lassen sich nationale Diskurse nachweisen
- b) Die Berichte erscheinen in allen Ländern in ähnlichen Rubriken
- c) Die gleichen Akteure spielen eine Rolle, unabhängig von ihrer Herkunft
- d) Argumente aus anderen Öffentlichkeiten werden wahrgenommen, nationale Debatten nehmen Bezug auf andere Öffentlichkeiten

H. 2: **Angleichungshypothese:** Die EU-Berichte in den verschiedenen Ländern gleichen sich über den Untersuchungszeitraum hinweg an

- a) Die gleichen Themen werden zur gleichen Zeit debattiert
- b) Zunehmend werden ähnliche Referenzpunkte verwendet
- c) Zunehmend kommen nicht nur Akteure der nationalen Öffentlichkeit zu Wort, sondern auch Akteure anderer Staaten und der EU

- d) Die Definition des „wir“ ändert sich im Lauf des Diskurses
- e) „Ergebnisse“ des Diskurses lassen sich nachweisen

H. 3 **Symbolismushypothese:** Die wichtigen Themen der Debatte werden auf metaphorisch-symbolischer Ebene zunehmend ähnlich dargestellt

- a) Zentrale Themen werden ähnlich „gerahmt“
- b) Die nationalen Öffentlichkeiten verwenden ähnliche symbolische Referenzpunkte

Es wird erwartet, dass sich eine europäische Resonanzebene beobachten lässt, dass sich die nationalen Diskurse angleichen und dass in den untersuchten Ländern ähnliche symbolische Rahmungen der Ereignisse festzustellen sind.

Ein weiteres Ziel dieser Arbeit ist es, die nationalen Diskurse in Deutschland, Frankreich und Großbritannien so zu vergleichen, dass Aussagen über den Charakter und den Grad der Europäisierung der einzelnen Öffentlichkeiten gemacht werden können. Es werden Erkenntnisse darüber erwartet, wie ähnlich sich die Europa-Diskurse dieser drei Länder sind und in welchem Ausmaß sie miteinander vereinbar und kombinierbar sind.

Diese Ergebnisse sollen Aussagen darüber ermöglichen, wie wahrscheinlich die Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit bei einer Änderung der politischen Prozesse hin zu mehr Transparenz und Kontrolle ist. Zweitens soll herausgefunden werden, ob in einem solchen öffentlichen Prozess kollektive Identität entstehen kann, Gemeinschaftlichkeit über nationale Grenzen hinweg konstruiert wird und Verständigung und Dialog entsteht. Schließlich soll überprüft werden, ob durch eine öffentliche Diskussion auf europäischer Ebene ein rationaler Konsens und eine öffentliche Mehrheitsmeinung entstehen.

3 Analyse

3.1 Die Fischer-Debatte über eine EU-Verfassung

Dieser Abschnitt soll in den Anwendungsfall dieser Untersuchung, die europäische Verfassungsdebatte, einführen, ihre historische Entwicklung knapp skizzieren, den zu untersuchenden Zeitraum definieren und ausführlicher dessen Verlauf und zentrale Ereignisse nachzeichnen.

3.1.1 Die historische Entwicklung der Verfassungsdebatte

In der Geschichte der europäischen Integration ist immer wieder der Versuch gemacht worden, an die Stelle der Methode der schrittweisen Änderung und Ergänzung der Verträge einen Verfassungsvertrag „aus einem Guss“ zu setzen. Diese Versuche stellen die Alternative zur pragmatischen *Méthode Monnet* dar und rückten immer dann ins Blickfeld, wenn die Integration in eine Krise geriet oder in eine neue Phase eintrat.

Europabewegungen hatte schon während des Zweiten Weltkriegs Verfassungsentwürfe ausgearbeitet, die meist die schlagartige Umwandlung der Nationalstaaten in einen föderalen Staat mit weitgehenden zentralen Kompetenzen vorsahen (Lippens 1986). In den fünfziger Jahren führte die Bedrohung des Kalten Krieges und die daraus folgende (letztlich gescheiterte) Gründung einer *Europäischen Verteidigungsgemeinschaft* (EVG) zu Überlegungen, auch eine *Europäische Politische Gemeinschaft* (EPG) entstehen zu lassen, deren föderale Regierung über den Einsatz einer europäischen Armee zu entscheiden haben sollte. Es existierte ein weitgereifter Entwurf einer solchen Verfassung, die einen „Integrationssprung“ darstellen sollte. Mit der Ablehnung von EVG und EPG in der französischen Nationalversammlung nach Ende der Korea-Krise versandete jedoch auch die Verfassungsdebatte (Dinan 1999).

Erst in den achtziger Jahren, als die Probleme der Methode der schrittweisen Integration wieder deutlicher wurden, entstanden zunächst aus dem Europäischen Parlament (EP) heraus erneut Entwürfe einer europäischen Verfassung. Zu einem der Hauptmotive wurde nun das „Demokratie-Defizit“ der EU, das sich nach der Kompetenzausweitung durch den Vertrag von Maastricht weiter verschärfte: Zuständigkeiten verlagerten sich in mehr und mehr Politikfeldern auf die europäische Ebene, während sich die supranationalen Institutionen weiterhin nicht demokratisch kontrollieren ließen. In Deutschland legten z.B. 1994 die CDU-Politiker Karl Lahmers und Wolfgang Schäuble ein vielbeachtetes Papier vor, das die Gründung eines „Kerneuropa“ bestehend aus Frankreich, Deutschland und den Benelux-Staaten vorschlug,

besonders in Frankreich aber auf Ablehnung stieß. Insgesamt dienten diese neueren Vorschläge und Entwürfe in erster Linie als Gedankenanstöße und somit Instrumente symbolischer Politik – sie hatten nie die Chance oder auch nur das kurzfristige Ziel, konkret verwirklicht zu werden.

3.1.2 Drei Phasen der neueren Verfassungsdebatte

Das änderte sich 1998 nach dem Beschluss der Union, eine gemeinsame Währung einzuführen. Sonja Volkmann-Schluck (2001) unterscheidet von diesem Zeitpunkt an drei Phasen der Verfassungs-Debatte: Vom Beginn der deutschen EU-Ratspräsidentschaft Anfang 1999 bis zur Humboldt-Rede Joschka Fischers im Mai 2000 (Phase 1); von der Fischer-Rede bis zum Gipfel von Nizza im Dezember 2000 (Phase 2); und den sogenannten „Post-Nizza-Prozess“, der mit dem Verfassungsvorschlag des Konvents voraussichtlich Ende Juni 2003 seinen Abschluss finden wird (Phase 3).

Die *erste Phase*: Nach dem Euro-Beschluss tauchte an mehreren Stellen in Europa in Parteien, Wissenschaft und europhilen sozialen Bewegungen der Gedanke einer gemeinsamen Verfassung auf. Der neue deutsche Außenminister Fischer nutzte seine Antrittsrede als Ratsvorsitzender vor dem Europäischen Parlament am 12. Januar 1999, um als erstes Regierungsmitglied eines EU-Staates die Frage zu stellen, ob nach den Verträgen von Amsterdam und Maastricht nicht eine Verfassung nötig werde. Vor allem in der CDU stießen diese Überlegungen auf Zustimmung. Zunehmend meldeten sich auch die deutschen Bundesländer zu Wort, weil sie um ihre Kompetenzen fürchteten, und forderten eine stärkere Zuständigkeitsabgrenzung der Regierungsebenen.

Auf dem Gipfel in Köln beschlossen die Regierungen, einen Konvent unter Vorsitz von Roman Herzog mit der Ausarbeitung einer „Charta der Grundrechte“ zu beauftragen. Ein von der Europäischen Kommission einberufenes Expertenkomitee unter Richard von Weizsäcker, Jean-Luc Dehaene und Lord Simon of Highbury schlug im Herbst 1999 vor, die europäischen Verträge in einen konstitutionellen Teil und einen Ausführungsteil zu splitten. Kommissionspräsident Prodi und Bundespräsident Rau traten darauf hin für eine föderale Verfassung ein. Das EP gründete einen „Verfassungsausschuss“ mit dem erklärten Ziel, eine Debatte in Gang zu bringen. Eben diese breitere Debatte fand in der Frage, ob die auszuarbeitende Charta rechtlich bindend sein sollte, ihren Anfang.

Den Beginn der *zweiten Phase* der europäischen Verfassungs-Debatte bildete die Rede von Bundesaußenminister Joschka Fischer vor Studenten der Humboldt-Universität in Berlin am 12. Mai 2000. Fischer legte seine „Gedanken über die Finalität der europäischen Integration“ drei Tage vor dem fünfzigjährigen Jubiläum des

Schuman-Plans als „Privatmann“ dar. Er forderte nicht nur ausdrücklich eine „Verfassung“ bzw. einen „Verfassungsvertrag“, sondern nannte als erster Politiker auch konkrete Inhalte¹⁰.

Die Rede fand nicht nur innerhalb Deutschlands Zustimmung von allen Seiten, sie provozierte sofort Reaktionen in ganz Europa. Ein Überblick: Jacques Delors äußert sich in einer Rede am 29. Juni skeptisch: Er vermutet „eher eine Arglist“; Tony Blair und José Maria Aznar veröffentlichen am 13. Juni einen gemeinsamen Artikel in der *Financial Times* und *El Mundo* und äußern sich skeptisch; EP und EU-Kommission sind gespalten. Manche Vertreter sind euphorisch wie Kommissionspräsident Romano Prodi, andere befürchten eine Entmachtung der supranationalen Institutionen. Spitzenpolitiker aus der ganzen EU antworten dem deutschen Außenminister in den folgenden Monaten mit ihren jeweiligen „Visionen“ und äußern sich zur Idee einer europäischen Verfassung: am 6. Juli der italienische Staatspräsident Carlo Ciampi an der Universität Leipzig; dann der belgische Premierminister Guy Verhofstadt mit einer Rede vor dem European Policy Center in Brüssel (21. September); der finnische Premierminister Paavo Lipponen äußert sich am 10. November und Johannes Rau am 19. Oktober vor dem Europäischen Parlament. Im Vorfeld zum Gipfel von Nizza kommen Vertreter der Kommission und des EP verstärkt zu Wort, und das Thema wird im Bundestag und von Vertretern der Bundesländer diskutiert. Auch Fischer präzisiert seine Ideen in verschiedenen Reden, so am 6. Juli vor dem EP, am 14. November vor dem belgischen Parlament, sowie am 21. Dezember vor dem Bundesrat (Volkmann-Schluck 2001, 19/20).

Über viele dieser Beiträge wurde nicht ausführlich berichtet oder sie hatten nur für ein relativ kleines interessiertes Publikum eine Bedeutung. Durch die vollständige Inhaltsanalyse der zu diesem Thema erschienenen Artikel konnten jedoch diejenigen Ereignisse herausgelöst werden, die – zumindest in Deutschland, Frankreich und Großbritannien – für die größte publizistische Aufmerksamkeit sorgten und damit zu öffentlichen Auseinandersetzungen führten. Auf diese Begebenheiten soll nun näher eingegangen werden.

- **12. Mai 2000: Rede von Joschka Fischer an der Humboldt-Universität:** Überall in Europa sorgte die Rede Fischers in Berlin für Aufsehen. Er forderte ein Nachdenken über die „Finalität“ der EU, die Direktwahl eines Europäischen Präsidenten, die Einführung eines Zwei-Kammern-Parlaments, ein „Gravitationszentrum“ integrationswilliger Staaten, die Schaffung eines föderalen Bundesstaates und die Verabschiedung einer Europäischen Verfassung:

Dies ist meine persönliche Zukunftsvision: Von der verstärkten Zusammenarbeit hin zu einem europäischen Verfassungsvertrag und die

¹⁰ Die hier jedoch nicht inhaltlich wiederholt werden müssen, da sie bald umgearbeitet oder revidiert wurden.

Vollendung von Robert Schumans großer Idee einer Europäischen Föderation. Dies könnte der Weg sein!

Die Rede sei, so Fischer, nicht die Haltung der Bundesregierung, sondern seine persönliche Meinung als „Privatmann“. Sie bildete Beginn und Ankerpunkt der breiteren Debatte.

- **21. Mai 2000: Äußerungen von Jean-Pierre Chevènement:** Der zum Lager der „Souveränisten“ gehörende französische Innenminister Chevènement, der sich mit einer eigenen „republikanischen“ Partei nach dem Maastricht-Referendum von den Sozialisten abgespalten hatte, sagte als Reaktion auf Fischer in einem Fernsehinterview des Sender *France 2*:

[Deutschland] hat sich noch nicht von der Entgleisung erholt, die der Nationalsozialismus in seiner Geschichte dargestellt hat. [...] Im Grunde träumt es noch immer vom Heiligen Römisch-Germanischen Reich.

Diese Äußerung stieß in Deutschland auf Befremden. In der Folge trafen sich Fischer und Chevènement zu einem offenen Streitgespräch, das *Die Zeit* und *Le Monde* dokumentierten. Später entschuldigte sich der Innenminister.

- **Juni 2000: Verfassungsvorschläge von Juppé/Toubon und Bayrou/ Cohn-Bendit:** Der Präsident der konservativen europafreundlichen Partei UDF, François Bayrou, legte mit dem grünen Europaabgeordneten Daniel Cohn-Bendit einen eigenen Verfassungsentwurf vor. Kurz darauf folgten die Neogaullisten Alain Juppé und Jacques Toubon mit einem Konzept, dessen Veröffentlichung schon vor der Humboldt-Rede Fischers angekündigt worden war. Juppé, ein ehemaliger Premierminister und enger Vertrauter des Staatspräsidenten Chirac, plante eine weitgehende Entmachtung der Europäischen Kommission und Stärkung der intergouvernementalen Elemente bei gleichzeitiger Vertiefung der Union, einschließlich einer gemeinsamen Außen- und Verteidigungspolitik. Demgegenüber plädierten Bayrou/Cohn-Bendit für die Vertiefungen der Union und eine Stärkung der Gemeinschaftsinstitutionen, vor allem des EP, und die Direktwahl eines Europäischen Präsidenten. Die Vorschläge lösten ein breites Echo in Frankreich aus und wurden auch in Deutschland und Großbritannien diskutiert.

- **27. Juni 2000: Reichstags-Rede von Jacques Chirac:** Die Rede Chiracs vor dem Bundestag bildet den zweiten großen Referenzpunkt der Debatte. Der französische Staatspräsident sprang über seinen eigenen eher euroskeptischen Schatten, setzte sich über die *Kohabitation* hinweg und bestätigte, in einigen Jahren könne man über einen Text befinden, den man dann als erste Europäische Verfassung proklamieren könne:

Il s'agit de définir de façon claire la répartition des compétences entre les différents niveaux de l'Europe et d'élaborer une 'Constitution européenne'.

Die Rede wurde als direkte Reaktion auf die Rede Fischer verstanden und wegen des ungewöhnlich deutlich pro-europäischen Grundtons in allen untersuchten Ländern ausgiebig diskutiert. Chirac nahm Fischers Vorstellung eines „Gravitationszentrums“ auf und sprach von einer „Pioniergruppe“, die bei der Integration vorangehen solle. Auch in den kommenden Monaten und Wochen bezogen sich die Kommentatoren immer wieder auf die Reichstags-Rede.

- **1. Juli 2000: Beginn der französischen EU-Präsidentschaft:** Der Beginn der EU-Ratspräsidentschaft Frankreichs war für die Debatte wichtig, weil vor allem in Frankreich gefragt wurde, was die neuen Vorschläge für die Ratspräsidentschaft und den Gipfel von Nizza bedeuteten. Das führte zu einer grundsätzlichen Diskussion über die Stellung Frankreichs in Europa, das deutsch-französische Verhältnis und die Zukunft der EU. In Deutschland und Großbritannien wuchsen die Erwartungen an Frankreichs Präsidentschaft.

- **2. September 2000: Referendums-Interview mit Günther Verheugen:** Der für die Osterweiterung zuständige EU-Kommissar Verheugen antwortete auf die Frage der *Süddeutschen Zeitung*, ob es über den Beitritt der osteuropäischen Staaten eine Volksabstimmung geben sollte:

Über Verträge, die den Charakter des Staates verändern, etwa durch Abgabe von Souveränität, sollte es Volksentscheide geben. Gewiss, solche Referenden bergen Risiken. Dennoch bin ich dafür. Denn sie zwingen die Eliten, sich auch zu Hause mit der Europapolitik auseinander zu setzen und auf die Sorgen der Bevölkerung einzugehen. Und das ist bisher ja nicht der Fall. Allerdings ist ein solches Referendum derzeit in Deutschland nicht möglich. Dazu müsste die Verfassung geändert werden.

Diese eigentlich recht unspektakuläre Aussage provozierte entrüstete Reaktionen in ganz Europa, einschließlich der Distanzierungen des Kommissionspräsidenten und des deutschen Außenministers von Verheugen.

- **7. Oktober 2000: Fertigstellung der Charta der Grundrechte:** Vor allem in Großbritannien sorgte das Bekanntwerden des Charta-Textes für Aufregung. An der Frage, ob die Grundrechte rechtsverbindlich werden sollten, schieden sich die Geister. Anders in Deutschland und Frankreich: hier waren die Reaktionen vorwiegend positiv oder man hätte sich eine weitergehende Einbeziehung sozialer Rechte gewünscht.

- **6. Oktober 2000: Rede von Tony Blair in Warschau:** Der britische Premierminister Blair legte vor der polnischen Börse seine Vision für Europa dar und sprach sich gegen eine Europäische Verfassung aus:

The primary sources of democratic accountability in Europe are the directly elected and representative institutions of the nations of Europe.

Der Ort war dem Vernehmen nach bewusst gewählt und die Rede als Antwort der euroskeptischeren Staaten auf die Reden Fischers und Chiracs konzipiert. Dennoch

war es die europafreundlichste Rede Blairs überhaupt und wurde in Großbritannien entsprechend kritisiert, anderswo dagegen oft nicht als solche erkannt.

- **7. bis 9. Dezember 2000: Regierungskonferenz in Nizza:** Vor und nach der großen Regierungskonferenz und der Verabschiedung des Vertrages von Nizza fand eine breite Debatte statt. Es ging jedoch hauptsächlich um Sachfragen und konkrete Konflikte, der längerfristig angelegte Visionen-Austausch trat in den Hintergrund. Fast unbeachtet erfolgte der Beschluss, einen Reform-Konvent einzusetzen, der eine besseren Kompetenzabgrenzung und eine Institutionenreform vorschlagen sollte.

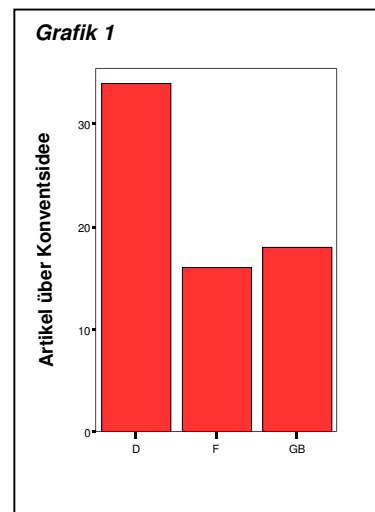
Diese Ereignisse konnten erst nach der Inhaltsanalyse als wichtigste Bezugspunkte der Debatte identifiziert und in die Auswertung integriert werden. Sie bilden die Höhepunkte der Berichterstattung, weil sie in allen drei untersuchten Ländern Aufmerksamkeit erregten und diese Phase der Debatte strukturierten.

Die *dritte Phase* der Verfassungsdebatte begann aber nach dem Gipfel von Nizza, der allgemein als Integrations-Rückschlag gewertet wurde, zu Zerwürfnissen führte und deutlich machte, dass die traditionellen Verfahren des intergouvernementellen *Bargaining* auf EU-Gipfeln einer erweiterten Union nicht mehr angemessen sein würden. Die Regierungschefs setzten zunächst ihre Grundsatzreden kontinuierlich fort. Bundeskanzler Schröder sagte am 19. Januar 2001 vor dem Bundestag, der neue Vertrag sei der Ansatz einer europäischen Verfassung. Auf Kritik im EU-Ausland stieß ein Leitantrag der SPD im April, in dem die Partei ihre Vorstellungen über die Ausgestaltung der europäischen Verfassung konkretisierte. Am 28. Mai hielt schließlich auch Lionel Jospin seine lang erwartete Grundsatzrede, in der er sich auch für eine europäische Verfassung aussprach. Erst zu diesem späten Zeitpunkt legte der französische Premierminister seine Vorstellungen dar, während die eigentliche Debatte längst beendet war. Jospins Rede blieb im europäischen Mainstream und brachte keine wesentlichen neuen Vorschläge oder Erkenntnisse. Die Reaktionen blieben verhalten und wenig euphorisch. Zum Auftakt der belgischen Ratspräsidentschaft forderte dann Premierminister Guy Verhofstadt nachdrücklich, der Post-Nizza-Prozess müsse in „die Konstitutionalisierung der Union“ münden (Volkman-Schluck 2001, 21/22).

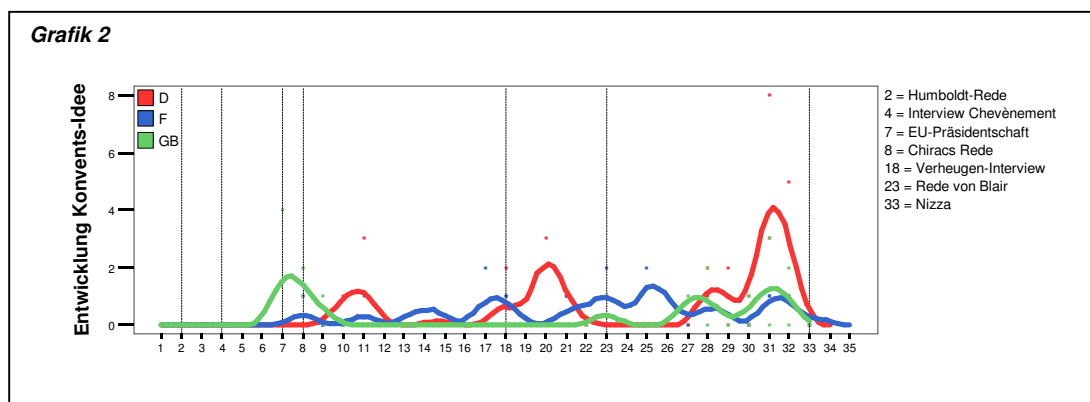
Auf dem Gipfeltreffen von Laeken im Dezember 2001 beschlossen die Staats- und Regierungschefs schließlich, einen „Konvent zur Zukunft der Europäischen Union“ einzusetzen, der bis zum Juni 2003 Vorschläge zur künftigen Gestalt der EU ausarbeiten soll. Diese Vorschläge bilden die Grundlage eines Reform-Gipfels, der die Entscheidungsverfahren der Union grundlegend überarbeiten soll. In dem Konvent sind nicht nur Repräsentanten der Regierungen vertreten, sondern Parlamentarier

aus den Mitgliedstaaten und dem EP bilden die Mehrheit. Auch Repräsentanten der Regionen und der Beitrittskandidaten sind vertreten. Die Beschlüsse des Konvents werden allerdings für die Staats- und Regierungschefs nicht verbindlich sein (europa-digital 2003).

Als Nebenprodukt der in dieser Arbeit durchgeführten Inhaltsanalyse konnte die Entwicklung der Konvents-Idee verfolgt werden, indem jede Erwähnung und Andeutung des erst im Entstehen begriffenen Plans mitcodiert wurde. Demnach ist das Konzept einer Reform-Versammlung ein ursprünglich deutscher Vorschlag, der hier auch am ausführlichsten disku-



tiert wurde (Grafik 1). Gegenstand öffentlicher Diskussion wurde er jedoch zuerst in Großbritannien, wo Medien entsprechende Pläne als Enthüllung präsentierten (vor allem die *Times*) und in Verbindung mit der Rede Chiracs als deutsch-französischen Komplott rahmten. In der Folge übernahmen aber die deutschen und französischen Öffentlichkeiten das Thema und steigerten die Berichte und Andeutungen bis zum Gipfel von Nizza relativ kontinuierlich (Grafik 2).



Die Arbeit des Konvents verläuft bisher wie geplant und trotz einiger Verunsicherung, ob der Zeitplan eingehalten werden kann, wird mit einem Ende der Beratungen im Juni 2003 gerechnet. Besonders die Vorschläge zur gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik stellen aber eine Hürde dar, die durch den Irak-Krieg im März/April 2003 erschwert wurden.

3.2 Methode

Inhaltsanalyse wird als Sammelbegriff für ein breites Spektrum von Forschungsmethoden der empirischen Sozialforschung verwendet, denen gemeinsam ist, dass sie sich auf Merkmale von Texten beziehen und damit einen für die Untersuchung von Kommunikationsprozessen zentralen Bereich abdecken: die *Botschaft* von Texten.

Unterschiede bestehen jeweils in den Perspektiven und Zielsetzungen: Das selbe Objekt, „Sprache“, wird aus unterschiedlichen disziplinären Blickwinkeln, theoretischen Ausgangspunkten und hinsichtlich spezifischer Merkmale analysiert. Das in dieser Arbeit angewandte Verfahren muss daher genauer spezifiziert werden. Es handelt sich hier um eine computergestützte Analyse der *inhaltlichen Struktur* von Texten, die *prognostisch* nach dem von den *Rezipienten verstandenen subjektiven Sinn* fragt und zu diesem Zweck die *symbolische Rahmung von Ereignissen* untersucht. Diese Merkmale werden in diesem Abschnitt näher erläutert.

3.2.1 Inhaltsanalyse als Strukturanalyse

Die Inhaltsanalyse will Aussagen über bestimmte Merkmale von *Textmengen* machen. Der eigentliche Untersuchungsgegenstand ist der sich in den Aggregatdaten widerspiegelnde Kommunikationsvorgang, die inhaltliche *Struktur* des Vorgangs, nicht in erster Linie die Inhalte selbst. Die individuellen Daten müssen kumuliert und statistisch weiterverarbeitet werden.

Der Sinn jeder Inhaltsanalyse besteht darin, Komplexität zu reduzieren. Die Forschungsfrage ist dabei das Selektionskriterium - nicht alle Inhalte werden erfasst. Textmengen werden hinsichtlich der Merkmale beschrieben, die den Forscher interessieren. Die Klassifikation der Inhalte führt zwangsläufig und gewollt zur Reduktion von Komplexität. Dabei gehen aus zwei Gründen Informationen verloren: Zum einen durch die Ausblendung von Informationen, die in den untersuchten Texten enthalten, für die Forschungsfrage aber irrelevant sind. Zum anderen tritt durch den Vorgang der Komplexitätsreduktion durch Klassifikation Informationsverlust auf – durch die Zerteilung von Sinneinheiten in Klassen, „Kategorien“ genannt, werden ihre ursprünglichen Bedeutungen als ähnlich beschrieben und das sie Unterscheidende ignoriert.

3.2.2 Der „subjektive Sinn“ als Forschungsinteresse

Untersuchungsgegenstand ist dennoch nicht die nur formale Beschreibung eines Kommunikationsvorgangs. Bei der hier angewandten Art der Inhaltsanalyse steht im Zentrum des Interesses der *subjektive Sinn* der Kommunikation. Dabei bestehen zwei Möglichkeiten der Interpretation durch den Forscher: Entweder bezogen auf den Kommunikator (was meint der Autor?) oder den Rezipienten (wie wird der Leser die Aussage interpretieren?). Aufgabe des Analytikers ist dabei die Entschlüsselung der Bedeutung des Kommunizierten und die Rekonstruktion der Mitteilungsabsichten der Akteure (Früh 2001, 41).

In dieser Arbeit wird zu diesem Zweck ein *prognostischer Ansatz* benutzt. Das Interesse und die Interpretation des Forschers richtet sich auf die Wirkung eines Textes beim Leser. Dabei wird der Codierer als der „typische“ Rezipient definiert. Seine möglichst plausible und transparent zu machende, aber dennoch subjektive Interpretation ist ausschlaggebend. Dies unterscheidet den prognostischen von formal-deskriptiven Ansätzen, die nicht inhaltlich-interpretativ vorgehen, sondern *deskriptiv* - durch die Auswertung von Worthäufigkeiten etwa.¹¹ Drittens gibt es *diagnostische* Ansätze, die versuchen, die eigentliche Intention des Autors bei Schreiben durch die Interpretation des Codierers zu ermitteln.

Hinter der Entscheidung für einen prognostischen, auf die Wirkung beim Rezipienten ausgerichteten Ansatz steht die Vorstellung, dass Kommunikation nicht zur Vermittlung eines „wirklichen“ Sinns dient, sondern dass Sinn durch den Vorgang der Kommunikation erzeugt wird. Ausschlaggebend ist daher nicht der gemeinte, sondern der vom Empfänger wahrgenommene Sinn.

3.2.3 Inhaltsanalyse als *Frame-Analysis*

Politische Ereignisse können nicht in ihrer reinen Form vermittelt werden. Sie müssen in vorhandene Bilder, kulturelle Geschichten und Interpretationsstrukturen eingebettet werden – *Frames*. Nach Erving Goffman sind Frames „Schemata der Interpretation“ die es den Menschen erlauben, Ereignisse in der Alltagswelt und in der Welt im Ganzen „zu lokalisieren, aufzunehmen, zu identifizieren und zu klassifizieren“ (1974, 21). Die Ereignisse der Welt tragen demnach keinerlei eigenen Sinn, sie erhalten ihn erst durch ihre „Rahmung“. Das Ungewöhnliche, Unerklärliche und Unheimliche wird durch einen Rahmen „normalisiert“, d.h. in die Alltagswelt integriert. Frames haben die Aufgabe von Schlüsseln: Die verschlüsselten Ereignisse der Welt werden erst durch ihre Rahmung erklärbar. Schlüssel werden zur Dekodierung einer Situation benutzt und diese erst dadurch verstehbar. Verstehen bedeutet bei Goffman (1974) Rahmen zu benutzen, das Wahrgenommene in Schubladen einzuordnen, zu typisieren. Ordnung wird durch den Vorgang der Typisierung hergestellt, Ereignisse als „ein Fall von“ behandelt. Alles *nicht* typisierbare ist unheimlich. Diese Rahmungen sind dabei nichts „Wirkliches“, sondern eine Selbsttäuschung, eine Fassade, ohne die soziale Wirklichkeit nicht vorstellbar wäre.

Soziale Ordnung ist nach Goffmans interpretativer Soziologie eine Konstruktion durch die Praxis der Interaktion. Die Interaktion schafft erst diese Illusion eines geteilten Konsenses. Dieser „Hintergrundkonsens“ kann niemals vollständig benannt

¹¹ Durch die Hypothese, die der deskriptiven Analyse zu Grunde liegt, ist sie in Wahrheit jedoch auch prognostisch, also nur *formal* deskriptiv (Früh 2001, 43).

werden. Seine Fragilität wird ignoriert, von einem geteilten Konsens wird ausgegangen und so eine „Natürliche Einstellung“ konstruiert. Das Implizit-Lassen ist dabei die Norm – das Angedeutete, Bezug auf das Implizite Nehmende muss ständig bestätigt werden, um die geteilte Wirklichkeits-Konstruktion aufrecht zu erhalten. Dies geschieht durch die „Indexikalität“ der Interaktion, das Andeuten und gegenseitige Versichern des selbstverständlichen Hintergrundkonsenses. Die Theorie ist also dezidiert anti-positivistisch: Missverständnisse sind der Normalfall. Jede Tatsache ist sozial konstruiert und basiert auf einem impliziten Konsensus.

Auf das Thema massenmediale Diskurse übertragen bedeutet dies, dass jedes politische Thema im öffentlichen Diskurs gerahmt, mit einem *Frame* versehen wird – eine bestimmte Anzahl von Bedeutungszuschreibungen und Symbolen, die in unterschiedlichen Öffentlichkeiten benutzt werden, um Ereignissen einen Sinn zuzuschreiben. Diese Diskurse entwickeln sich mit der Zeit und bieten Bedeutungen und Interpretationen auch für neu auftretende Themen und Ereignisse an. Nachrichten sind dabei auch eine Form von Literatur – Journalisten erzählen mythische Geschichten, malen metaphorische Bilder und konstruieren symbolgeladene Sätze (Gamson 1992).

Bei den Berichten wird ein nationaler Konsens reflektiert und konstruiert („Konsenssphäre“), auch in der Thematisierung dem Konsens widersprechender Meinungen („Abweichungssphäre“). Journalisten treten geradezu als „Hüter des nationalen Konsenses“ auf und sind umso erfolgreicher und lösen umso mehr Reaktionen aus, je besser ihr Gespür für Stimmungen ist:

Such differences can be explained in part by the degree to which preferred framings resonate with cultural narrations, that is, with the stories, myths, and folk tales that are part and parcel of one's cultural heritage and that thus function to inform events and experiences in the immediate present. [...] In other words, the framing strikes a responsive chord in that it rings true with existing cultural narrations. (Snow/Benford 1988, 210)

Medien operieren innerhalb einer Kultur und müssen sich daher der kulturell vorgegebenen Symbole bedienen. Im Vordergrund stehen nicht die Beziehungen zwischen Menschen, sondern zwischen Symbolen und Fakten. Es geht um Bilder und Stereotypen.

Solche Symbole können jedoch nur dann benutzt werden, wenn die Zuhörer ein Verständnis dieser benutzten Symbole teilen. Gamson und Modigliani (1989) nennen dieses System geteilter Bedeutung die „Resonanz-Struktur“ einer Öffentlichkeit. Die Zeitangabe „gegen elf“ wird in manchen Gesellschaften als 10 Uhr 45 bis 11 Uhr 15, in anderen als 11 bis 13 Uhr interpretiert werden. Ebenso kann das Wort Föderalismus, obschon ein technischer Begriff, in verschiedenen Gesellschaften völlig konträre symbolische Bedeutungen tragen. Die empirische Frage, die mit einer Frame-Analyse beantwortet werden kann, ist die nach der Übereinstimmung der

symbolischen Frames in unterschiedlichen Öffentlichkeiten. Werden die gleichen Frames benutzt, wenn über die gleichen Themen gesprochen wird? Findet ein Austausch dieser Frames statt?

Die Aufgabe des Sozialwissenschaftlers ist die eines Detektivs: Rahmungen müssen aufgespürt, erkannt, idealtypisch klassifiziert und interpretiert werden. Das kann nur mit Hilfe von interpretativem Sinnverstehen gelingen. Der Forscher muss sich selbst als den generalisierten Rezipienten definieren und auf der Basis seiner eigenen kulturellen Hintergründe konstante Strukturen aufdecken.

Drei Gründe sprechen für eine Diskursanalyse durch die Untersuchung von Frames: 1. Methodologische Gründe: Texte werden im gesamten Verlauf der Geschichte und besonders durch die „neuen Medien“ zunehmend wichtig; 2. historische Gründe: Texte sind seit jeher gute Indikatoren für geschichtliche Veränderungen; und 3. politische Gründe: Machtstrukturen, die jeder Kommunikation zu Grunde liegen, werden durch die Diskursanalyse aufgedeckt. Zudem ist computergestützte Inhaltsanalyse für diese Arbeit eine geeignete Methode, da sie eine Reihe von praktischen Vorteilen hat: Das Untersuchungsobjekt ändert sich während der Untersuchung nicht; die Datenerhebung ist relativ unkompliziert, denn sie ist an keine Zeitbegrenzung gebunden; die Analyse ist beliebig wiederholbar und modifizierbar; und die Inhaltsanalyse erlaubt das Untersuchen von Kommunikation, selbst wenn die Akteure nicht direkt erreichbar sind.

Dennoch gilt zusammenfassend ein Merksatz, der Beschränkungen der qualitativen Inhaltsanalyse verdeutlicht:

Wird ein stringenter Beweischarakter der Daten angestrebt, dann sind aus inhaltsanalytischen Befunden allein weder direkte Wirkungsaussagen, noch Aussagen über die Mitteilungs- oder Wirkungsabsichten des Autors abzuleiten. (Früh 2001, 46)

Aus diesem Grundsatz folgt, dass Inhaltsanalysen immer Ansätze sind, bei denen der Forscher seine eigene, offengelegte Interpretationsweise zu Grunde legt. Fast alle empirischen Methoden sind jedoch im Grunde prognostisch angelegt: Befragungen, Beobachtungen, Konversationsanalysen – eigentlich auch Umfragen, da sie durch die Art der Frage bestimmte Antworten provozieren. Das primäre Ziel von Inhaltsanalysen ist außerdem nicht eine direkt festzumachende Inferenz, sondern eine Beschreibung von Einzelfällen, um später Makrodaten auswerten zu können. Aus diesem Grund ist auch ein verfälschender Bias unwahrscheinlicher als bei anderen Methoden.

3.3 Forschungsdesign

Die Inhaltsanalyse ist nach Früh (2001, 25) „eine *empirische Methode* zur *systematischen, intersubjektiv nachvollziehbaren* Beschreibung inhaltlicher und formaler Merkmale von Mitteilungen, mit dem Ziel einer darauf gestützten interpretativen Inferenz“ (eigene Hervorhebungen). Anhand dieser Standards soll die hier verwendete Methode dargestellt werden.

Die Inhaltsanalyse ist eine *empirische* Methode, weil sie die beiden Wissenschaftsstandards „Systematik“ und „Objektivität“ erfüllt. Sie ist dann empirisch, wenn sie ein identifizierbares Korrelat mit der Realität besitzt. Das bedeutet nicht, die objektive Wirklichkeit genau abzubilden, sondern sie kann lediglich ein Indikator sein. Dabei wird die größtmögliche Transparenz des Erkenntnisprozesses angestrebt. Die erste Voraussetzung dafür ist, dass die Untersuchung des Erkenntnisobjekts unter genau angebbaren Bedingungen von verschiedenen Personen *reproduzierbar* ist. Dazu ist als zweite Bedingung die Offenlegung des genauen Verfahrens notwendig – dadurch wird das *Abschätzen der Plausibilität* der Ergebnisse durch Dritte möglich. Drittens ist ein *systematisches* Vorgehen erforderlich. Nur wenn die Methode über den ganzen Untersuchungszeitraum hinweg konsequent angewandt wurde, ist die Transparenz des Erkenntnisvorgangs gewährleistet (Früh 2001, 75-98).

Zunächst werden in diesem Abschnitt die genauen Datenquellen genannt: Welche Medien wurden in welchem Zeitraum analysiert? Anschließend wird die Erarbeitung des Messinstrumentes, nämlich des Kategorienschemas, erläutert. Drittens werden die Analyse-, Codier- und Messeinheiten definiert und diese Definitionen begründet. Schließlich beschäftigt sich der vierte Abschnitt mit Reliabilität, Validität, Replizierbarkeit und Generalisierbarkeit der Untersuchungsergebnisse.

3.3.1 Datenquellen

Es stellt sich zunächst die Frage, wie die öffentliche Diskussion über eine europäische Verfassung inhaltsanalytisch erfasst werden kann. In welchen Medien findet der Diskurs statt? Entsprechend der Verschiedenartigkeit der Medien besteht eine erhebliche Diskrepanz der Darstellungsformen. Grundsätzlich lassen sich audiovisuelle Medien und Printmedien unterscheiden, und diese jeweils in Boulevard- und Qualitätsmedien (Meyer 2001, 49). Diskurse werden natürlich auch in den unterschiedlichsten andern Arenen geführt – Konferenzen, Vorträgen, Büchern, Magazinen, Filmen, auch Werbung und Unterhaltung –, überregionale Zeitungen sind dabei aber besonders wichtig, da sie die allgemeinen Begriffe und Zusammenhänge definieren unter denen ein Thema debattiert wird (Gamson 1992, 24). Einerseits sind überregionale Zeitungen Diskurs-Produzenten, da die Journalisten durch das Erfin-

den von Begriffen und Metaphern, das Betonen von Teilaspekten und das Verwenden von Anspielungen, die sich auf einen mit der Leserschaft geteilten kulturellen Hintergrund beziehen, den Diskurs lenken und neue Aspekte hinzufügen, andererseits sind sie der Ort, an dem soziale Gruppen, Institutionen und Ideologien ihre Version der Realität durchzusetzen versuchen. Traditionelle Quellen wie Parteiprogramme oder Parlamentsdebatten werden in dieser Arbeit nicht verwendet, da sie nur einen Teil - oft einen reflektierenden und nicht innovativen Teil - des Diskurses ausmachen (Larsen 1997, 29).

Die wichtigsten Beiträge zu der Debatte kamen aus Deutschland, Frankreich und mit einigem Abstand aus Großbritannien. Diese sind nicht nur die drei größten Mitgliedsstaaten, sondern können auch als Idealtypen verstanden werden: In Deutschland ist die europäische Integration Teil der Staatsraison und zieht sich als Konsens durch die gesamte Außenpolitik seit der Gründung der Bundesrepublik. Die Reaktionen in der deutschen Öffentlichkeit in der Verfassungsdebatte können stellvertretend für Europa-enthusiastische Mitglieder wie Italien, Portugal und die Benelux-Staaten gesehen werden. Frankreich unterstützt zwar die Integration, legt aber Wert auf die Wahrung nationaler Interessen und Schutz als wichtig empfundener Zuständigkeiten. Es kann für Länder wie Spanien, Finnland, Griechenland, Irland und Österreich stehen. Großbritannien schließlich ist der wichtigste euroskeptische Staat und ein Gegner des Prinzips der „ever closer union“. Weitere Integration (wie die Einführung einer gemeinsamen Währung) wird oft nicht enthusiastisch unterstützt. Es repräsentiert damit Dänemark, Schweden und souveränistische Kräfte überall in der Europäischen Union.

Dennoch ist die Aussagekraft der Analyse durch die Beschränkung auf drei Länder geschwächt. Vor allem sind die kleinen Staaten nicht repräsentiert. Zugunsten der möglichst vollständigen Erfassung des gesamten Diskurses musste jedoch auf die Untersuchung weiterer Öffentlichkeiten verzichtet werden. In dem untersuchten Material fanden sich jedoch keine Hinweise auf extrem abweichende Reaktionen in anderen Staaten der EU. Eine vollständige oder auch nur teilweise Erfassung aller Öffentlichkeiten wäre – auch auf Grund der Sprachenvielfalt – nicht handhabbar gewesen.

Es wurden daher für jedes Land jeweils die beiden führenden überregionalen Qualitätszeitungen analysiert: Für Frankreich „Le Monde“ und „Le Figaro“, für Deutschland die „Süddeutsche Zeitung“ und die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ und für Großbritannien „The Times“ und „The Guardian“. Dabei interessiert auch die Unterscheidung der jeweiligen Ausrichtung in linksliberal und konservativ/mitte-rechts. Über die Auswahl der Zeitungen ließe sich sicherlich streiten. Das Kriterium war hier

vor allem die Auflage und das allgemeine Ansehen der Zeitungen – sie werden als Leitmedien begriffen und dienen zur allgemeinen Orientierung der informierten Öffentlichkeit. Für die Auswahl spricht die Tatsache, dass die meisten einflussreichen Beiträge der Debatte in den jeweiligen hier benutzten Zeitungen veröffentlicht wurden. Da sich eine eindeutige links-rechts-Ausrichtung bei dem Thema dieser Arbeit nicht erwarten ließ, wäre die Berücksichtigung von ausgeprägteren politischen Orientierungen nur auf Kosten der Berücksichtigung des Einflusses und Ansehens des Blattes möglich gewesen.

Als Datenquelle diente das Online Archiv *Lexis-Nexis.com*, zugänglich an der Universität Mannheim. Lexis-Nexis.com ist ein Online-Service für Wirtschafts- und Presseinformationen, mit einem umfassenden Angebot an Zeitungen, Fachpublikationen und Pressediensten. Es stehen Volltextdatenbanken aus England, Europa, Asien und den USA übers Internet zur Verfügung. Dort konnten nicht nur alle Texte im gleichen Format zur Weiterverarbeitung leicht aufgefunden werden, sondern es stand auch die bestmögliche Art der Erfassung aller Texte, die im Beobachtungszeitraum einen Zusammenhang mit der Debatte haben, zur Verfügung: Das Durchsuchen aller Artikel nach Stichworten.

Als *Analysezeitraum* wurde der 1. Mai 2000 bis 31. Dezember 2000 definiert, entsprechend der *zweiten Phase* der Debatte. Die Kriterien bei der Auswahl des Beobachtungszeitraumes war zum einen ein möglichst genau auszumachender Beginn der engeren Debatte und zum anderen ein Endpunkt, der eine Repräsentativität der untersuchten Zeit für den ganzen Verlauf der weiteren Debatte erwarten ließ. Die Rede Joschka Fischers an der Humboldt-Universität markiert den Beginn der engeren Debatte über eine europäische Verfassung. Wie sich bei der Bearbeitung der Quellen gezeigt hat, kann die Humboldt-Rede als der Ankerpunkt des gesamten Diskurses gesehen werden. Nahezu alle Texte, die die Verfassungs-Diskussion als zusammenhängende Debatte thematisieren, beziehen sich direkt auf Fischers Rede (vgl. Kapitel 3.4.2).

Der Untersuchungszeitraum endet Ende Dezember, nachdem der Gipfel von Nizza als Thema der Berichte ausklingt. Dieser Zeitpunkt bietet sich an, weil in Nizza zum ersten Mal konkrete Früchte der Debatte sichtbar werden: Der Gipfel beschließt den Konvent als Instrument des sogenannten Post-Nizza-Prozesses, welches schließlich zu dem Auftrag der Ausarbeitung eines Vorschlages für einen Verfassungsvertrag führen sollte. Der Diskurs ist somit an einem Wendepunkt angelangt. Trotzdem ist dieser Zeitpunkt nicht zwingend das Ende der Debatte – es hätte sich die Rede Lionel Jospins am 21. Mai 2001 als letzter großer Beitrag eines wichtigen Staatsmannes angeboten. Ein Stichproben-Test mit zufällig ausgewählten späteren Tex-

ten zeigte jedoch, dass eine grundsätzliche Änderung der Struktur der Debatte bis zu diesem Zeitpunkt nicht zu erwarten gewesen wäre.

3.3.2 Kategoriensystem

Es bestehen zwei grundsätzliche Strategien zur Erstellung eines Kategorienschemas: die theoriegeleitete und die empiriegeleitete Kategorienbildung. In dieser Arbeit wurde eine Kombination beider Verfahren angewandt. Die Kategorien repräsentieren ein theoretisches Gliederungsprinzip in Bezug auf die Forschungsfrage und gleichzeitig eine Klassifizierungsstrategie in Bezug auf das zu untersuchende Material. Wegen dieses doppelten Bezuges empfiehlt sich bei der Erstellung des Kategorienschemas dieses gemischte sowohl empirie- als auch theoriegeleitete Verfahren. Die Auswertung bediente sich sowohl quantitativer wie qualitativer Verfahren.

Das Kategorienschema wurde den Hypothesen entsprechend in sechs Abschnitte unterteilt: 1. die wichtigsten vorkommenden **Themen**, 2. Symbolische **Referenzpunkte**, 3. die „Rahmungen“ (**Frames**) wichtiger Begriffe, 4. die konkreten **Anlässe** der Berichterstattung, 5. die zu Wort kommenden **Akteure** und 6. **Begriffsklärungen** und auf kulturelle Verständigung ausgelegte Textbausteine.

1. Die wichtigsten Themen wurden durch einen Pretest mit 50 zufällig ausgewählten Artikeln bestimmt. Unter Themen werden dabei die Leitbilder und Begriffe definiert, die sich durch die gesamte Debatte ziehen und in allen drei Ländern vorkommen. Voraussetzung war, dass sie nicht als Begriff selber definiert, sondern *inhaltlich* diskutiert werden und als Argumentationshilfe dienen.

2. Als symbolische Referenzpunkte werden solche Bedeutungseinheiten codiert, die entweder symbolisch in die Zukunft weisen (etwa mit Bezug auf das „21. Jahrhundert“ oder die Globalisierung), die die Vergangenheit thematisieren (als traumatische oder triumphalistische, nationale oder europäische Geschichte sowie allgemein als Orientierungsdimension), oder die Europa als Wertegemeinschaft definieren (z.B. indem sie die EU von den USA/der islamischen Welt oder von „neoliberalen“ Kapitalismus abgrenzen).

3. Zur Ausarbeitung eines Code-Systems der Frames wurde ein gemischt induktiv/deduktives Vorgehen benutzt. Als Ausgangspunkt diente die Unterscheidung von *affektiver* und *utilitaristischer* Unterstützung für politische Institutionen, die ursprünglich von David Easton (1965) entwickelt wurde. „Affektiv“ bedeutet demnach, dass ideologische oder kulturelle Gründe für die Unterstützung verantwortlich sind, wohingegen „utilitaristisch“ für die rationalistische Vorstellung einer vorrangigen Orientierung an den politischen und ökonomischen persönlichen Vorteilen eines Individuums steht. Übertragen auf die EU bedeutet das, dass einige Menschen die europäischen Institutionen unterstützen, weil sie an das Ziel eines vereinigten Europa

glauben („affektiv“), während die Unterstützung bei anderen daher rührt, dass sie persönlich von der Integration profitieren („utilitaristisch“). (Gabel 1998)

Um dies zu analysieren werden in der *Public Opinion*-Forschung üblicherweise zwei Fragen des *Eurobarometer* herangezogen: „*Do you ever think of yourself not only as a [nationality] citizen but also as a citizen of Europe?*“ (“The Identity Question”) – mögliche Antworten: ‚oft‘, ‚manchmal‘, ‚nie‘ und „*Taking everything into consideration, would you say that [your country] has benefited or not from being a member of the European Union?*“ (“The Benefit Question”) – mögliche Antworten: ‚ja‘, ‚weiß nicht‘ oder ‚nein‘ (Hix 1999). Unter dieser Vorgabe sollten die Begriffe „EU/Europa“, „Europäische Verfassung“, „Integration“ und „Identität“ jeweils in affektiv und utilitaristisch aufgeteilt und dreistufig bewertet werden. In einer Reihe von Pretests mit fünfzig zufällig ausgewählten Texten erwies sich diese Einteilung jedoch als unbrauchbar: Für den Begriff EU/Europa ist die dreistufige Einteilung zu grob, weil eine negative Bewertung nicht die Unterscheidung zwischen völliger Ablehnung und abgeschwächter Kritik zuließ. Zudem trat eine *Ablehnung* mit nutzenabwägenden Begründungen nicht auf, oft jedoch eine *Zustimmung* aus solchen Gründen. Bei allen Begriffen musste grundsätzlich zwischen Zustimmung aus Passion und Überzeugung und solcher aus Nutzenabwägungen unterschieden werden. Gänzlich inadäquat erwies sich die Aufteilung bei „Identität“: hier kann nicht von einem entweder-oder ausgegangen werden, sondern je nach Argument und Zusammenhang werden die unterschiedlichen Identitäts-Ebenen relevant.¹²

Jedes Thema enthält die Möglichkeit, es unterschiedlich zu framen. Für jedes einzelne Thema existiert ein bestimmter Bestand von Frames:

For every challenge there is a relevant discourse – a particular set of ideas and symbols that are used in the process of constructing meanings relevant to the struggle. (Gamson 1988, 222).

Idealtypisch werden daher die jeweils wichtigsten symbolischen Rahmungen eines Themas erfasst und codiert.

Für diese ersten drei Abschnitte der Primär-Ebene des Kategoriensystems (Themen, Referenzpunkte und Frames) lässt sich zusammenfassend festhalten, dass es sich stets um symbolische Rahmungen der wichtigsten Elemente der Verfassungsdiskussion handelt. Ihre Bedeutungen sind nie eindeutig, sondern müssen methodisch qualitativ, interpretierend, durch den Codierer erfasst werden. Die übrigen Abschnitte sind quantitativer Natur und dienen der möglichst exakten Beschreibung des Ablaufs der Debatte.

¹² Die Unbrauchbarkeit des Eurobarometer-Schemas impliziert auch allgemeine Methoden-Probleme: Sind Umfragen als Basis der Forschung nicht deshalb fragwürdig, weil nur *erfragte* Meinungen in ebenso vorgegebene Antwortmöglichkeiten gepresst werden? Ein grundsätzlicher inhaltlicher Unterschied zwischen „öffentlicher“ und „veröffentlicher“ Meinung ist schwer zu begründen, da Menschen zur Artikulation ihrer Meinung immer von den Medien vorgegebene Argumente und Bilder benutzen (Gamson 1992). Auf solche Probleme kann jedoch in dieser Arbeit nicht näher eingegangen werden.

4. Als wichtige Anlässe wurden im Laufe des Codierprozesses solche Ereignisse codiert, die ein nicht zu vernachlässigendes Medienecho nach sich zogen, d.h. dass sich eine relevante Zahl von Artikeln auf dieses Ereignis bezieht. Für vernachlässigbar wurden solche Ereignisse gehalten, die nur gemeldet und nicht diskutiert wurden, oder die nur in einer nationalen Öffentlichkeit und nur sehr wenig diskutiert wurden.

5. Als Akteure wurden die wichtigsten Träger der Debatte, die „Hauptdarsteller“, codiert. Dabei wurde zwischen deutschen, französischen und britischen Politikern und zusätzlich zwischen Politikern anderer EU-Mitgliedstaaten und Akteuren der EU, also der Kommission, des EP oder korporative Akteure wie europäisch organisierten Interessengruppen unterschieden. Zudem wurden Intellektuelle und andere Medien, jeweils unterteilt in eigene und ausländische, als Akteure erfasst.

6. Unter dem Abschnitt Begriffsklärungen wurden solche Sinnabschnitte codiert, die auf eine kulturelle Vermittlungen zwischen zwei Öffentlichkeiten hindeuten. So z.B. Versuche, Begriffe kulturell zu „übersetzen“, Reaktionen abzuschätzen, Stimmungen oder Empfindlichkeiten zu vermitteln.

3.3.3 Analyse-, Codier-, und Messeinheiten

Analyseeinheiten sind alle Artikel, die zwischen dem 1. Mai und dem 31. Dezember 2000 in den untersuchten Zeitungen erschienen sind. Die relevanten Artikel wurden mit Hilfe von verschiedenen Schlagwortsuchen ausgewählt. Es handelt sich also um eine Kompletterfassung, auch wenn nicht ganz ausgeschlossen werden kann, dass einzelne Texte nicht gefunden wurden.

Dabei ist zu beachten, dass das inhaltliche Spektrum der ausgewählten Artikel relativ eng gezogen wurde: Nur wenn ein Text das Thema „Verfassungsdebatte“ oder die allgemeine Diskussion über die Fischer-Rede behandelt, wurde er mitcodiert. Das ist deswegen relevant, weil es in dem Zeitraum noch weitere wichtige europäische Themen gab: die BSE-Krise, die geplante Osterweiterung der EU, die Einführung des Euro-Bargeldes, die Charta der Grundrechte, der Balkan-Konflikt und der Sturz des Belgrader Regimes, das dänische Referendum zur Euro-Einführung und die Diskussion um die Regierungsbeteiligung der FPÖ und Jörg Haiders in Österreich.

Besonders die Entscheidung, nicht auf die Charta der Grundrechte einzugehen, bedarf einer Begründung: Es stellte sich im Pretest, der die entsprechenden Artikel noch enthielt, heraus, dass diese Diskussion unter völlig anderen Vorzeichen stattfand als die Verfassungsdiskussion. Zum einen beginnt sie zeitlich früher, endet früher und orientiert sich an anderen Ereignissen. Zum anderen sind auch die zent-

ralen Begriffe und Rahmungen andere. Unbestreitbar überschneiden sich die Diskurse an einigen Stellen – wo immer das der Fall war, wurden die Artikel mitcodiert. Insgesamt wurden so 350 Texte ausgewählt, in ein entsprechendes Format übertragen, in *MaxQDA*, einem Programm zur computergestützten Inhaltsanalyse, exportiert und anhand des Kategorienschemas analysiert.¹³

Welches sind die **Codier-Einheiten**, die als Grundlage der statistischen Analyse dienen? „Eine Äußerung ist jede grammatikalisch vollständige Aussage, die einen eigenständigen Bedeutungsgehalt repräsentiert. Die formale Einheit „Satz“ kann also mit einer Äußerung identisch sein, er kann aber auch mehrere Äußerungen enthalten“ (Früh, 164). In der Regel bilden also in dieser Untersuchung Einheiten von mehreren Worten bis hin zu mehreren Sätzen eine Bedeutungseinheit. Ausschlaggebend war dabei die inhaltliche Abgrenzung. So kann es sein, dass bestimmte Codier-Einheiten/Textbausteine sowohl in einer wie auch in einer anderen Kategorie codiert werden. Dies darf jedoch nur vorkommen, wenn es auf unterschiedlichen Primärebenen geschieht: z.B. kann eine Einheit sowohl als „trennende historische Bezüge“ (Primärebene „Symbolische Referenzpunkte“) als auch unter „Superstaat/Bedrohung“ (Primärebene „Frames/Europa“) codiert werden. Nicht erlaubt wäre eine Codierung des selben Bedeutungsbausteins unter zwei Kategorien der gleichen Ebene, also etwa unter „Frames/Europa/Vision“ und „Frames/Europa/Pragmatismus“. Hier muss die Trennschärfe der Kategorien garantiert werden, sonst ist das Ergebnis der Inhaltsanalyse nicht valide.

Teilweise wurde neben der inhaltlichen Codierung von Bedeutungseinheiten jedoch auch das Mittel der automatischen Wortzählung benutzt: So z.B. zum Ermitteln der Häufigkeit des Auftretens der einzelnen Akteure, bestimmter Anlässe/Ereignisse wie „Nizza“ oder „Charta“ oder einflussreicher Begriffe wie „Vision“ oder „Föderalismus“. Als **Messeinheiten**, also der Grundlage der statistischen Auswertung der Metastruktur der Debatte, diente die Auszählung der codierten Bedeutungseinheiten. Eine entsprechende Datenmatrix wurde aus *MaxQDA* exportiert und mit Hilfe des Statistik-Programms *SPSS 11* statistisch weiterverarbeitet, ausgewertet und grafisch umgesetzt.

3.3.4 Reliabilität, Validität, Replizierbarkeit und Generalisierbarkeit

Eine wichtige Voraussetzung für die Verlässlichkeit der Untersuchungsergebnisse ist die sogenannte **Intracoder-Reliabilität** (im Unterschied zu *Intercoder-Reliabilität* bei mehreren Codierern): Der gleiche Text wird von dem selben Codierer in einigem zeitlichen Abstand mehrmals codiert und muss zu möglichst ähnlichen Ergebnissen

¹³ Siehe Anhang für ein Beispiel des Codiervorgangs mit *MaxQDA*.

führen. Dies wurde im Zuge des Pretests mit fünfzig zufällig ausgewählten Artikeln überprüft und am Ende des eigentlichen Codiervorgangs nochmals an einigen früher codierten Texten wiederholt. Diese Reliabilitätstests führten zu befriedigenden Ergebnissen. Dieser Test sagt jedoch noch nichts über die Qualität der Indikatoren aus, sondern lediglich über die Qualität des Messvorgangs.

Der Anspruch der **Validität** (Gültigkeit) einer Inhaltsanalyse ist dann erfüllt, wenn sie erfasst, was der Forscher messen wollte. Validität soll hier (im Unterschied zu vielen sozialwissenschaftlichen Lehrbüchern) bedeuten, dass die Daten das persönliche, subjektive Bild des Forschers von der Realität, so wie sie in seinen Augen „wirklich ist“, korrekt repräsentieren. Maßstab ist also nicht eine objektive Wirklichkeit, sondern die Wirklichkeit, die der Forscher persönlich konstruiert.¹⁴ Bei der Reproduktion der Bedeutungen des Textes bringt der Codierer zwangsläufig immer auch sein Sprachverständnis und die von ihm wahrgenommenen Kontextinformationen ein. Wegen dieser zweifellos begrenzten Sprachkompetenz des Codierers ist die Inhaltsanalyse niemals eine „objektiv richtige“ Textanalyse. Sie bleibt eine Interpretation, deren Spielraum und Evidenz möglichst weitgehend offen gelegt werden müssen.

Artefakte können etwa dadurch entstehen, dass die Bedeutung der Codes über den Codierzeitraum unbewusst geändert wurde. Um dies zu überprüfen wurde bei einigen Artikeln der gleiche Text zu verschiedenen Zeitpunkten mehrmals codiert. Dieser Validitätstest führte zu befriedigenden Ergebnissen.

Der geringste Anspruch an jede empirische wissenschaftliche Untersuchung ist ihre prinzipielle **Replizierbarkeit** – andere Forscher müssen mit der selben Methode und den selben Materialien zu möglichst ähnlichen Ergebnissen gelangen. Im Datensatz lässt sich daher ein Kategoriensystem mit typischen Ankerbeispielen für jede Kategorie aufrufen, der eine Wiederholung der Untersuchung mit ähnlichen Codierregeln ermöglichen soll.¹⁵

Schließlich stellt sich noch die Frage nach der **Generalisierbarkeit** der Ergebnisse. Ist das Ergebnis der Untersuchung verallgemeinerbar? Die Antwort muss hier lauten: Nein. Es ist durchaus möglich, dass die Untersuchung eines anderen Themas, eines anderen Zeitraumes oder die Benutzung einer anderen Methode zu entgegengesetzten Ergebnissen führen würden. Ziel kann es nur sein, das hier angewandte Verfahren und seine Ergebnisse plausibel zu machen und offen zu legen, was immer die Übertragbarkeit einschränken würde.

¹⁴ Eine zweite Komponente des Validitätsbegriffes ist freilich die Brauchbarkeit, Kritisierbarkeit und Vermittelbarkeit dieser Konstruktion.

¹⁵ Auf die ausführliche Definition jeder einzelnen Kategorie und somit die Erstellung eines „Codierbuches“ wurde verzichtet.

3.4 Datenanalyse

In diesem Teil der Arbeit werden die gesammelten und ausgewerteten Daten präsentiert und analysiert. In einem ersten Abschnitt werden zunächst allgemeine Merkmale der Daten dargestellt und erläutert. Anschließend werden nacheinander die drei Hypothesen und die Unterhypothesen anhand der Daten überprüft und die Ergebnisse mit grafisch umgesetzten Statistiken illustriert. Die Ergebnisse werden dann in einem zweiten Teil in 19 Thesen zusammengefasst und pointiert. Zuletzt werden die Ergebnisse der Hypothesenüberprüfung zusammengefasst und die Forschungsfrage beantwortet.

Diese Untersuchung bedient sich dabei einer *Sequenzanalyse*. Die Daten wurden zunächst so modifiziert, dass für alle Codings eine Gesamtsumme pro Woche besteht. Der Untersuchungszeitraum hat 35 Wochen, die als kleinste Einheiten der Untersuchung dienen. Die wichtigsten Ereignisse wurden als Referenzlinien in die Grafiken aufgenommen:

Woche 2	=	Humboldt-Rede Joschka Fischers
Woche 4	=	Interview Jean-Pierre Chevènement
Woche 7	=	Beginn der französischen EU-Präsidentschaft
Woche 8	=	Rede Jacques Chiracs vor dem Bundestag
Woche 18	=	Günther Verheugens Referendums-Interview
Woche 23	=	Warschauer Rede von Tony Blair
Woche 33	=	Regierungskonferenz von Nizza ¹⁶

Die Verlaufskurven wurden mittels einer *Scatterplot*-Untersuchung erstellt, die extreme Werte in die Analyse moderater einbezieht und so eine flachere Kurve erzeugt als ein reines Liniendiagramm. Die Werte und Ergebnisse werden dabei nicht beeinflusst. Wieder ist nicht die Interpretation genauer Werte Ziel der Untersuchung, sondern eine ungefähre Beschreibung der Struktur. Alles andere würde eine Genauigkeit vortäuschen, die aufgrund der qualitativen Methoden nicht erreicht werden kann. Zudem darf nicht erwartet werden, Untersuchungsobjekte wie Diskurse und Texte mathematisch genau beschreiben zu können. Dennoch bleibt der prinzipielle Anspruch bestehen, korrekt gemessen und Fehler minimiert zu haben.

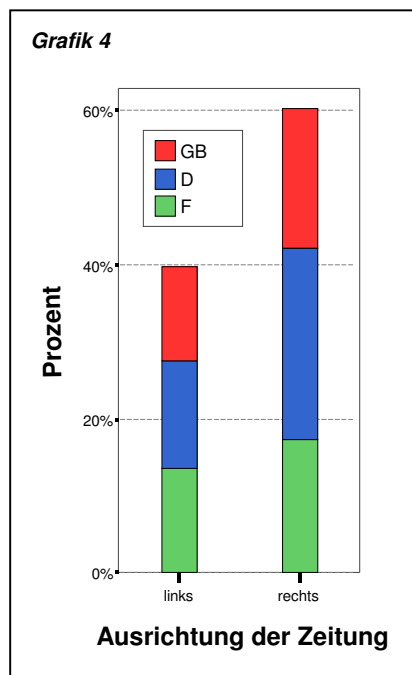
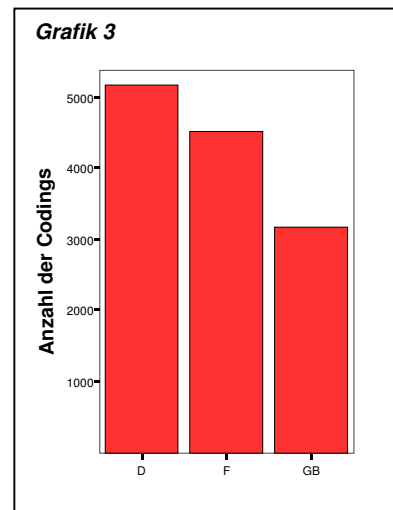
Es ist zu beachten, dass sich die Anzahl der Artikel in der Grafik niederschlägt. Dies spricht nicht für eine unterschiedliche Relevanz des Themas in den verschiedenen Ländern, sondern muss auf die unvergleichbar unterschiedlichen Zeitungskulturen zurückgeführt werden: Während in Großbritannien weniger, dafür um so längere Artikel erscheinen, gibt es in Frankreich viele Meinungs- und Analyseartikel und in Deutschland oft kurze, auf Informationsvermittlung ausgelegte Texte. Wichtig sind also die Ausschläge der Kurve, nicht die Anzahl der Artikel und somit die Höhe des Ausschlagens.

¹⁶ Die Regierungskonferenz in Nizza ging nicht in die Auswertung ein, weil sie anders als die weiteren Ereignisse nicht qualitativ gemessen wurde, sondern durch Wortzählung („Nizza“).

3.4.1 Allgemeine Merkmale der Daten

In diesem Kapitel sollen die allgemeinen Merkmale der erhobenen Daten dargestellt werden, das heißt die Zusammensetzung der Artikel in Hinblick auf Land, Zeitung, ideologische Ausrichtung, Autoren und Position des Berichtes in der Zeitung.

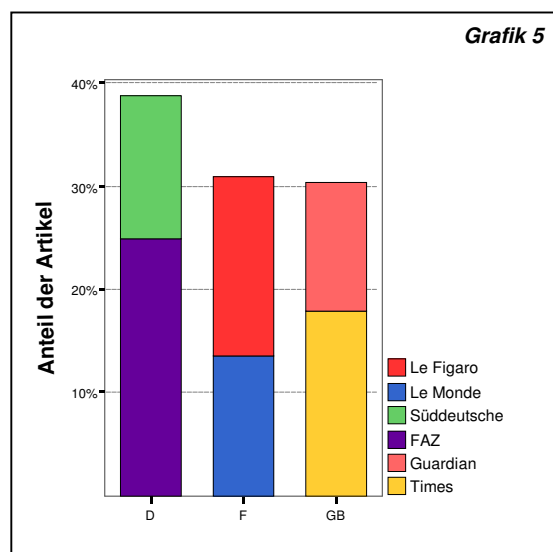
Die meisten Bedeutungseinheiten wurden in Deutschland codiert (Grafik 3), wenn dieser Befund auch dadurch relativiert werden muss, dass hier mit der Rede Fischers das wichtigste Ereignis stattfand.



An dem etwas erhöhten Anteil lässt

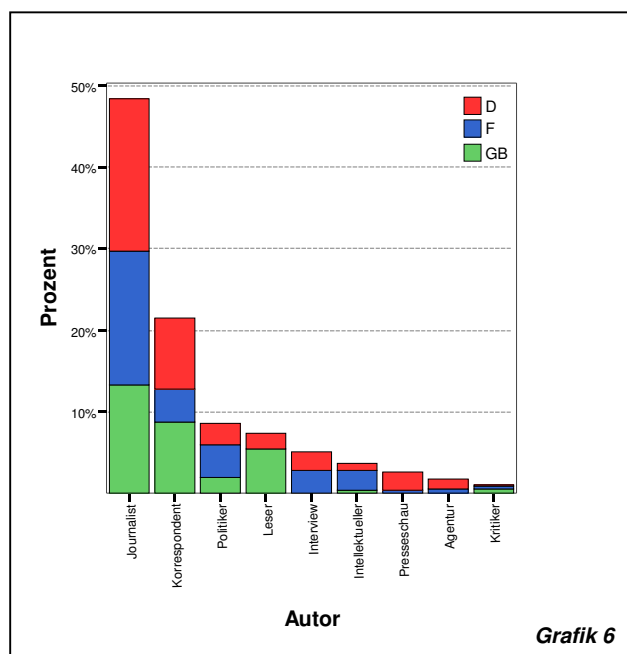
sich also wohl nicht ein besonders hohes Interesse belegen. Insgesamt gesehen hat die Debatte daher in allen drei Ländern in etwa die selbe Resonanz ausgelöst. Am intensivsten wurden die deutschen Artikel codiert, das heißt hier fanden sich die meisten zu codierenden Textstellen. Dies war am wenigsten in Großbritannien der Fall. Diese Unterschiede sprechen einerseits für eine besondere Konzentration der Debatte in Deutschland und Frankreich, andererseits kann eine gewisse unbeabsichtigte Verfälschung der Ergebnisse durch den Codierer nicht völlig ausgeschlossen werden.

Auffallend ist das starke Interesse konservativer Blätter an dem Thema. In allen drei Ländern, besonders ausgeprägt in Deutschland, erschienen die Mehrzahl der Artikel in Zeitungen dieses Richtungsspektrums (Grafik 4). Der *Guardian* und die *Süddeutsche Zeitung* haben dabei insgesamt den geringsten Anteil an der Diskussion, die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* den höchsten. Die euroskeptische *Times* berichtet öfter als der liberale Konkurrent und auch *Le Monde* fällt etwas hinter dem *Figaro* zurück (Grafik 5).



Die meisten Artikel wurden in allen drei Ländern von Journalisten verfasst, die in der Zentralredaktion der Zeitung arbeiten (Grafik 6). Ein erheblicher Teil der Texte kommt vor allem in Großbritannien von Auslandskorrespondenten, die aus den jeweiligen Hauptstädten berichten. Dies gilt jedoch nicht für Frankreich, wo solche Texte sehr viel weniger häufig erschienen. Der hohe Anteil von Korrespondentenberichten in Großbritannien spricht dafür, dass die Europa-Debatte als außenpolitisches Phänomen wahrgenommen wird – diplomatische Reaktionen und Stimmungsbilder sind wichtig, Diskussionsbeiträge, die über die Wiedergabe von offiziellen Reaktionen hinausgehen, eher selten. Dagegen ist hier vor allem der Anteil an Leserbriefen außergewöhnlich hoch. Diese Texte erschienen *ausschließlich* in der *Times*, wo sich eine Leserbrief-Debatte zwischen Euroskeptikern und Eurobefürwortern entwickelte, die mit einiger Polemik geführt wurde.

In Deutschland ist der Anteil der Presseschauen, also direkten Zitaten aus ausländischen Medien, besonders hoch. Das sollte aber nicht überinterpretiert werden, es ist eher als unabhängiges Phänomen zu betrachten – die tägliche Presseschau gehört in Frankreich und Großbritannien nicht in gleichem Maße zur Zeitungs-Tradition.



Auffallend ist der geringe Anteil von Agenturmeldungen, die normalerweise die Berichterstattung über ein Thema dominieren. Dies ist zum einen damit zu erklären, dass es sich um eine Diskussion handelt, dass also im Voraus angekündigte Reden (mit entsprechendem PR-Aufwand der Presstellen) die Hauptereignisse sind und deshalb frühzeitig eigene Journalisten zur Berichterstattung eingeplant werden können. Zum

anderen spricht diese Tatsache für die besondere Bedeutung, die der Debatte beigemessen wird. Offenbar will man die Berichterstattung nicht den externen Agenturen überlassen.

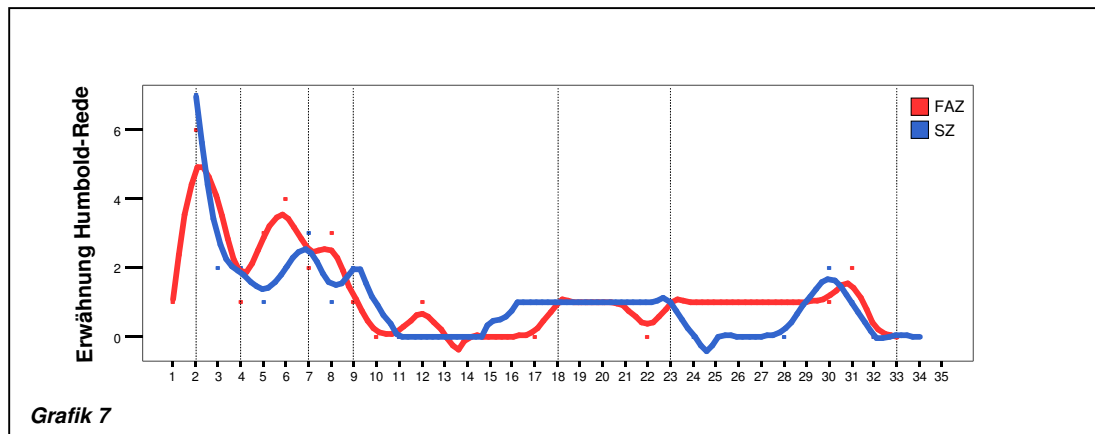
3.4.2 Die Resonanzebenenhypothese

Die erste Hypothese, die empirisch überprüft werden soll, ist die „Resonanzebenen-Hypothese“. Wird die Debatte als gesamteuropäischer Diskurs wahrgenommen? Gibt es eine europäische Diskursebene, oder bleiben die nationalen Öffentlichkeiten isoliert? In welcher institutionellen Arena findet die Debatte statt?

Die der Untersuchung zugrunde liegende Hypothese lautet: *Die Debatte wird als gesamteuropäischer Diskurs wahrgenommen*. Nacheinander werden die Sub-Hypothesen analysiert und überprüft.

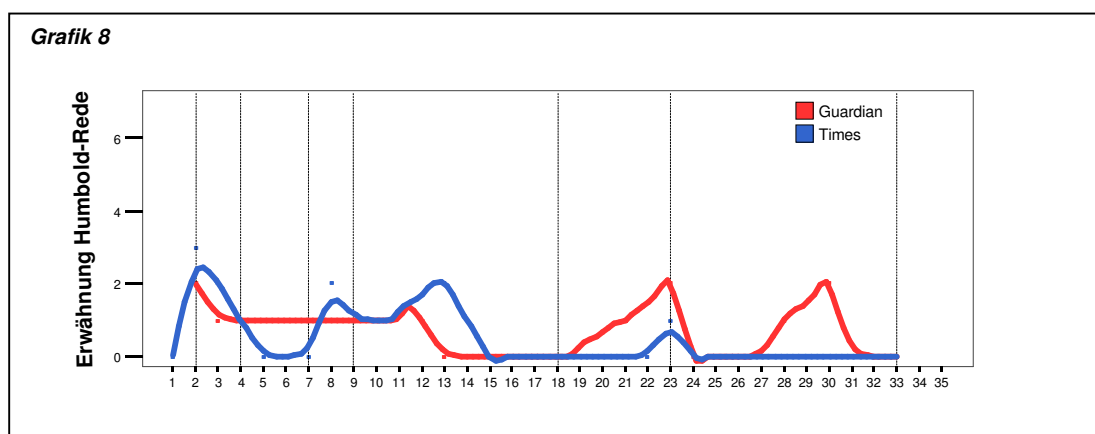
a) Nationale Diskurse lassen sich nachweisen

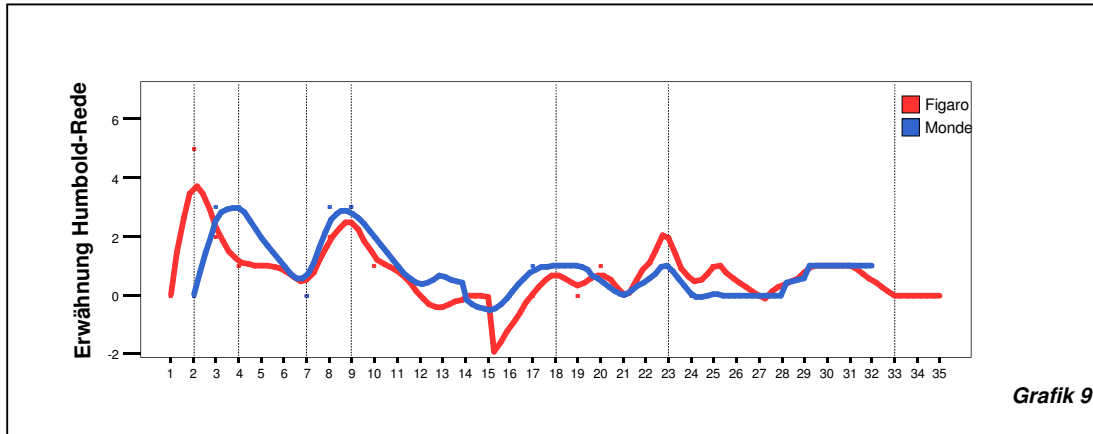
Zunächst muss festgestellt werden, ob innerhalb der nationalen Öffentlichkeiten eine Konvergenz der Zeitungsberichte festzustellen ist. Beispielhaft wurde dies an



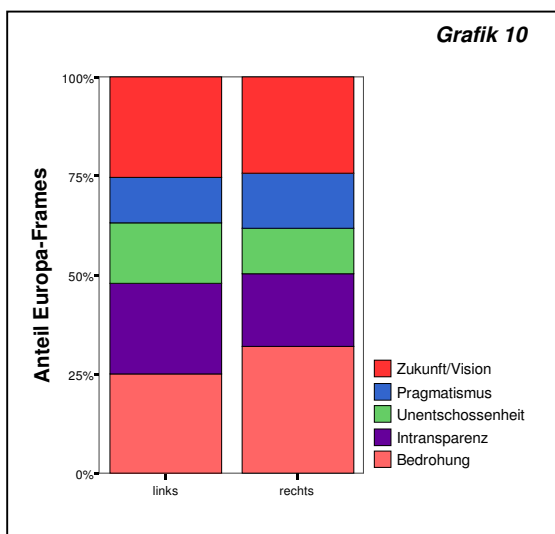
der Häufigkeit der Erwähnung von Fischers Humboldt-Rede, einem zentralen Ereignis und Referenzpunkt des Diskurses, nachvollzogen.

Sowohl in Frankreich als auch in Deutschland lässt sich eine relativ stabile Übereinstimmung der Häufigkeitskurven feststellen, wohingegen die unterschiedlichen nationalen Diskurse stark voneinander abweichen (Grafik 7 und 9). In Großbritannien dagegen unterscheiden sich die Häufigkeitskurven von *Times* und *Guardian* auffälliger (Grafik 8). Die unterschiedlich ausschlagenden Kurven deuten auf eine heterogenere Wahrnehmung der Ereignisse durch die beiden untersuchten Zeitungen hin. Auch bei der Betrachtung der Verteilung der Frames für das wichtigste Thema „Europa“ fällt auf, dass die britischen Zeitungen sich am stärksten: Je mehr der *Guardian* affektiv-zukunftsgerichtete Frames benutzt, umso mehr grenzt sich die *Times* von der EU ab (Grafik 11).



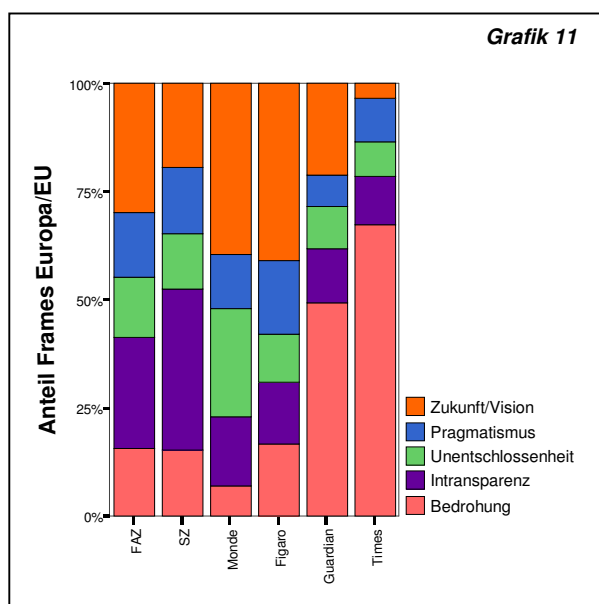


Dennoch lässt sich auch im britischen Fall von einer nationalen Konvergenz im Vergleich zu den Verläufen der anderen Öffentlichkeiten sprechen: *Times* und *Guardian* gleichen einander mehr, als einer anderen der untersuchten Zeitungen. Der stärkere Unterschied kann vielleicht auf eine andere, spezifisch britische Zeitungskultur zurückgeführt werden: Jedes Blatt achtet auf eine dezidierte eigene Meinung, die auch in Wahlempfehlungen und kampagnenartig wiederkehrenden Stellungnahmen zu bestimmten Themen ihren Niederschlag findet.



In Frankreich fällt auf, dass die „republikanische“ *Le Monde* unsicherer mit der Debatte umgeht, als der liberal-konservative *Figaro*. Die positiven Frames sind im *Figaro* sogar häufiger vertreten. Das souveränistische Moment kommt dagegen in *Le Monde* weniger häufig vor.

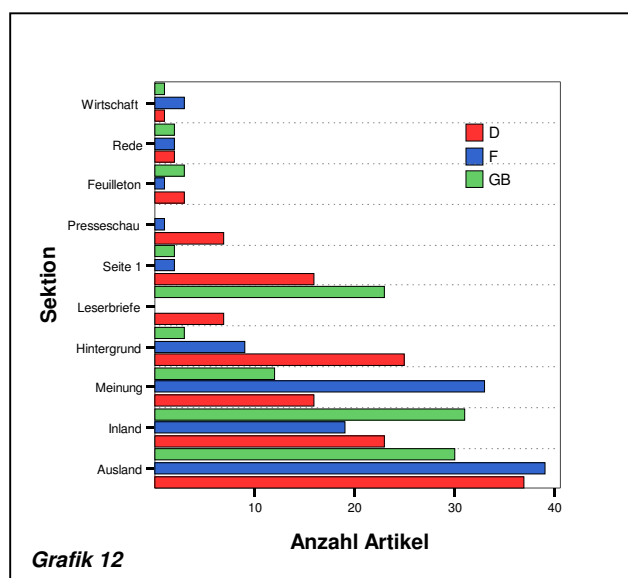
Die gemäßigt links-liberale *Süddeutsche Zeitung* vertritt einen allgemein kritischeren Standpunkt als die bürgerlich-konservative *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. Bei dieser fällt besonders der hohe Anteil von leidenschaftlichen Europa-Plädoyers



auf – ein Hinweis auf die traditionell europa-freundliche Haltung der Rechten in der Bundesrepublik. Die FAZ muss jedoch auch insgesamt als Sonderfall betrachtet werden: Sie ist bekannt für ein progressives Feuilleton und wird vom Bildungsbürgertum gelesen, sodass eine eindeutige rechts-links Aufteilung bei dem untersuchten Thema nicht anwendbar zu sein scheint. Alle Zeitungen zusammen genommen, heben sich die rechts-links-Unterschiede sogar gegenseitig auf – sie sind weitgehend unerheblich (Grafik 10).

Insgesamt ähneln sich die nationalen Zeitungen untereinander jeweils mehr, als irgendeiner ausländischen Zeitung. Eine nationale Resonanzebene kann nachgewiesen werden. Das bedeutet jedoch noch nicht, dass die nationalen Öffentlichkeiten völlig unabhängig von einander berichten, lediglich an den selben Ereignissen orientiert.

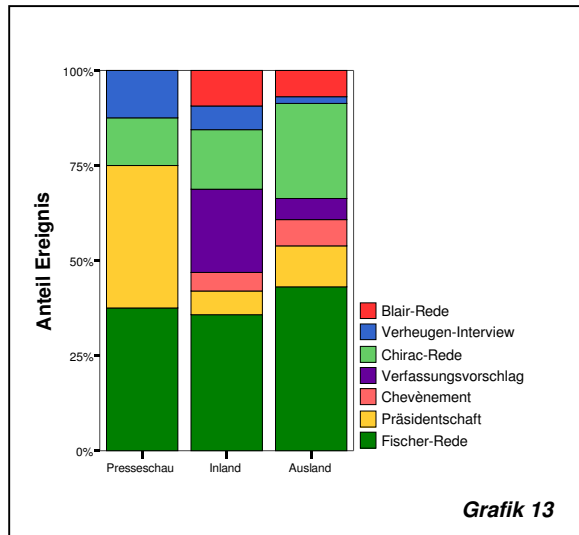
b) Die Berichte erscheinen in allen Ländern in ähnlichen Rubriken



Verschiedene *Ereignisebenen* (lokal, national, international) entsprechen den *Resonanzebenen* und finden meist auch in der Strukturierung der Zeitung in Sektionen (Deutschland, International, Lokales...) ihren Ausdruck. Auch nationale Öffentlichkeiten sind in der Ebene der Berichterstattung nicht homogen, sondern berichten je nach Ausrichtung mehr oder weniger über bestimmte

te Ereignisebenen. So ist in einer Regionalzeitung die lokale Ebene wichtiger als die internationale Ebene.

Über die Resonanzebene der Fischer-Debatte gibt Grafik 12 Auskunft. Die meisten Artikel erschienen in Deutschland und Frankreich demnach in der Sektion Ausland, in Großbritannien dagegen knapp in der Sektion Inland. Es stellt sich die Frage, ob das Erscheinen eines Artikels im Auslandsteil bzw. im Inlandsteil einer Zeitung für oder gegen eine europäische Resonanzebene spräche. Hier sind zwei Interpretationen denkbar: Entweder sprechen häufige Berichte aus dem Ausland für ein starkes Interesse an Reaktionen in anderen Staaten, oder dafür, dass ein Thema als innenpolitisch wenig relevant und lediglich im Rahmen der Beziehungen nach außen berichtenswert ist. Für die erste These spräche der hohe Anteil an Presseschau in

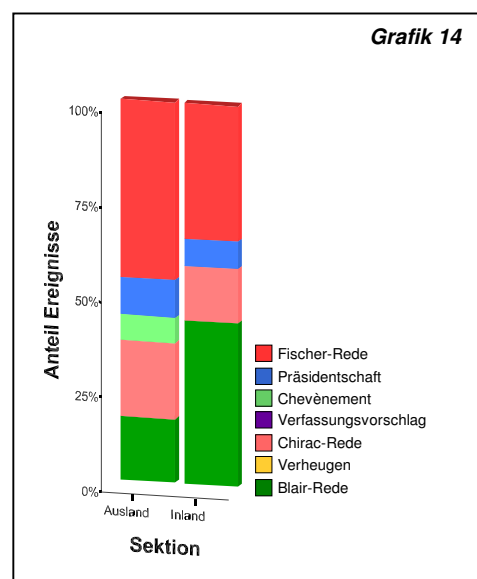


Deutschland, die Meinungen auch aus anderen Ländern thematisiert. Vor allem aber machen Politiker aus anderen Staaten und Repräsentanten der EU als Akteure in der Berichterstattung einen hohen Anteil aus: Jeweils über 50 Prozent in Deutschland und Frankreich, in Großbritannien knapp darunter. Dennoch bleiben nationale Akteure jeweils am wichtigsten, so dass man nicht von geringer Relevanz des Themas für die

Innenpolitik sprechen kann. Daraus ist zu schließen, dass der hohe Anteil der Sektion „Inland“ in Großbritannien auf ein weniger ausgeprägtes Interesse an den Meinungen und Reaktionen der Akteure anderer Staaten hindeutet, als in Deutschland und insbesondere in Frankreich.

Aber welche Art von Artikel erscheinen in der Inlandssektion? Wie die Analyse der Anteile der berichteten Ereignisse in den Sektionen zeigt, lässt sich keine klare Trennung ausmachen. Sowohl im Inlands- wie im Auslandsteil wird über ähnliche Ereignisse berichtet (Grafik 13). Die Trennung scheint vielmehr nach pragmatischen Gesichtspunkten zu erfolgen: handeln nationale Akteure und ist das Ereignis besonders auf nationaler Ebene interessant, erscheint der Artikel im „Inland“. Wird die breitere Diskussion thematisiert, erscheint er im Auslandsteil. Als Beispiel dient hier Grafik 14. Sie stellt die Anteile der Ereignisse an der Berichterstattung in Großbritannien dar. Während die Fischer-Rede sowohl innen- als auch außenpolitisch behandelt wird, überwiegt bei der Blair-Rede die Innenpolitik. Über Chevènement wird wiederum ausschließlich im Auslandsteil berichtet. Die Länder unterscheiden sich in dieser pragmatischen Aufteilung kaum.

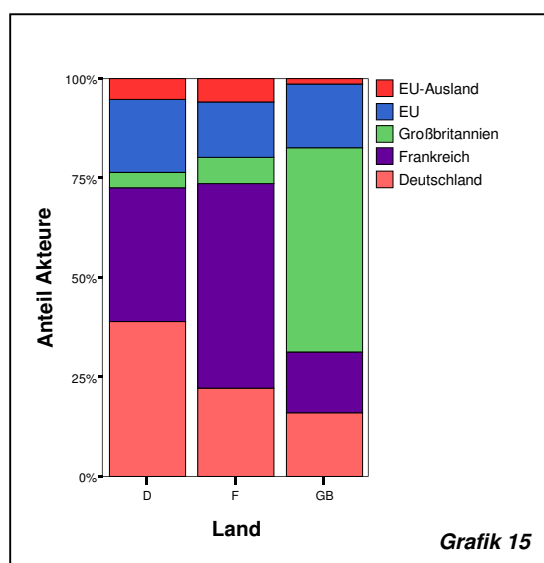
Als Ergebnis lässt sich festhalten, dass keine klare Trennung der Resonanzebenen festzustellen ist. Je nach Ereignis und der Einschätzung der Zeitung, auf welcher Ebene ein Thema oder eine Äußerung anzusiedeln ist, erscheint der Artikel im Inlands- oder Auslandsteil. Dies spricht dafür, dass in der De-



batte nicht klar zwischen einem „innen“ und „außen“ unterschieden wird. Die Resonanzebenen sind verknüpft, wobei von Fall zu Fall entschieden wird, in welcher institutionellen Arena ein Bericht anzusiedeln ist. Während über eine Wahl im Ausland oder einen Krieg ohne eigene Beteiligung üblicherweise im Auslandsteil berichtet wird, über Kriminalfälle oder Vorschläge zur sozialen Sicherung im Inlandsteil, ist eine solche Einteilung auf europäischer Ebene nicht möglich.

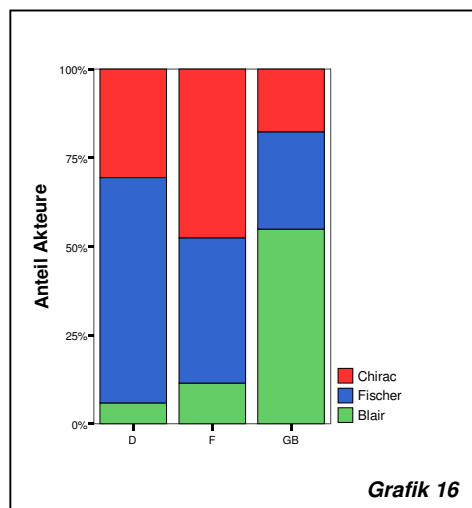
c) Die gleichen Akteure spielen eine Rolle, unabhängig von ihrer Herkunft

Einen Eindruck von der Ähnlichkeit der Struktur der Debatte gibt der Anteil eigener Akteure bzw. fremder Akteure (Grafik 15). In allen drei Ländern ist der Anteil inländischer Politiker als „Hauptdarsteller“ des Diskurses jeweils am höchsten. Dies gilt am wenigsten für Deutschland, wo im



gegenüber der Anteil französischer Akteure und von Mitgliedern der EU-Institutionen im Vergleich zu den anderen Ländern am höchsten ist. Die EU-Akteure spielen jedoch in allen Ländern eine in etwa gleich starke Rolle, jeweils im Bereich von etwa zwanzig Prozent. Während in Großbritannien die Akteure aus Deutschland und Frankreich fast

genau gleich oft vertreten sind, haben britische Politiker sowohl in Deutschland als auch in Frankreich eine marginale Bedeutung. Hier findet die Debatte hauptsächlich als deutsch-französische Auseinandersetzung statt, mit gelegentlichen Beiträgen der supranationalen Akteure. Politiker aus anderen EU-Staaten spielen so gut wie gar keine Rolle, am wenigsten in Großbritannien. Interessant ist vor allem der relativ hohe Anteil der EU-Akteure. In Großbritannien stellen sie die wichtigste ausländische Akteursgruppe dar, knapp vor den etwa gleichstark vertretenen Deutschen und Franzosen. In Frankreich sind die deutschen Akteure nur knapp häufiger vertreten als die EU-Akteure und auch in Deutschland rangieren EU-Vertreter an dritter Stelle, weit vor britischen Akteuren.



Als Ergebnis lässt sich festhalten, dass nationale Akteure zwar weiterhin am wichtigsten sind, jedoch in keinem der Länder die Debatte in einem Maße dominieren, dass andere Meinungen keine Beachtung finden würden. Jeweils stellen Berichte über Akteure aus dem Ausland und der EU die Mehrheit der Artikel dar. In diesem Sinne ist die Debatte ein europäischer, jedenfalls kein eindeutig nationaler Diskurs. Erstaunlich ist der hohe Anteil der EU-Akteure in allen drei Ländern, der auf einen erheblichen Einfluss der supranationalen Institutionen auf die nationalen Öffentlichkeiten schließen lässt. Die Debatte ist eindeutig nicht international, sondern intra-europäisch, nicht-nationalstaatliche Akteure mit eingeschlossen. Der verschwindend geringe Anteil von Akteuren anderer EU-Staaten weist jedoch darauf hin, dass die Debatte in den untersuchten Ländern als „Gespräch der Großen“ wahrgenommen wird, kleine Staaten spielen keine Rolle. Insbesondere ist auf den starken deutsch-französischen Charakter hinzuweisen. Die Debatte ist in Deutschland und Frankreich ein Dialog.

d) Argumente aus anderen Öffentlichkeiten werden wahrgenommen, nationale Debatten nehmen Bezug auf andere Öffentlichkeiten

Drei Arten von Bezug auf andere Öffentlichkeiten konnten in der Debatte qualitativ unterschieden werden: (1) **Erwartete Reaktionen** anderer Regierungen oder Staaten, (2) **kulturelle Verständigung** und Begriffsklärungen und (3) die Thematisierung der **Debatte allgemein**.

Der Charakter der Berichte über Erwartungen an Reaktionen aus anderen Ländern lässt einen Schluss darüber zu, ob die Debatte in einer *gemeinsamen* Öffentlichkeit stattfindet – ob die Berichte die Reaktionen in anderen Ländern als normale Beiträge in einer gemeinsamen Öffentlichkeit wahrgenommen werden, oder ob über etwas Fremdes berichtet wird. Besonders interessiert die Frage, ob sich solche Beiträge im Charakter grundsätzlich von Berichten über nationale oder internationale Ereignisse unterscheiden. Beiträge, die kulturelle Vermittlung, Bemühungen um Ausgleich und Verständnis oder Begriffserklärungen vermittelnder Art in den Mittelpunkt stellen, sind ein Hinweis auf eine gemeinsame Öffentlichkeit, weil sie sich nicht abgrenzen, sondern mit der Auseinandersetzung mit anderen Öffentlichkeiten aus andern Ländern rechnen. Sie bereiten die Leser auf die Diskussion vor, indem sie die Grundlagen für einen deliberativen Verlauf des Diskurses erst schaffen. Nur wer sein Gegenüber versteht, kann eine Diskussion führen. Schließlich weisen Beiträge, die einen zusammenfassenden Überblick über die bisherigen Beiträge und den Verlauf einer Diskussion berichten, darauf hin, dass die Auseinandersetzung als gemeinsamer Diskurs in einer einzigen Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Indem

über eine Diskussion zusammenfassend berichtet wird, wird sie erst als homogen und zusammenhängend konstruiert.

Eine inhaltliche Untersuchung der Artikel, die **zu erwartende Reaktionen** aus anderen Ländern thematisieren, ergibt, dass ausführlich über Motivationen und Argumente berichtet werden:

The French are aware that German discussion of federalism is the last thing that Tony Blair needs if he is to accept new decision-making procedures for Brussels. (The Times, 19.05.2000)

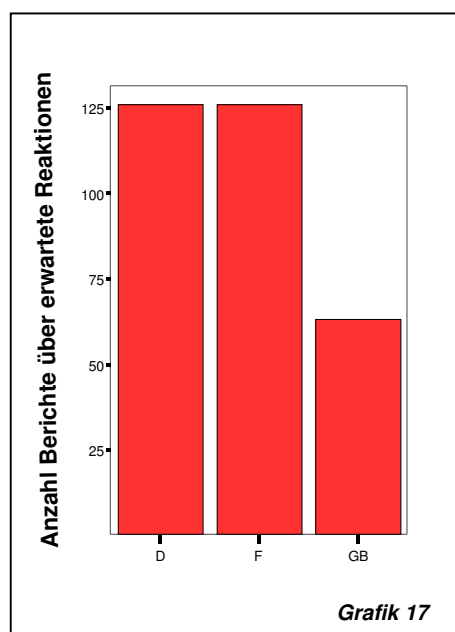
Dabei wird aber weniger aus der öffentlichen Debatte berichtet, also etwa über den Stand der Dinge in anderen nationalen Öffentlichkeiten, sondern die Berichte bedienen sich des Stils atmosphärischer Beschreibungen der Stimmung in Regierung oder Politik allgemein. So werden „diplomatische Kreise“ zitiert, langfristige Machtkalküle analysiert und Länder gegeneinander ausgespielt:

A titre personnel, un diplomate italien estime qu'il est utile d'alimenter le débat lancé le 12 mai dernier par le ministre allemand des Affaires étrangères, Joschka Fischer, sur l'architecture et les finalités de la construction européenne. Mais il note que ce débat reste avant tout franco-allemand et intéresse peu les autres capitales. Il en veut pour preuve un récent article Blair-Aznar qui évite soigneusement la question... (Le Figaro, 17.06.2000)

Die Berichte nehmen Bezug auf Interesse und Politikstil, nicht auf öffentliche Meinung. Sie bleiben auf der Politikebene, nicht auf der Ebene der Öffentlichkeit. Es ist die Welt der Diplomatie, der hohen Politik und der Eliten. Es dominieren Analysen der realpolitischen Gegebenheiten eines *Pinball*-Systems von Nationalstaaten. Eine Änderung des Stils hin zu einer *europäischen* Nachrichtensprache ist nicht festzustellen:

Die Rede zwingt scheinbar zu einer Festlegung, die dem politischen Tagesgeschäft in Europa, das sich in diesen Tagen wieder um ein Gipfeltreffen dreht, schadet. Der Mechanismus ist immer der gleiche: Ein ranghoher Politiker - der Brit Blair, der Spanier Aznar, der Franzose Vedrine - spricht, die Worte werden an Fischers (inzwischen bis zur Ungenauigkeit vereinfachten) Rede gemessen, und daraus ergibt sich ein klares Ergebnis. Für oder gegen Fischer, mit oder gegen Deutschland. (SZ, 19.06.2000)

Ein direkter Bezug auf andere öffentliche Meinungen, ein Austausch von Argumenten oder eine Koordination von Berichterstattung¹⁷ lässt sich aus dem untersuchten Material nicht herleiten. Qualitativ unterscheidet sich die Debat-



¹⁷ Wie etwa von Christoph O. Meyer (2000) für den Rücktritt der Santer-Kommission nachgewiesen.

te in dieser Hinsicht nicht von anderen Diskussionen in den Medien über internationale Beziehungen – wenn auch in ihrer Intensität.

Die Auswertung der absoluten Zahlen der Berichte über erwartete Reaktionen aus anderen Ländern zeigt, dass das Interesse an anderen Meinungen in Deutschland und Frankreich fast doppelt so hoch ist wie in Großbritannien.¹⁸ Zumindest ist in diesen Ländern das Bewusstsein größer, dass es sich um ein gemeinsam zu diskutierendes Thema handelt. Die Beiträge aus anderen Ländern werden für relevant erachtet und tauchen zumindest in der Diskussion auf. In Großbritannien scheint die Wahrnehmung der übernationalen Diskussion gleichgültiger und weniger interessiert zu sein.

Einen anderen Charakter haben Texte, die **kulturelle Verständigung** in den Mittelpunkt stellen. Hier werden zentrale Begriffe der Debatte zu einem eigenständigen Thema gemacht:

The trouble is language, which in this debate obscures rather than illuminates. The most fundamental questions hang on the subjective or shifting meaning of words, from "federalism" to "sovereignty" to "subsidiarity" - indeed to "union". In the tiresome but unavoidable phrase, it all depends what you mean by it. (The Guardian, 29.07.2000)

Schon Fischer thematisierte das Problem des kulturell unterschiedlichen Verständnisses von Begriffen in der Humboldt-Rede und markierte damit eines der Hauptthemen der gesamten Debatte:

The German Foreign Minister said that he was reluctant to provoke British Eurosceptics. "I know that the very term 'federation' irritates many Britons but to date I have been unable to come up with another word," he said. (The Times, 13.05.2000)

Fischer himself acknowledged that any mention of the European F-word - federalism - was a "red rag" to the British. (The Times, 21.5.2000)

Et pour cause: le fédéralisme et la souveraineté nationale vont ensemble comme l'eau et le feu. (Le Figaro, 9.11.2000)

Vor allem der Begriff „Föderalismus“ tauchte über den ganzen Zeitraum hinweg als Beispiel dafür auf, dass ein Wort in unterschiedlichen kulturellen Kontexten unterschiedliche Bedeutungen haben kann und wurde entsprechend thematisiert und erläutert. Während das Wort in Frankreich und Großbritannien die Debatte dominiert, ist es in Deutschland der Begriffsgegensatz „Bundesstaat oder Staatenbund“.

Das aber ist die Frage der "Souveränität", und aus der leiten sich die akademischen Debatten ab, in Deutschland um "Bundesstaat oder Staatenbund", in Europa um das verschieden ausgelegte Wort "Föderalismus". (FAZ, 08.06.2000)

¹⁸ Hier wurden absolute statt relativer Zahlen verwendet, da die Anlässe solcher Reaktionen nicht beliebig sind: nur über wirklich stattgefundenen Reaktionen kann auch berichtet werden. Auch anteilmäßig liegen die britischen Medien jedoch zurück.

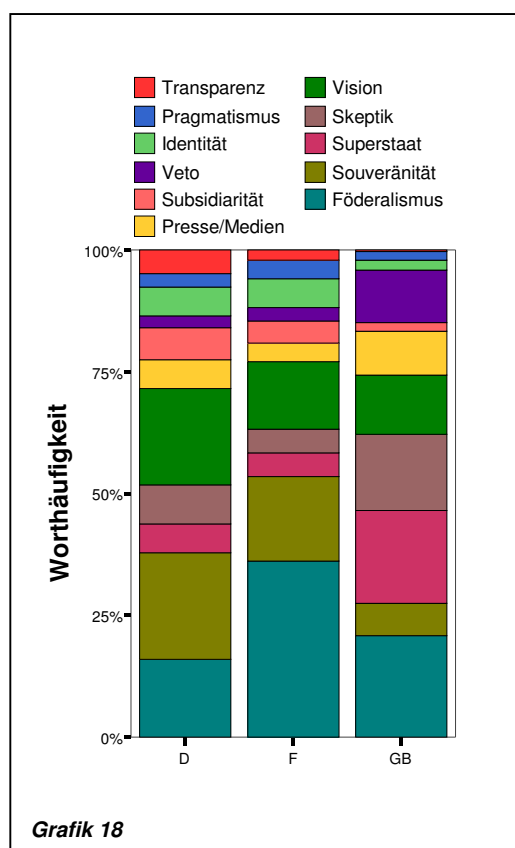
Auffallend oft werden die Bedeutungen dieser Begriffe für andere Nationen thematisiert und erklärt. Es wird versucht, ihnen den manchmal bedrohlichen Beiklang zu nehmen, den sie in der eigenen Kultur haben.

Merci d'appeler un chat un chat, c'est-à-dire de dénommer ' fédérale ' la construction politique qu'il faut viser. Il est vrai que, pour un Allemand, ce terme signifie 'subsidiarité', alors que beaucoup de Français l'entendent a tort comme jacobinisme accru, centralisation de pouvoirs de plus en plus éloignes du citoyen. (Le Figaro, 17.05.2000)

Un patriotisme qui équivaut à la fierté pour les acquis d'une Constitution démocratique, d'une société civile volontariste et d'une culture politique libérale n'est pas une invention de l'Allemagne. Mais c'est chez nous que cette idée républicaine est devenue un concept politique, dans la mesure ou le patriotisme allemand, pour des raisons historiques, s'est étayé plus fortement qu'ailleurs sur la langue et la culture commune. (Le Figaro, 28.6.2000)

Tabus werden hinterfragt, Begriffe enttabuisiert und wie neue, unbelastete Begriffe als Kompromissvorschläge vorgebracht, von denen sich einige durchsetzen¹⁹, andere jedoch nicht (so zum Beispiel Fischers Begriff „Finalität“, der in Großbritannien völlig ignoriert wird).

Anteilmäßig am bedeutendsten ist in Frankreich und Großbritannien das Wort „Föderalismus“ (weil ursprünglich stark negativ konnotiert, aber ein Kernbegriff bei Fischer), in Deutschland wird erstaunlicherweise am meisten über „Souveränität“ diskutiert (Grafik 18). Insgesamt gesehen ist die Häufigkeit der Begriffe recht ähnlich, allerdings mit besonderen nationalen Schwerpunkten. In Großbritannien



gehören etwa „Veto“, „Skeptik“ und „Superstaat“ zu den häufigsten Begriffen. Hier sind auch die Medien selbst ein häufig diskutierter Punkt, meist als Diskussion über eine vermeintliche „Europhobie“ der britischen Presse, die im Laufe der Diskussion zu einem eigenen Thema wird:

He said some parts of the media foresaw 2010 as: "An EU in which jack-booted Eurocops roam the streets of Britain, arresting anyone eating bent bananas or drinking beer in pints; a Europe where lollipop ladies are harmonised, where darts are banned from British pubs and where rubber ducks are banned from the great British bathtub - all of which and more have passed recently through the pages of our press." (The Times, 14.11.2000)

¹⁹ Ein Beispiel ist der inzwischen völlig europäisierte Terminus „Subsidiarität“.

Den zweithöchsten Anteil in Deutschland hat der Begriff „Vision“ mit dem Fischer seine Vorschläge umschreibt und der sich auch als Kategorie für die auf Fischer folgenden Reden der ausländischen Staatsmänner etabliert. „Transparenz“ hat in der deutschen Diskussion den höchsten Anteil unter den drei Ländern, meist im Zusammenhang mit einer Kritik an der Ineffizienz und demokratischen Zweifelhaf-tigkeit der EU-Institutionen, vor allem der Kommission.

In Frankreich ist „Föderalismus“ das heiÙe Eisen, das mit Abstand am ausführlich-sten diskutiert wird. Das ist erstaunlich, weil in der Debatte eigentlich vor allem Groß-britannien als besonders kritisch diesem Wort gegenüber eingeschätzt wird. Die französischen Bedenken werden in den anderen Ländern nicht in dem Maß wahr-genommen, das der inner-französischen Debatte entspräche. Hier ist „Föderalis-mus“ jedoch der Gegenstand von Diskussionen und nicht wie in Großbritannien ein indiskutabel negativ besetzter Begriff:

Le premier mérite de Joschka Fischer est de dissiper un faux débat: celui du fédéralisme. Deux idées sont devenues sans portée: l'une refuse tout transfert de souveraineté des nations à l'Europe, l'autre substitue l'Etat européen aux Etats nationaux. En fait, les institutions fédérales existent déjà: la Banque centrale, la Cour de justice, les pouvoirs propres de la Commission, les décisions du Conseil à la majorité, etc. Il est donc inutile de condamner le fédéralisme, sauf si l'on s'amuse à penser que l'on peut tout détruire. (Le Figaro, 24.05.2000)

In Frankreich ist auch der Anteil des Begriffs „Pragmatismus“ am höchsten und der ursprünglich aus Deutschland stammende Begriff „Subsidiarität“ taucht häufiger auf als in Britannien.

In Großbritannien und etwas weniger stark in Frankreich ist das Motiv einer Auseinandersetzung zwischen „Europhilen und Euroskeptikern“ (GB) bzw. „Souveränisten und Föderalisten“²⁰ (F) wichtig (Grafik 19). Dabei handelt es sich stets um eine inner-nationale Auseinandersetzung. Der grundsätzliche Meinungs-Gegensatz be-steht in Frankreich (noch) nicht auf europäischer Ebene, sondern als grundlegende Meinungsverschiedenheit unter den Akteuren der nationalen Arena.

Que nous soyons europeophiles ou eurosceptiques, il importe que nous nous mobilisions, car ce qui est en jeu, c'est le type de modèle socio-politique que nous voulons consolider dans l'espace européen, dans un contexte de mondialisation déstructurant. (Le Figaro, 01.09.2000)

In Großbritannien dagegen ist ein grundlegender Skeptizismus der Normalfall, euro-pafreundliche Äußerungen dagegen eine berichtenswerte Ausnahme:

He said: "The pro-European papers should be saying why they believe our place is in Europe, not why others believe our place is outside. Those who believe Britain's interests are best served by strengthening our influ-ence in Europe should come out of the closet. They have nothing to be ashamed of. Pro-Europeanism is a respectable cause. It has a distin-guished history in British political thought, and contains a more reasoned

²⁰ In Frankreich ist das Wort „republikanisch“ häufig ein Synonym für „souveränistisch“, auch wenn eine republikani-sche Geisteshaltung im französischen Verständnis nicht zwangsläufig anti-integrationistisch sein muss.

vision of the future than the isolationism which would betray our national interests." (The Times, 14.11.2000)

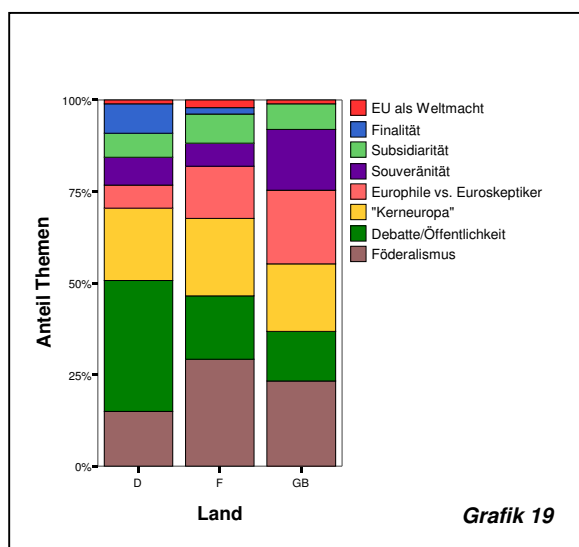
Die Grenze wird hier national definiert: Vertreter von EU-Institutionen oder dezidiert europafreundliche Akteure wie Fischer oder Prodi dienen als Personalisierung nicht-britischer Ansichten. Dies wird durch fast ritualisierte Schlagworte wie „superstate“ oder die Ablehnung des Prinzips der *ever closer union* als kleinster gemeinsamer Nenner aller britischen Positionen signalisiert.

The idea that France and Germany are again trying to steer and force the pace of integration has upset British Eurosceptics. (The Times, 28.06.2000)

In Deutschland dagegen wird dieser Streit nicht geführt und taucht nur als Bericht über andere Länder in den Zeitungen auf. So wie das Wort „Föderalismus“ keinen negativen Beigeschmack hat, sind sich alle Akteure über das Ziel verstärkter Integration einig, eine Diskussion hierüber existiert nicht.

Was hierzulande vernünftig klingt und vernünftig ist, bringt in Britannien die Euroskeptiker in Rage. (FAZ, 07.12.2000)

Die Sachfragen, die als konkrete Vorschläge zur Diskussion gestellt werden und



nicht grundlegende Ansichten, kulturelle Prägungen und nationale Identität berühren, haben einen auffallend ähnlichen Anteil in allen drei Ländern. Die Themen „Kerneuropa“, „Subsidiarität“ und „EU-Außenpolitik“ machen einen fast gleichen Anteil aus. Die unterschiedlichen Auffassungen werden selten an konkreten Integrations-schritten oder Sachproblemen festgemacht, sondern an Begriffen und Symbolen für die Verletzung von

Souveränität oder das Hinterfragen von Identität. Sachfragen machen nur etwas über 20 Prozent der Berichterstattung aus.

Auch die qualitative, deduktive Erfassung der wichtigsten Themen der Debatte ergibt ähnliche Ergebnisse (Grafik 19)²¹. Das Erstaunlichste ist dabei sicherlich der mit über 30 Prozent ungewöhnlich hohe Anteil des Themas „**europäische Debatte/gemeinsame Öffentlichkeit**“ in Deutschland. Alle Berichte zusammengenommen ist es sogar der am häufigsten vorgebrachte Gedanke. Auch in den anderen Ländern ist das Thema wichtig. Es handelt sich dabei über Artikel, die sich damit beschäftigen, dass durch die Fischer-Rede eine übernationale Debatte in Gang ge-

²¹ Der hohe Anteil von „Souveränität“ in Großbritannien ergibt sich hier aus der Zusammenfassung von Textstellen, die neben dem Thema „Souveränität“ auch „Veto“, Superstaat“ oder weniger explizite Äußerungen beinhalten.

setzt worden sei, die die Demokratisierung der EU voranbringe. Dieser Gedanke ist damit zugleich theoretischer Ausgangspunkt und Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit:

Nous avons besoin d'un espace public supranational fonctionnant de telle manière que des citoyens vivant à Paris, Berlin, Rome ou Madrid puissent délibérer en temps réel des mêmes thèmes et des mêmes enjeux. C'est seulement quand les ressortissants des différentes nations s'éprouveront comme citoyens de la même entité commune européenne qu'ils auront également le désir d'initier des politiques communes. (Le Figaro 28.06.2000)

"Bei uns stapeln sich die Akten", sagt einer von Fischers Beratern; allein in den ersten zwei Wochen nach der Rede seien in den Zeitungen nicht weniger als 250 Artikel über seine Visionen erschienen. Egal, was aus der verstärkten Zusammenarbeit und dem Endziel einer Föderation der europäischen Nationalstaaten wird - Fischer scheint sein Ziel erreicht zu haben, eine wichtige Debatte anzustoßen. (FAZ, 20.06.2000)

And it has certainly opened up a vigorous debate that will not now be stilled. (The Guardian 11.12.2000)

Die Initiation und die Erfahrung einer breiten Debatte in ganz Europa überlagert alle Sachfragen und wird zum kleinsten gemeinsamen Nenner des Diskurses. Die Debatte über die Debatte ist die wichtigste Gemeinsamkeit der nationalen Öffentlichkeiten. Während man in Deutschland und Frankreich geradezu begeistert auf die Entstehung dieser Diskussion reagiert und Erleichterung darüber ausgedrückt wird, dass es nun „endlich losgehe“, haben die Berichte in Großbritannien oft den Beigeschmack des unkontrollierbaren Geistes, der aus der Flasche gelassen wurde und sich nun verselbstständigt. Die dadurch entstehende Dynamik löst hier eher Befürchtungen und Skepsis aus.

Die Berichte über die Fischer-Rede und die darauf folgenden Reaktionen werden in allen drei Ländern als zusammenhängende, europäische Debatte wahrgenommen. Schon wenige Tage nach der Rede erscheinen die ersten Artikel, die eine Zusammenfassung und Übersicht über die einzelnen Beiträge erstellen:

Mit dem Kopf in den Wolken und den Füßen auf schwankendem Grunde: So präsentieren sich die europäischen Politiker derzeit dem staunenden Publikum. (FAZ, 21.06.2000)

Le débat sur l'organisation future de l'Union se développe en France et en Europe; Les notions d'avant-garde et de Constitution sont au centre des discussions. (Le Monde, 08.07.2000)

Among the Big Three there are the beginnings of general agreement that, in a certain sense, Europe needs to be reclaimed for the member nations. Common to Blair, Fischer and Chirac is a view that the commission needs to be downgraded. An efficient commission, the phrase used in Brighton, is different from a strong one. [...] To Blair, this has become a keynote of the struggle against the infamous superstate, which the others also denounce, but also against intimations of federalism - a word the Brits would like to ban from the debate but which, especially to Fischer, is somewhere near the heart of it. (The Guardian, 28.09.2000)

Lange Zeit galt in der Europapolitik das zweite Gebot: "Du sollst Dir kein Bildnis von mir machen." Über die Frage, wohin die Integration des Kon-

tinents führen soll, über die Finalität der Union also, wurde kaum diskutiert. Das änderte sich mit dem 12. Mai 2000. An jenem Tag hielt Außenminister Joschka Fischer seine "Berliner Rede" und setzte die Europa-Debatte in Gang. (SZ, 12.10.2000)

Dass ein theoretisches Argument, das bisher vor allem von akademischem Interesse war, zu einem Hauptthema der Berichterstattung wird, ist erstaunlich. Aus sozialwissenschaftlicher Perspektive ist die Vorstellung allerdings kurios, dass sich eine Diskussion bewusst herbeiführen ließe wie ein Gesetz, und dass es den Verantwortlichen bisher lediglich an Mut und Weitsicht zur Initiation eines solchen Schrittes gemangelt habe. Aufrufe zum Beginn einer umfassenden Diskussion finden sich auch immer wieder in öffentlichen Verlautbarungen der EU-Institutionen. Abgesehen vom Sinn solcher Äußerungen bleibt die Idee der Beschwörung einer kollektiven Aufwallung, eines demokratisierenden Aktes, einer Bemächtigung des Diskurses durch das Volk, welches somit als ein europäisches Volk beschrieben wird.

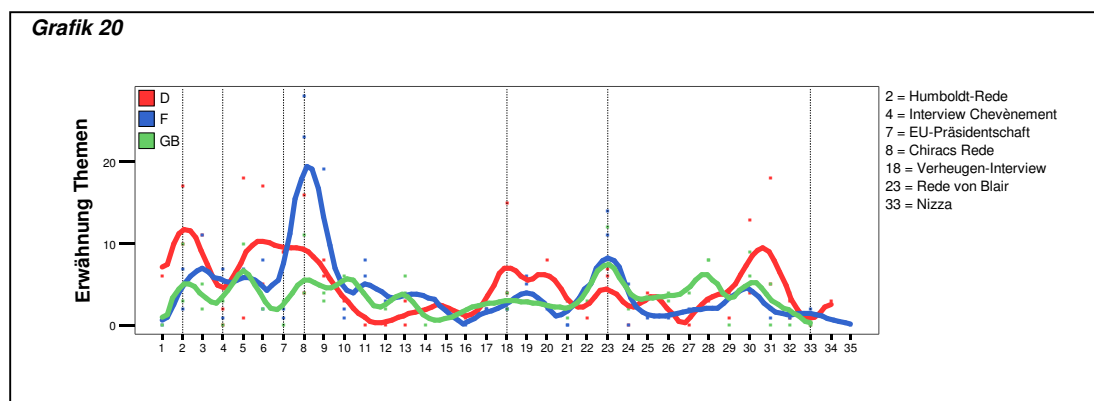
Die Wahrnehmung der Debatte ist also eine übernationale Wahrnehmung. In allen drei Ländern ist die Öffentlichkeit übereinstimmend der Meinung, an einer europäischen Debatte teilzunehmen. Ob diese Debatte den Kriterien einer demokratischen Öffentlichkeit im Sinne Habermas' entspricht, also die gleichen Themen zur gleichen Zeit bei gleicher Relevanz diskutiert werden, ist damit nicht gesagt. Es handelt sich zunächst um die Konstruktion einer Gemeinsamkeit – die kulturelle Ähnlichkeit dieser Konstruktion und die strukturelle Ähnlichkeit der nationalen Debatte ist jedoch nicht erwiesen. Was sich als Ergebnis festhalten lässt, ist jedoch die wahrgenommene Ebene des Diskurses, nämlich die übernationale Ebene.

3.4.3 Die Angleichungshypothese

Ob die Strukturen der nationalen Diskurse einander über den Untersuchungszeitraum hinweg ähnlicher werden, soll anhand der Angleichungs-Hypothese (H. 2) überprüft werden. Ein solcher Befund ließe darauf schließen, dass ein Austausch zwischen den Öffentlichkeiten stattfindet und dass sich ein Konsens im Sinne des habermasianischen Diskursideals entwickelt. Die Hypothese lautet: *Die EU-Berichte in den verschiedenen Ländern gleichen sich über den Untersuchungszeitraum hinweg an.*

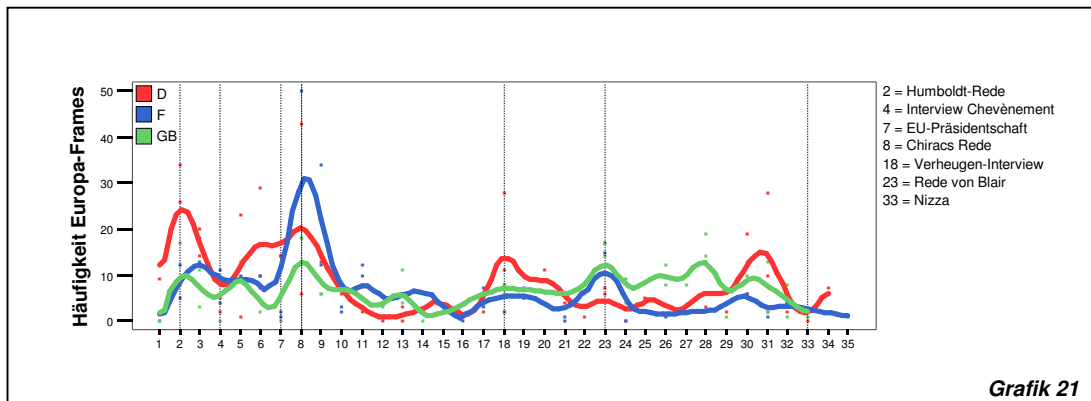
a) Die gleichen Themen werden zur gleichen Zeit debattiert

Zunächst muss überprüft werden, ob überhaupt über eine europäische Verfassung debattiert wird und ob Ereignisse, die relevant für die Debatte sind, in allen Ländern Aufmerksamkeit finden (Grafik 20²²). Es fällt auf, dass der Beginn der Debatte unterschiedlich wahrgenommen wurde: Während die Rede Fischers naturgemäß im eigenen Land am meisten Aufmerksamkeit erfuhr, aber auch in Großbritannien registriert wurde, reagierte Frankreich erst etwas zeitversetzt. Über Chevènement wird



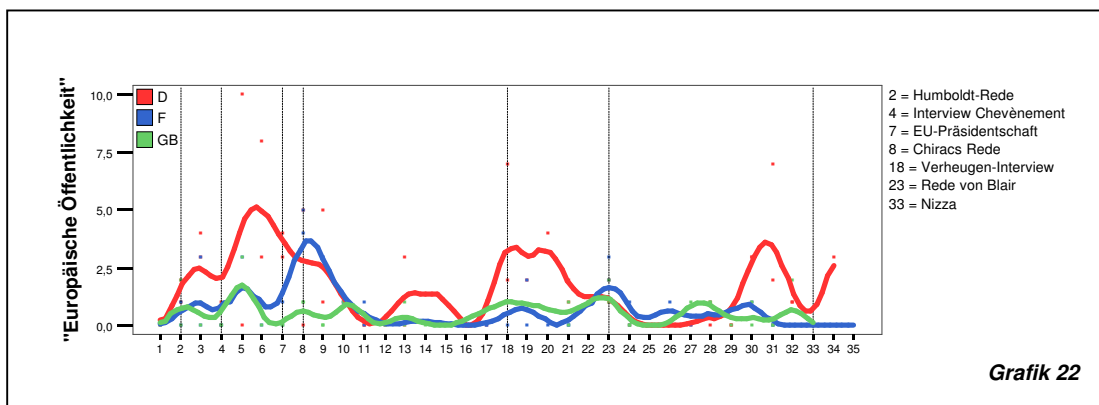
in etwa gleich häufig berichtet, während Chiracs Reichstags-Rede in Frankreich erheblich mehr Aufmerksamkeit erregte als in den anderen Ländern. Den Sommer über ruhte das Thema in allen Ländern bis zu einem relativ homogenen Ausschlag aus Anlass des Interviews von Verheugen. Blairs Rede in Warschau löste dann etwa gleichmäßig hohe Codierungen aus - hier lässt sich am ehesten eine gleichförmige Reaktion auf ein Ereignis festmachen, das in allen Ländern als wichtiger Beitrag zu einer Debatte gesehen werden musste, die sich in ganz Europa über die vorangegangenen Monate entwickelt hatte. Weil Reden die wichtigsten Beiträge der Debatte darstellen, konnte hier ein Ereignis im Voraus eingeplant und seine Bedeutung abgeschätzt werden. Dies geschah in allen drei Öffentlichkeiten in ähnlicher Weise.

²² Alle wichtigen Themen wurden in dieser Grafik zusammengefasst, um so zu einer Darstellung der Intensität der Debatte zu gelangen.



Grafik 21

Ein solches Muster findet sich auch bei der Untersuchung der Verteilung der Rahmungen (Grafik 21). „Europa/EU“ war insgesamt das am häufigsten gerahmte Thema. Zunächst ist die Häufigkeit noch sehr heterogen verteilt, aber bereits aus Anlass der Chirac-Rede kommt es zu einer Häufung der Rahmungen. Die Diskussion scheint in allen drei Öffentlichkeiten zur gleichen Zeit das selbe Thema behandelt zu haben. Dieses Muster wiederholt sich als Folge des Verheugen-Interviews und als Reaktion auf die Blair-Rede – in allen Fällen aber an *Ereignisse* geknüpft, sodass die Frage entsteht, ob es sich um einen *Diskurs* handelt, also den Austausch kontroverser Meinungen und Rahmungen, oder nur um Sachberichte über Ereignisse, die dann vom Ablauf her ähnlich strukturiert sein müssten.



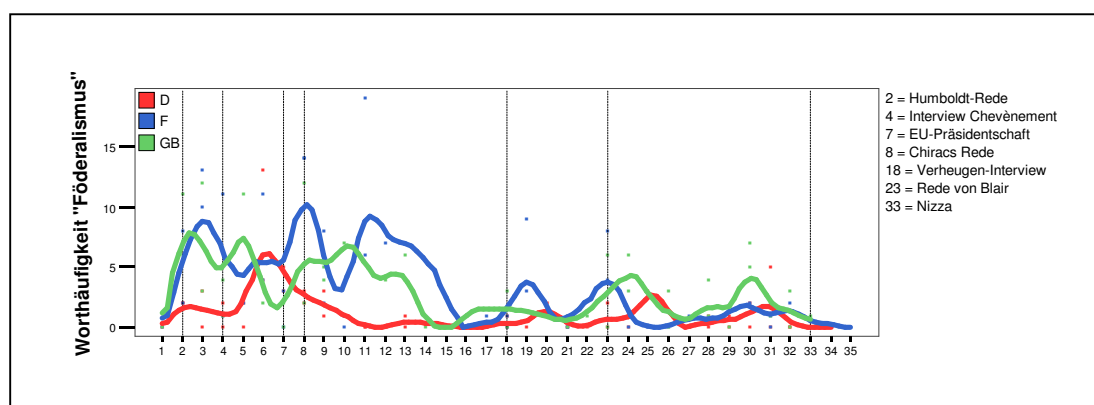
Grafik 22

Das wichtigste inhaltliche *issue* der Debatte, die Thematisierung des Entstehens einer europäischen Öffentlichkeit, beginnt recht bald, ein in allen drei Ländern zur gleichen Zeit behandeltes Thema zu werden: In der fünften und sechsten Untersuchungswoche und anschließend wieder als Reaktion auf Verheugen und Blair ist eine parallel verlaufende Kurve zu beobachten (Grafik 22). In Deutschland sind die Ausschläge zwar besonders deutlich, weichen aber nicht wesentlich von den Kurven der anderen Öffentlichkeiten ab.

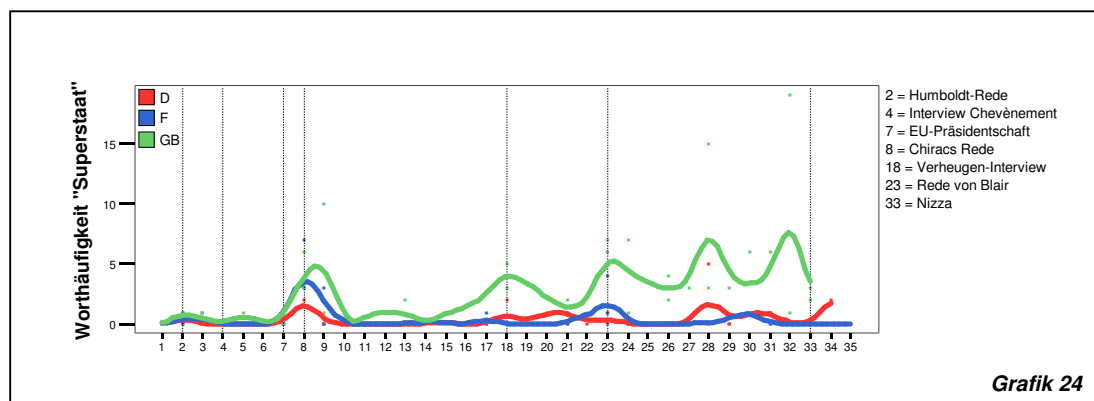
Differenzierter muss der Verlauf der Häufigkeit des Wortes „Föderalismus“²³ betrachtet werden: Da das Thema in unterschiedlichen Ländern kulturell bedingt eine

²³ Bei der Wortzählung wurden auch „föederal“ und andere Abwandlungen des Wortes berücksichtigt.

unterschiedliche Bedeutung hat, laufen hier vor allem die Kurven von Frankreich und Großbritannien parallel, während in Deutschland diese Diskussion kein wichtiger Teil der Debatte ist. Vor allem zu Anfang ist die Heterogenität recht groß, die Kurven gleichen sich aber ab der auf Chirac folgenden Diskussion mehr und mehr an. Die Bedeutung des Themas für die gesamte Debatte scheint sich ab einem bestimmten Zeitpunkt (um die zwölfte Untersuchungswoche) herausgebildet zu haben und die Diskussion des Begriffes in ähnlichen Perioden stattzufinden. Die Diskussion hat sich beruhigt und thematisiert den Begriff nur noch zu konkreten Ereignissen. Er ist nicht mehr kontrovers, sondern gilt in der Diskussion als geklärt – das bedeutet jedoch nicht, dass in den drei Ländern „Föderalismus“ gleich verstanden wird.



Bemerkenswert ist die Karriere des Begriffes „Superstate“. Zunächst wird er zu einer Kernvokabel der britischen Öffentlichkeit und schwappt anschließend als „Superstaat“ und „Super-État“ auch in die kontinentalen Wortschätze; zunächst als Zitat, später zum gebräuchlichen Ausdruck gewandelt (Grafik 24).



Grafik 24

In Deutschland und Frankreich ist er bald kein „fremder“ Begriff mehr, sondern wird ohne Anspielung oder Erläuterung als Synonym für Ängste vor einer zu starken EU benutzt. Der Begriff hat eindeutig die Grenze des britischen Diskurses überschritten und wird zum Teil der anderen national geführten Debatten.

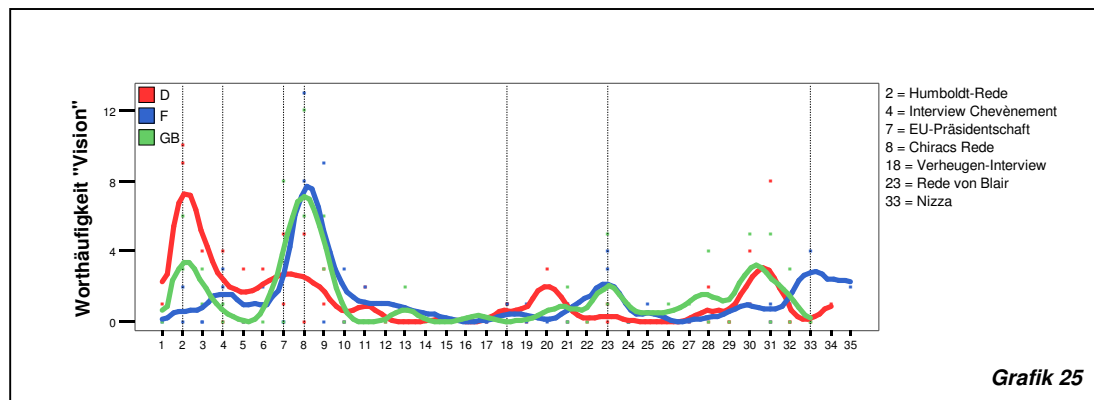
In eine solche Verfassung gehört neben der Grundrechtscharta als Fundament die längst überfällige Kompetenzabgrenzung zwischen den unterschiedlichen europäischen Institutionen auf der einen und zwischen Brüssel und den nationalen Hauptstädten und Regionen auf der anderen

Seite. Damit entsteht kein europäischer Superstaat. Denn die Vorstellung, dass der Begriff der Verfassung zwangsläufig an das Konzept einer Staatlichkeit gebunden sei, greift zu kurz. (FAZ, 25.9.2000)

Pour autant, un super-état placé au-dessus des nations qui le compose et domine par des institutions supranationales n'a pas l'agrément des gens. (Le Monde, 9.10.2000)

Wieder taucht er zuerst in der Debatte über die Chirac-Rede auf, mit der in allen Öffentlichkeiten offenbar ein Höhepunkt erreicht ist. In Großbritannien ist dabei ein regelrechtes Hochschaukeln zu immer hysterischeren Beschwörungen des Begriffs zu beobachten.

Dennoch ist nicht in allen Fällen ein eindeutig *europäischer* Diskurs vorhanden. Oft beeinflussen sich die nationalen Diskurse gegenseitig, ohne den dritten zu tangieren. Ein Beispiel ist „Vision“, einem der wichtigsten Begriffe in Fischers Rede. Als

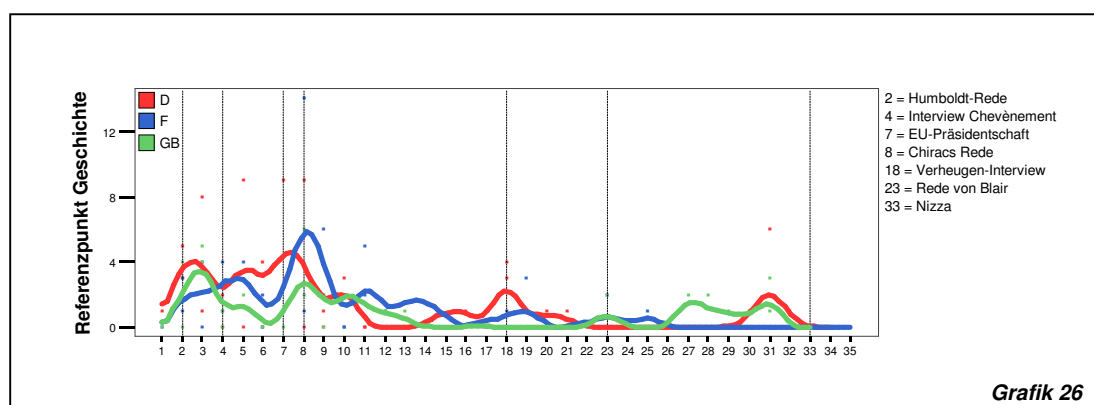


solcher wird er zunächst stark in Deutschland und Großbritannien thematisiert, nach der Rede Chiracs laufen aber die britische und die französische Kurve parallel, während die deutsche deutlich abweicht (Grafik 25). Gegen Ende des Untersuchungszeitraumes finden der deutsche und britische Diskurs wieder zu einander, während der Begriff in Frankreich ignoriert wird. Dies spricht eher für eine Abfolge von Dialogen mit wechselnden Partnern, denn für eine gemeinsame übernationale Öffentlichkeit.

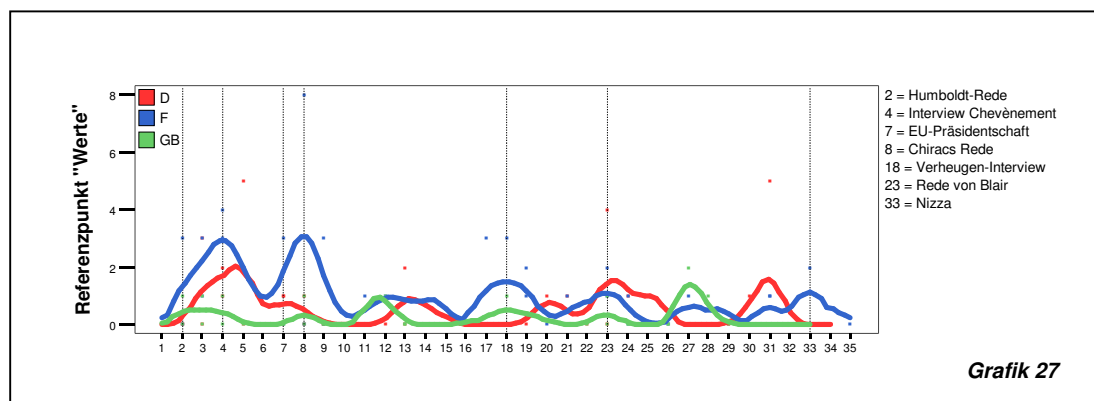
b) Zunehmend werden ähnliche Referenzpunkte verwendet

Sollte es sich um relativ isolierte nationale Öffentlichkeiten handeln, die lediglich die selben Ereignisse diskutieren (so die These von einer „Ereignisöffentlichkeit“), bestünde kein Grund, warum die selben oder ähnliche symbolische Referenzpunkte (wie Hinweise auf Geschichte, Zukunft oder Werte) verwendet werden sollten. Die einzige Erklärung dafür wäre eine weitgehend homogene Kultur, die ohne direkte gegenseitige Beeinflussung die Reaktionen auf Ereignisse ähnlich ausfallen ließe.

Grafik 26 macht deutlich, dass vor allem in der heißen Phase der Debatte, nach den Reden Fischers und Chiracs, ähnlich oft der Referenzpunkt „Geschichte“ benutzt wurde. Dies zeigt sich besonders deutlich zum Zeitpunkt der Chirac-Rede, dem Höhepunkt der Diskussion. Auch Fischers Rede wurde ähnlich gerahmt. Die Reaktionen anderer Öffentlichkeiten haben offensichtlich die Rahmung des Ereignisses beeinflusst. Dazu muss nochmals betont werden, dass nicht historische Bezüge der Politikerreden und Berichte darüber die Codierung beeinflussten, sondern vor allem die Rahmungen in Leitartikeln, Leserbriefen und Meinungsbeiträgen. Daher genügt es nicht, als Grund dieser Entwicklungen auf die auslösenden Ereignisse zu verweisen.



Anders der Referenzpunkt „Werte“, der zunächst nur in Deutschland und Frankreich eine Rolle spielt, dann wieder verstärkt in Frankreich und Großbritannien und schließlich aus Anlass der Blair-Rede in allen drei Ländern. Wie im Fall des Wortes „Vision“ scheinen wechselseitige Beeinflussungen stellenweise nur zwischen zwei Öffentlichkeiten stattzufinden, erst gegen Ende des Untersuchungszeitraumes gleichen sich alle drei. Wiederum hat sich eine gemeinsame Interpretation des Diskurses durchgesetzt, welche der Rede eines wichtigen Staatschefs eine ähnliche Bedeutung in einer als europäisch empfundenen Debatte zuweist. Dieses Mal wurden

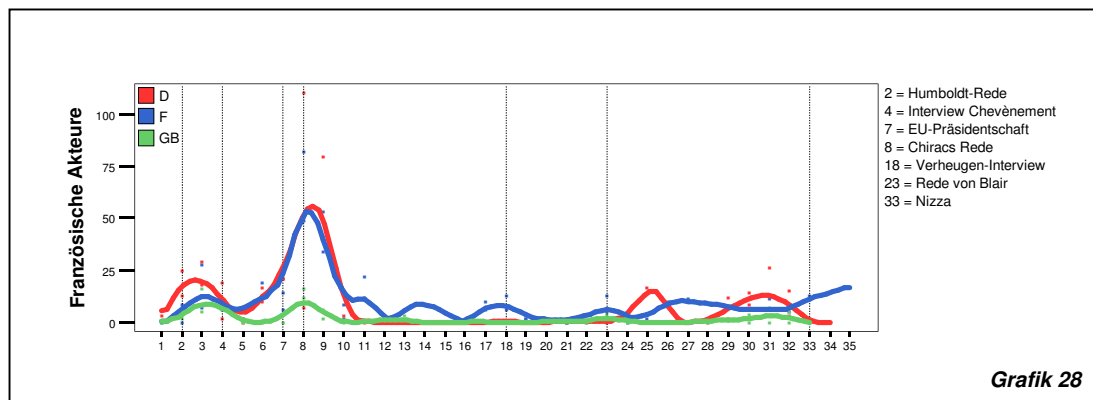


nicht Begriffe angeglichen, sondern Ideen: Der Bedeutung der zweifellos in allen drei Öffentlichkeiten schon vorher vorhandenen Vorstellung spezifisch europäischer Werte wird durch die Debatte eine gesamteuropäische Relevanzstufe zugeordnet.

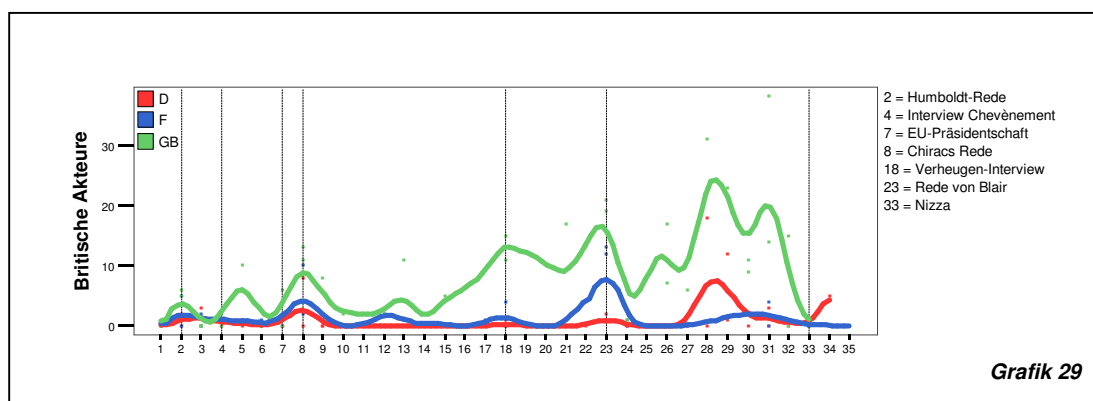
c) Zunehmend kommen nicht nur Akteure der nationalen Öffentlichkeit zu Wort, sondern auch Akteure anderer Staaten und der EU

Nicht nur die Ereignisse und symbolischen Rahmungen sollten sich gleichen, sondern auch die Bedeutung der wichtigsten *Akteure* des Diskurses sollte in allen Ländern ähnlich ausgeprägt sein.

Dies ist eindeutig für französische Akteure der Fall (Grafik 28). Die Kurven schlagen in allen drei Ländern aus, wenn französische Politiker zu Akteuren werden, besonders in den Berichten über die Reaktionen auf die Fischer-Rede und über die Rede Chiracs.



Weniger ausgeprägt, aber trotzdem ähnlich gilt dieser Befund auch für britische Akteure. Auch wenn naturgemäß im eigenen Land am häufigsten reagiert wird, werden britische Akteure auch in Frankreich und Deutschland wahrgenommen und über sie berichtet. Dies gilt nicht nur bei offensichtlichen Anlässen wie der Rede Blairs, sondern auch bei britischen Reaktionen auf andere wichtige Ereignisse der Debatte (Grafik 29). Im Laufe der Debatte verlagert sich in Großbritannien die Diskussion immer mehr zurück auf eigene Akteure.

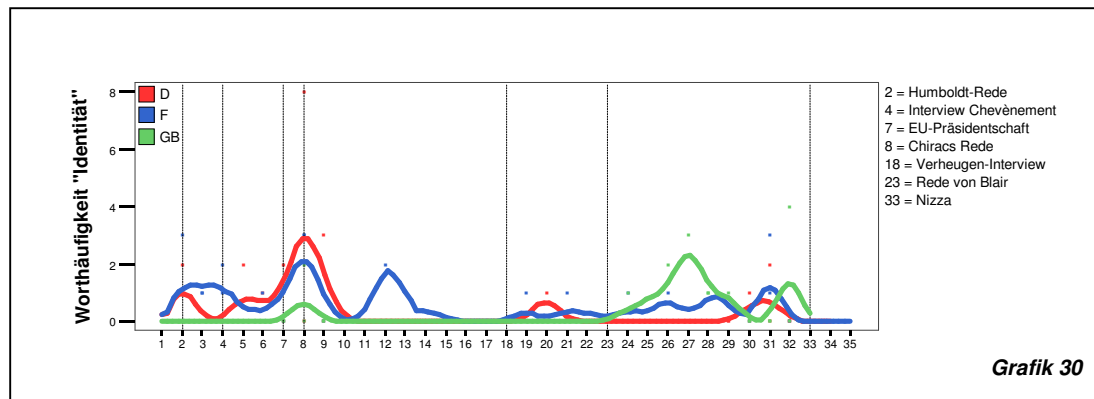


Bei deutschen und EU-Akteuren lässt sich keine eindeutige Entwicklung nachweisen. Als einziger deutscher Politiker wird Außenminister Fischer in den anderen Ländern überhaupt wahrgenommen. EU- Akteure kommen zwar relativ häufig zu Wort (siehe letztes Kapitel), dies aber in unkoordinierter Form und an nicht sehr prominenter Stelle. Es hat den Anschein, als würden die zuständigen europäischen

Gremien pro forma zitiert, auch wenn ihnen kein besonderer Einfluss zugemessen wird.

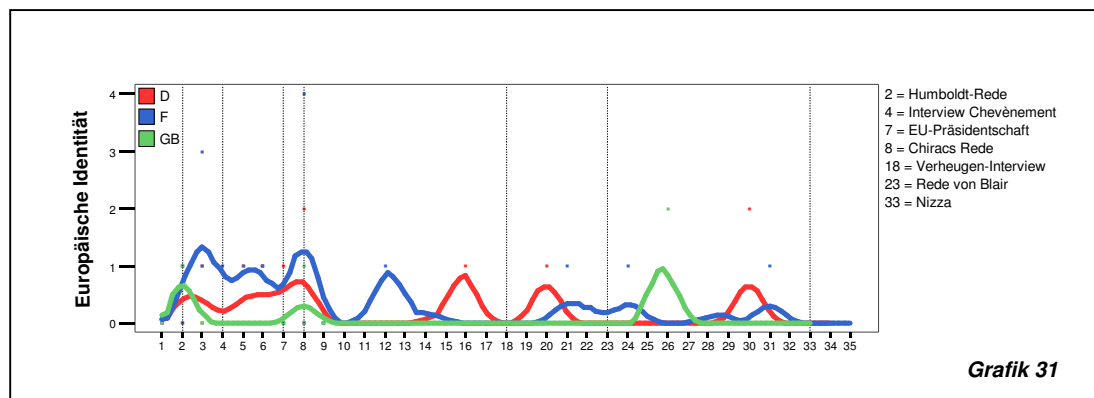
d) Die Definition des „wir“ ändert sich im Lauf des Diskurses

Schließlich soll überprüft werden, ob die Debatte einer anspruchsvolleren Definition von Diskurs gerecht wird, nämlich ob nicht nur die gleichen Themen zur gleichen Zeit diskutiert und dabei ähnliche Rahmungen verwendet werden, sondern ob Er-



gebnisse des Diskurses festzustellen sind, die sich übernational gleichen. Ein Ergebnis könnte sein, dass sich die Definition von Identität im Laufe des Diskurses ändert, dass z.B. die Idee einer europäischen Identität an Bedeutung gewinnt.

Die Entwicklung des Themas „Identität“ verläuft homogen, mit Ausnahme zweier Ausschläge in Großbritannien und in Frankreich, die das Thema innerhalb der nationalen Öffentlichkeit diskutieren. Besonders stark tritt das Thema nach der Chirac-Rede und vor dem Gipfel von Nizza auf. Von einer kontinuierlichen Entwicklung kann aber nicht gesprochen werden.



Besonders deutlich wird dies an der Entwicklung des Themas „Europäische Identität“ (Grafik 31) Das Thema taucht zu völlig unterschiedlichen Zeitpunkten auf und setzt auch inhaltlich andere Akzente:

The fear there once was of a loss of national identity, of being crushed by the Brussels machine - we're just no longer in that debate,' Mr Boniface said. And for the French government it's a very good thing: if it presents the people with reasonable options for further EU integration, it will have their support.' (The Guardian, 27.6.2000)

La perspective, c'est plus d'Europe, mais une Europe qui respecte l'identité française ; c'est un libéralisme avec du cœur, pour copier M. Bush, avec une dimension humaine et sociale forte. (le Monde, 3.11.2000)

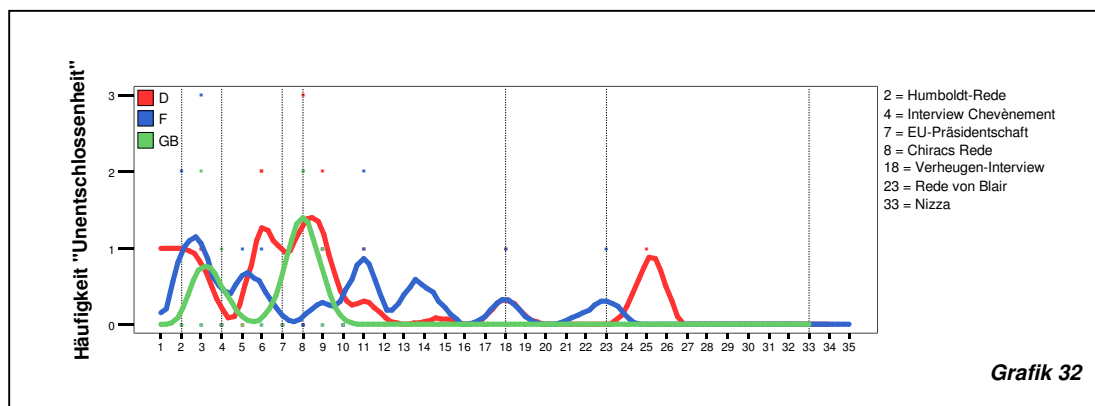
Aus unseren Nationen, in denen wir verwurzelt sind, schöpfen wir unsere Identität. Die Vielfalt ihrer politischen, kulturellen und sprachlichen Traditionen ist eine der Stärken unserer Union. Auch in Zukunft werden die Nationen die wichtigsten Bezugspunkte unserer Völker darstellen. (FAZ, 28.6.2000)

Es hat sich kein Konsens herausgebildet, der auf eine stärkere Akzeptanz einer europäischen Identität hinweisen würde, eher ist es leichter, sich zu einer nationalen Identität zu bekennen, da die Forderung nach deren Erhalt eine Grundkonstante aller Äußerungen der Debatte darstellt. Insofern hat sich ein klarerer Sprachgebrauch entwickelt und ein Hinterfragen eines Tabus stattgefunden, aber es wurde durch den Diskurs kein „Ergebnis“ erzielt.

Die Untersuchung des Themas Identität ist wahrscheinlich mit den hier verwendeten Mitteln nur unzureichend möglich. Schließlich handelt es sich um einen abstrakten Begriff, der selten explizit diskutiert wird und dann in so reflektierter Form, dass daraus wenig über eine gemeinsame europäische Identität abgelesen werden kann.

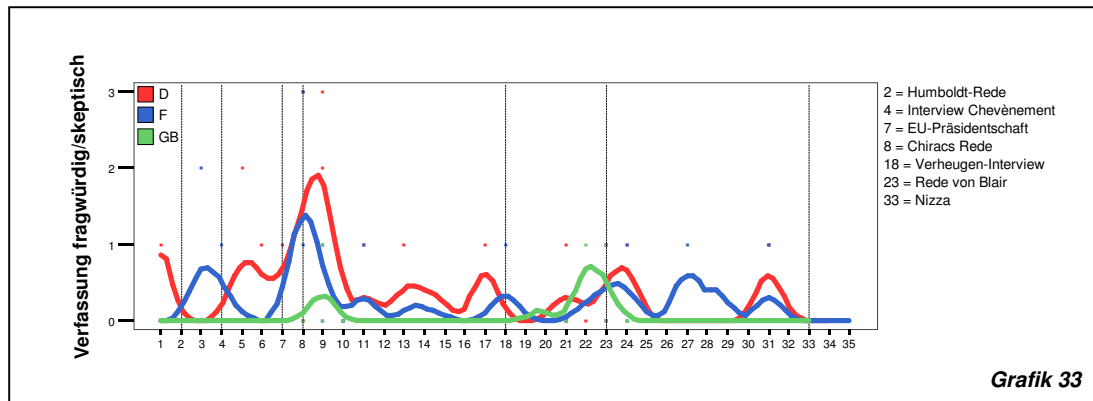
e) „Ergebnisse“ des Diskurses lassen sich nachweisen

Hat durch die Diskussion ein Klärungsprozess stattgefunden? Entsteht ein Konsens über ein strittiges Thema oder bleiben die Ausgangspunkte unverändert?

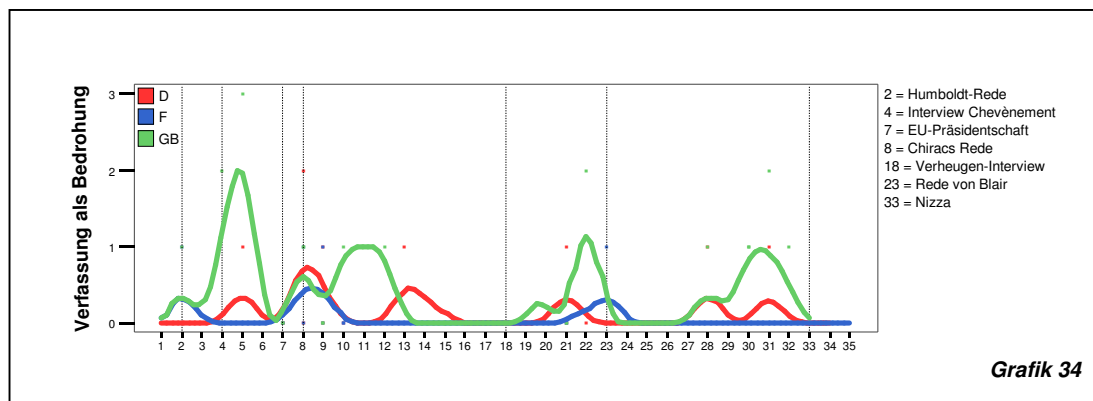


Über diese Fragen gibt Grafik 32 Auskunft. Mit Aufkommen der Diskussion herrscht noch Verunsicherung – der Frame Unentschlossenheit taucht in allen Ländern häufig auf. Von der Chirac-Rede an schwindet der Anteil von vorsichtigen abwartenden Äußerung jedoch kontinuierlich, am schnellsten in Großbritannien. Gut zwei Monate vor dem Nizza-Gipfel findet sich schließlich in keinem der Länder mehr eine unentschlossene Äußerung, obwohl die Debatte keineswegs abgeschlossen ist, wie sich immer wieder zeigt.

An einem konkreteren Beispiel zeigt sich ein ähnliches Muster, jedoch nicht so ausgeprägt. Was die Frage einer europäischen Verfassung angeht, zeigen sich vor allem Deutschland und Frankreich zu Anfang unentschlossen, während man in Großbritannien klar Stellung bezieht (Grafik 33). Erst durch die Rede Blairs kommt hier wieder etwas Unsicherheit auf, die aber sofort wieder auf null schwindet. In Frankreich und Deutschland laufen die Kurven nach anfänglichen Unterschieden ab der Chirac-Rede parallel.



Dies sagt jedoch nichts über eine Angleichung der Standpunkte. Es wird lediglich deutlich, dass sich durch die Debatte die Meinungen festigen und die Unentschlossenheit schwindet. So verändert sich die äußerst skeptische Haltung in Großbritannien in der Frage einer europäischen Verfassung so gut wie nicht. Bis zum Schluss finden sich Äußerungen, die eine EU-Verfassung als bedrohlich rahmen (Grafik 34).



Es stellt sich die Frage, ob man es bei solchen Parallelitäten mit einer direkten Beeinflussung der einzelnen Diskurse zu tun hat, ob also ein Artikel in der *Times* die direkte Inspiration für einen *FAZ*-Artikel ist. Dies ist aus dem Grund unwahrscheinlich, dass dann eine gewisse Zeitverschiebung zu beobachten sein müsste. Außerdem ist ein solcher Verlauf der Debatte auch in nationalen Öffentlichkeiten nur in Einzelfällen zu beobachten – wenn etwa eine Feuilleton-Debatte ausbricht, die sich konkret auf einzelne Beiträge in unterschiedlichen Zeitungen bezieht. Drittens würde eine solche Beeinflussung nie eine so breite Wirkung haben, dass sie dem ganzen

Diskurs eine neue Richtung geben könnte – sie könnte es auch nicht innerhalb einer nationalen Öffentlichkeit.

Wahrscheinlicher ist, dass kulturelle Muster für das Resonanzpotential eines Themas, einer Idee oder eines Begriffs verantwortlich sind. Dass etwa das Wort „Föderalismus“ in Deutschland unumstritten ist, hängt mit der politischen Kultur zusammen. Dass „Superstaat“ als Bezeichnung in Großbritannien besonders erfolgreich ist, kann leicht mit kulturellen Mustern erklärt werden. Dass Franzosen gerne auf universalistisch-revolutionäre Vokabeln verfallen ist nicht schwer zu interpretieren.

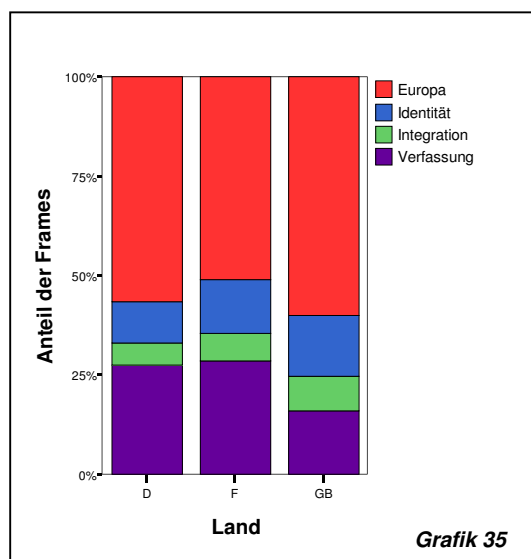
Die theoretischen Anforderungen an eine europäische Öffentlichkeit müssen sich also an solchen kulturellen Voraussetzungen orientieren. Kultur- und identitätsverändernde Prozesse können erst durch einen gemeinsamen Diskurs in Gang kommen und sind nicht seine Voraussetzung. Wie die Beispiele gezeigt haben, ist ein einigermaßen ähnlicher Diskurs auch ohne die kulturellen Voraussetzungen möglich.

3.4.4 Die Symbolismushypothese

Schließlich soll die *Symbolismus-Hypothese* (H. 3) überprüft werden. Sie fragt nach den symbolischen Repräsentationen der Debatte in den unterschiedlichen Ländern. Gleichen sich die Interpretationen von Begriffen und Ereignissen über nationale Öffentlichkeiten hinaus? Werden ähnliche Referenzpunkte verwendet? Spielen die symbolischen Bedeutungszuschreibungen anderer Öffentlichkeiten in der Debatte eine Rolle? Die Hypothese lautet: *Die wichtigen Themen der Debatte werden auf metaphorisch-symbolischer Ebene ähnlich dargestellt.* Nacheinander werden im Folgenden die Subhypothesen überprüft.

c) Zentrale Themen werden ähnlich „gerahmt“

Die wichtigsten Themen, deren Rahmungen untersucht wurden, sind „Europa/EU“, „Verfassung“, „Identität“ und „Integration“. Mit jeweils über 50 Prozent Anteil ist das Thema „Europa“ in allen untersuchten Ländern am wichtigsten (Grafik 35). „Identität“ und „Integration“ sind als Themen etwa gleich wichtig, wenn auch mit sehr unterschiedlichen Akzenten.



Am zweitwichtigsten ist das Thema „europäische Verfassung“. In Frankreich wird hierüber am häufigsten diskutiert, aber mit fast gleich hohem Anteil in Deutschland. Nur in Großbritannien tritt das Thema weniger häufig auf.

Die Rahmung des Themas **Europa**²⁴ gibt Auskunft über die Beurteilung der europäischen Institutionen und den ihr durch den Diskurs symbolisch zugeschriebenen Charakter: Was stellt Europa in der jeweiligen Öffentlichkeit dar? Mit welcher Art von Metaphern und Bildern wird die EU beschrieben? Was sind die Hauptthemen bei der Beschreibung der Union?²⁵

Am auffälligsten ist der hohe Anteil von Rahmungen in Großbritannien, die Europa mit Bedrohung, Krieg und Angst assoziieren und dies in drastischen Worten zum Ausdruck bringen. Einer der am häufigsten verwendeten Begriffe ist „Superstaat“:

Superstate dream that keeps coming back to haunt Britain (The Times, 02.07.2000)

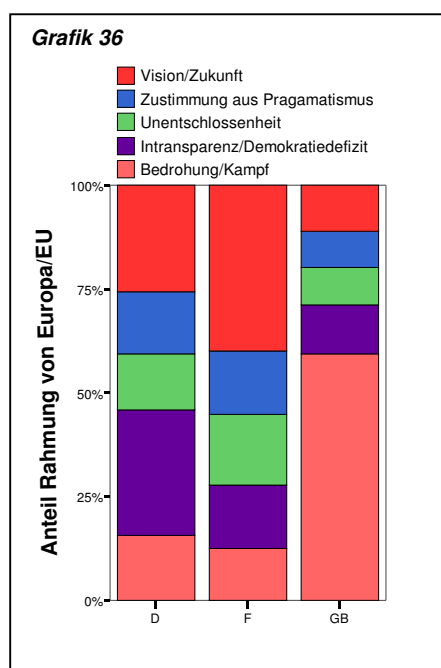
²⁴ Bei der Codierung wurden EU und Europa gleichermaßen berücksichtigt, weil zwischen diesen Begriffen nur im Ausnahmefall differenziert wird.

²⁵ Für eine nähere Erläuterung siehe Kapitel 3.3.2 und 3.2.3.

What that means has been spelt out in apocalyptic terms by the same Eurosceptics who have been using the elephant test to divine the future structure of the EU. Writing in the Mail on Sunday, John Laughland has warned that such a superstate would be worse than Stalin's Soviet Union. (The Guardian, 10.12.2000)

For Blair, Schroder's message in the 19th-century house where Prussian kaisers once played cards will be uncomfortable: either accept the German vision of European political union or risk being left out of the "inner core" of the EU. (The Times, 25.06.2000)

Insgesamt dominiert der negative Frame in Großbritannien mit knapp 60 Prozent eindeutig die Berichterstattung, während er in Deutschland und Frankreich nicht einmal 20 Prozent ausmacht (Grafik 36)²⁶. Nimmt man die Rahmungen zusammen, die die EU positiv beschreiben, kommt man Großbritannien auf knapp 20 Prozent, während



die positiven Frames in Frankreich mit etwa 55 Prozent und in Deutschland mit etwa 40 Prozent deutlich darüber liegen. Bei der negativen Bewertung in Britannien überwiegt die grundsätzliche, prinzipielle Ablehnung stark eine sachlich-pragmatische Kritik an der EU.

Diese weniger emotionale und grundsätzliche Form von Kritik ist in Deutschland am stärksten – hier stellt sie sogar den am meisten benutzte Frame. Ihre häufigsten Komponenten sind: Die Institutionen und Verfahren sind zu unübersichtlich und geheimniskrämerisch; es existieren keine klaren Zuständigkeiten; die Bürokratie dominiert über die Politik; nur ausgewählte Experten

durchblicken die Verfahren; Eliten tun nichts für mehr Transparenz. Aus diesen Kritikpunkten ergibt sich oft die Forderung nach einer Verfassung mit klaren Zuständigkeitsregelungen.

Die europäische Integration ist daher eine Geheimwissenschaft, und diejenigen, die in ihr brillieren, lassen erkennen, dass sie das für gut halten. (FAZ, 5.9.2000)

Die "seelen- und gesichtslose Eurokratie in Brüssel gilt bestenfalls als langweilig, schlimmstenfalls aber als gefährlich", sagte er vor Studenten und Diplomaten an der Berliner Humboldt-Universität. (SZ, 13.5.2000)

Doch verstehen die Bürger noch, worum es eigentlich geht? Warum zum Beispiel die Journalisten nach dem einstündigen Gespräch mit dem Außenminister plötzlich so lebhaft auf ihre Handys einreden und in etwa ein Dutzend europäische Redaktionen Beobachtungen weiterreichen wie: "Vedrine ist für eine Neugewichtung der Stimmen, hat aber keine konkreten Zahlen genannt." Wer unter den vielen Menschen, die an diesem

²⁶ Die Frames „Verhaltene Zustimmung“ und „Vorsicht/Unentschlossenheit“ wurden nach einer Überprüfung zu dem Frame „Unentschlossenheit“ zusammengelegt, weil eine genaue Abgrenzung nicht plausibel vorgenommen werden konnte.

strahlenden Sommertag die Bistros und Parks der schönsten Stadt Europas bevölkern, kann sich einen Reim darauf machen? Wer kann von der allmählich immer aufgeregter werdenden Diskussion der Europa-Profis über den bürokratischen Überbau der Europäischen Union eine Brücke schlagen zum eigenen Wohlergehen? (SZ, 1.7.2000)

Diese Kritik ist in Frankreich sehr viel schwächer ausgeprägt. Während sich Deutschland und Frankreich insgesamt sehr ähnlich sind, unterscheiden sie sich doch in zwei Punkten: In Deutschland wird die Intransparenz stärker kritisiert, während im umgekehrten Verhältnis die Zukunft Europas in Frankreich häufiger leidenschaftlich beschworen wird. Unter diese Kategorie fallen alle Äußerungen, die die EU aus idealistischen, universalistischen Motiven unterstützen und nicht nach Vor- und Nachteilen fragen. Hier wurden Formulierungen einbezogen, die von *Visionen* und *Idealen* sprechen.

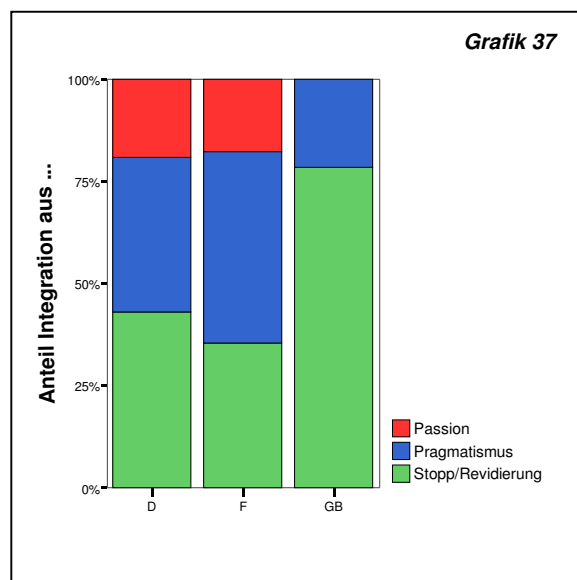
Il est des moments ou il faut savoir prendre des risques. Sortir des sentiers battus. La poursuite de la grande aventure communautaire est a ce prix ! (Le Monde, 28.6.2000)

Am Himmel aber treiben die Luftballons kühner europäischer Ideen. Seit Außenminister Fischers Berliner Rede herrscht kein Mangel an Visionen. (FAZ, 21.6.2000)

For me, Europe is a vision, a dream, perhaps even one of the few remaining forms of Utopia for which it is still worth fighting. (The Guardian, 10.11.2000)

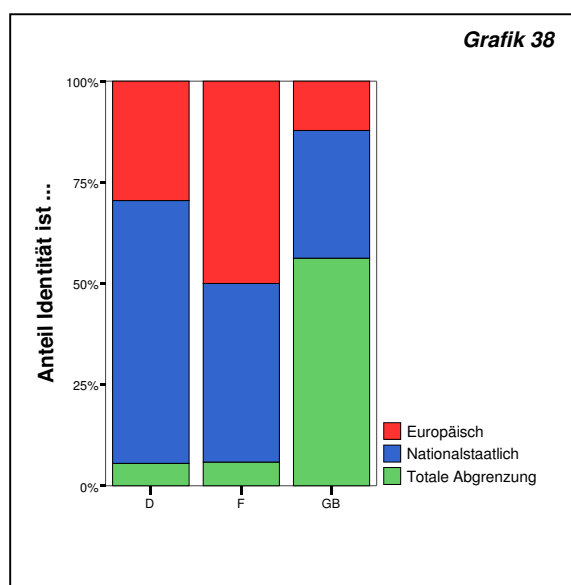
Besonders deutlich werden diese nationalen Unterschiede bei der Betrachtung der Rahmung des Themas **Integration**. Am erstaunlichsten ist, dass sich in der britischen Diskussion keine einzige Äußerung finden lässt, die nach Integration aus Leidenschaft und Überzeugung zur Verfolgung einer universalistischen ideellen Mission verlangt. Über drei Viertel der Berichte in Großbritannien bedienen sich Frames, die für eine Rückverlagerung von Kompetenzen auf die Nationalstaaten eintreten und den Stopp der Integration fordern.

Zustimmung zu mehr Integration ist offenbar nur durch eine pragmatische Begründung möglich, die Nutzen und Kosten abwägt und Risiken kalkuliert. Außerdem fällt auf, dass in Frankreich die EU zwar als die Zukunft gilt, zu deren Verwirklichung leidenschaftliche Anstrengungen und kühne Visionen nötig sind (42 Prozent), dass solche Gründe für die konkrete Verstärkung der Integration und für genaue Ver-



gemeinschaftungsvorschläge aber nur eine Minderheit bilden (18 Prozent) – die EU als Idee wird offensichtlich euphorisch befürwortet, ihre konkrete Umsetzung in Politik aber weit weniger.

Für die Befürwortung der Vergemeinschaftung von Politiken aus Leidenschaft finden sich in Deutschland mehr Äußerungen. Hier befinden sich ideelle Vorstellung und konkrete Politik in größerer Übereinstimmung; die Anteile sind in etwa gleich groß. Auch in Deutschland und Frankreich haben die Berichte, die sich für eine Rückverlagerung von Kompetenzen auf den Nationalstaat oder Revidierung von Integration aussprechen, einen hohen Anteil von jeweils um 40 Prozent. Insgesamt gleicht sich die Verteilung der Rahmungen in diesen beiden Ländern auffallend.



Eine sehr ähnliche Trennung findet sich in der Rahmung des Themas **Identität** wieder: Während sich eine Mehrheit der Akteure in Großbritannien (über 50 Prozent) von einer europäischen Identität vollkommen abgrenzen, ist dieser Anteil in Deutschland wie auch in Frankreich mit etwa sieben Prozent weitaus geringer. Hier ist der Gedanke einer europäischen Identität akzeptiert, wenn auch die Akzente verschoben sind: In Frank-

reich ist der Anteil der Äußerungen, die von einer europäischen Identität sprechen, am höchsten (50 Prozent), während es in Deutschland nur 30 Prozent sind. Während in Deutschland die Vorstellung eines Verfassungspatriotismus eine wichtige Rolle spielt, dominiert in Frankreich der Begriff der *Citoyenneté* und die Durchsetzung universeller Rechte und Werte.

Pour arracher l'Europe a l'enlisement, il faut l'intervention d'un nouvel acteur. Cet acteur nouveau, c'est le citoyen européen. (Le Monde, 14.6.2000)

Doch die Verfassung könne den Weg zur Heranbildung einer europäischen Identität ebnen. (FAZ, 17.6.2000)

Wie sich hier wieder zeigt ist in Frankreich die Vorstellung einer europäischen Identität Teil einer letztlich zutiefst französischen *mission civilisatrice*, die sich an Werten und Ideen orientiert und aufgrund ihrer universalistischen Natur einfacher übertragbar ist. Dieser inklusive Charakter kollektiver Identität ist in der deutschen Tradition nicht vergleichbar vorhanden.

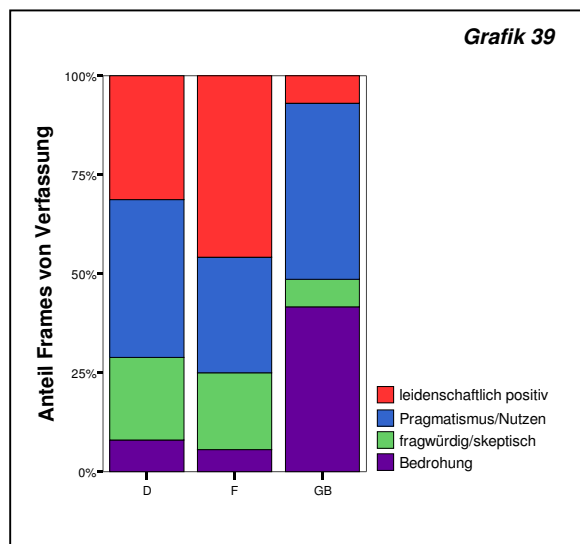
Trotzdem ist der hohe Anteil von Rahmungen in Deutschland erstaunlich, die Identität national definieren. Nur knapp 30 Prozent beschreiben eine europäische Identität

für möglich oder wünschenswert. Die Bedeutung nationalstaatlich definierter Identität wird stark betont, wenn sich auch nationale und europäische Identität – anders als in Großbritannien – nicht ausschließen.

Aus unseren Nationen, in denen wir verwurzelt sind, schöpfen wir unsere Identität. Die Vielfalt ihrer politischen, kulturellen und sprachlichen Traditionen ist eine der Stärken unserer Union. Auch in Zukunft werden die Nationen die wichtigsten Bezugspunkte unserer Völker darstellen. (FAZ, 28.6.2000)

Hier ist also eine Vision, wo dieses Europa enden soll, und es endet eben nicht mit der Preisgabe des Nationalstaates, weil Fischer erkannt hat, wie wichtig diese Nationen für die Identität der Bürger sind. (SZ, 13.5.2000)

Insgesamt ist ein größerer Unterschied kaum vorstellbar: In Großbritannien eine Mehrheit von Äußerungen, die sich radikal abgrenzen, auf der anderen Seite Deutschland und Frankreich, die ihre Identität nicht als Abgrenzung zu Europa definieren. Die Ablehnung Europas scheint ein identitätsstiftendes Element der spezifisch britischen Konstruktion von nationaler Identität zu sein.



Erstaunlich ist die insgesamt hohe Zustimmung zu einem der wichtigsten Sachthemen der Debatte: der Frage einer **europäischen Verfassung**. Wiederum ist die Ablehnung in Deutschland und Frankreich frappierend ähnlich verteilt: Jeweils sind nur unter 10 Prozent der Äußerungen ablehnend, jeweils etwa 15 bis 20 Prozent skeptisch. Drei Viertel der Berichte rahmen das Thema positiv.

Hier sind wiederum die Franzosen leidenschaftlicher und begründen ihre Zustimmung mit ideellen Motiven (beinahe 50 Prozent):

Une Constitution européenne maintenant! Now! Subito! (Le Figaro, 9.12.2000)

Un beau texte pour une grande idée, donc. (Le Figaro, 28.6.2000)

In Deutschland dagegen ist die Zustimmung aus pragmatischen Gründen der stärkste Frame. Hier verbindet sich die Idee einer europäischen Verfassung oft mit der Forderung nach Kompetenzabgrenzung und der Idee einer Erweiterung der Föderation von den Bundesländern über den Bund zur EU. Da konkrete Erfahrungen mit dem Föderalismus vorliegen, kann konkreter diskutiert werden.

Hauptmotiv für das Drängen Berlins ist aber ein anderes: Dem Kanzler sitzen die Bundesländer im Nacken. Sie bestehen darauf, dass in Nizza eine Folgekonferenz beschlossen wird, die sich mit einem Verfassungsvertrag beschäftigt, in dem die Kompetenzen zwischen der Union und den Mitgliedstaaten sauberlich getrennt werden. "Das fordern wir als Mi-

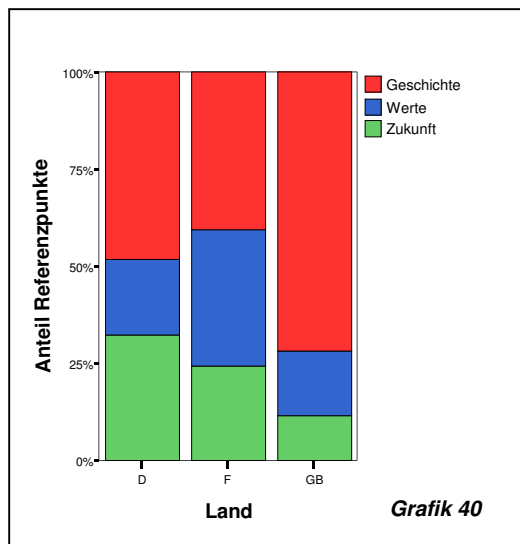
nimum", sagt der bayerische Europaminister Reinhold Bocklet (CSU). (SZ, 7.12.2000)

Die europäischen Bürger haben angesichts des fortschreitenden europäischen Integrationsprozesses einen Anspruch auf eine präzise und für jedermann verständliche Verfassung, die auf den genannten Elementen gründet. In ihr müssen die Verantwortlichkeiten der europäischen Institutionen und die ihnen gesetzten Schranken klar und erkennbar geregelt sein. (FAZ, 21.9.2000)

Wiederum ist in Großbritannien eine knappe Mehrheit der Rahmungen negativ, wobei die Berichte überwiegen, die eine Verfassung als Bedrohung schildern.

For the first time the commission tried to gauge the level of public support for the contentious idea of a European constitution, an idea criticised by the Conservatives as a fatal step on the road to a federal European "superstate". (The Guardian, 25.7.2000)

Von den positiven Äußerungen ist nur eine kleine Minderheit idealistisch begründet, die Mehrheit macht die pragmatische Zustimmung aus. Die Ablehnung einer Verfassung ist jedoch nicht so grundsätzlich und eindeutig, wie dies bei den anderen Themen zum Ausdruck kommt. Hier wirkt sich vor allem die britische Verfassungstradition aus:



Traditionell dienen Gesetze zur Beschränkung der Macht des Königs, also zur Eindämmung einer souveränitätsbegrenzenden Instanz – der einzig legitime Souverän, das Volk, trotz den herrschenden Kompetenzen und Zustimmungsrechte ab. Die Idee einer kompetenzabgrenzenden europäischen Verfassung fügt sich daher gut in die politische Kultur – allerdings aus Gründen, die sich eher gegen die EU richten, als sie zu stärken.

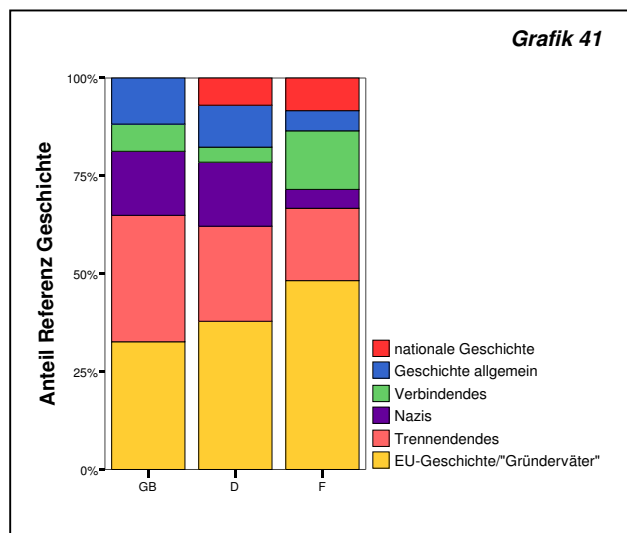
d) Die nationalen Öffentlichkeiten verwenden ähnliche symbolische Referenzpunkte

Um dem Leser die Europa-Debatte nach der Rede von Joschka Fischer zu erklären, werden verschiedene symbolische Referenzpunkte verwandt. Drei Gruppen können unterschieden werden: Solche Berichte, die historische Bezüge verwenden und aktuelle Ereignisse somit in einen Zusammenhang mit Vergangenen stellen. Dadurch beeinflussen sie die Interpretation des Ereignisses. Eine zweite Gruppe bilden solche Bezüge, die auf die Zukunft verweisen und somit prognostizierend die Folgen eines Ereignisses einordnen. Die Prognose kann positiv ausfallen oder negativ – Warnungen oder Heilserwartungen. Drittens appellieren Rahmungen an Werte –

gemeinsame oder trennende, europäische oder nationale (siehe auch letztes Kapitel).

Geschichtliche Bezüge sollen Ereignisse in bisherige Erfahrungen einordnen. Durch sie werden Grenzen konstruiert oder Gemeinsamkeiten betont. Die Konstruktion einer gemeinsamen Geschichte soll die Identität stärken indem Gründungsmythen, Traditionen oder Helden- und Opfergeschichten erzählt werden. Dieser Versuch ist in der Fischer-Debatte zweifellos gemacht worden: Die wichtigste Rahmung, die sich auf Geschichte bezieht, ist die EU-Geschichte und der Rückbezug auf Taten und Worte heroischer Stiftergestalten wie Robert Schuman, Jean Monnet oder sogar noch lebender wie Helmut Kohl oder Jacques Delors.

Et il l'a fait parce que l'on ne l'a jamais alors enfermée dans des controverses technocratiques, parce que Monnet, Schuman, Adenauer, Spaak, de Gasperi ont su faire rêver leurs concitoyens, et que l'opposition acharnée de de Gaulle, des communistes et de bien d'autres a contribué à les convaincre de l'importance de l'enjeu. (Le Monde, 18.7.2000)



Dieser Bezug auf eine gemeinsame Geschichte ist der mit Abstand am häufigsten bemühte historische Vergleich. Das ist insofern verwunderlich, als die Geschichte der europäischen Integration eine ausgesprochen bürokratische ist - eine Abfolge von Verträgen und Verhandlungen, deren Hauptakteure recht unspektakulär vom Schreibtisch aus a-

gierende Politiker und Verwaltungsbeamte waren. Sie eignet sich zumindest nicht zum Erzählen von Heldengeschichten, von Siegen und Niederlagen, von Kämpfen und spektakulären Wendungen. Das dennoch ein „Erbe der Gründerväter“ beschworen wird, zeugt von dem Versuch, einen Gründungsmythos der Gemeinschaft zu konstruieren, so schwierig das auch sein mag. Diese Versuche sind erwartungsgemäß in Frankreich am stärksten ausgeprägt, am wenigsten in Großbritannien. Dennoch bewegt sie sich in einer Bandbreite von etwa 30 bis 45 Prozent und ist sich somit recht ähnlich.

Trennende Bezüge sind wiederum in Großbritannien am weitesten verbreitet:

No, British soldiers are not going to have to march to the Marseillaise or Deutschland Uber Alles. A European army has become the latest sceptic bogey: a step towards a European superstate. (The Times, 15.11.2000)

Auch der Bezug auf die Nazi-Zeit und den zweiten Weltkrieg findet sich vor allem in Großbritannien, zum Teil in sehr harscher Form. Diese Bezüge erschienen jedoch

fast ausnahmslos in der *Times*, und hier vor allem in Leserbriefen. Texte wie der folgende sind ganz offensichtlich an eine britische Öffentlichkeit gerichtet, mögliche Reaktionen aus anderen Öffentlichkeiten werden nicht berücksichtigt:

In July 1945, a few weeks after the defeat of Nazi Germany, Winston Churchill met the leaders of the other allied powers in Potsdam, near Berlin, to carve the ruined country into four zones of occupation. More than half a century later Gerhard Schröder, chancellor of a newly resurgent Germany, has chosen a country house in the same city to set out his vision of 21st-century Europe to Tony Blair. (The Times, 25.6.2000)

Rückbezüge auf Zweiten Weltkrieg und Nazi-Zeit finden sich allerdings auch in Deutschland, wo die Texte aber einen anderen Charakter haben: Sie dienen nicht zur Abgrenzung, sondern thematisieren die eigene Geschichte als fast schon traditionellen Teil der Suche einer „Täternation“ nach Identität.

Geschichtliche Bezüge, die das Verbindende in den Mittelpunkt stellen, finden sich am häufigsten in Frankreich. Negative oder trennende Bezüge nutzen nur etwa 20 Prozent der Berichte. Das Verbindende und der Versuch der Konstruktion einer gemeinsamen Geschichte sind hier am stärksten. Auch die Integration der EU-Geschichte in die eigene nationale Geschichte ist hier am stärksten ausgeprägt, während sie in Großbritannien nicht ein einziges Mal auftaucht. Die nationale Geschichte wird dort offensichtlich deutlich von der Geschichte der europäischen Integration abgetrennt, ein Zusammenhang wird nicht hergestellt.

Es war kein Zufall, dass Chirac wiederholt dazu aufrief, den Geist der europäischen Gründerväter wieder zu entdecken, und sich an de Gaulles Staatsbesuch in Deutschland 1963 erinnerte. "Unsere Annäherung und danach unsere Union - die zu den herausragenden Ereignissen in der ganzen Geschichte zählen - haben wir in die Wege geleitet, um gemeinsam handeln zu können", sagte de Gaulle damals. (SZ, 28.6.2000)

Insgesamt gleichen sich Deutschland und Großbritannien am meisten – dies sollte jedoch nicht über den grundsätzlich unterschiedlichen Charakter der Bezüge in den beiden Ländern hinwegtäuschen. Bemerkenswert bleibt der hohe Anteil der Versuche, eine gemeinsame Geschichte der europäischen Integration zu konstruieren.

In die andere Richtung der Zeitachse weisen Berichte, die Prognosen für die weitere Entwicklung der EU in der **Zukunft** abgeben. Drei Rahmungen konnten hier unterschieden werden: Das Thema einer „Neugründung“ der Union, eines neuen Anfangs und der grundsätzlichen Umkehr. Ein neuer Anfang soll gemacht werden, um die Probleme hinter sich zu lassen und in Richtung einer helleren Zukunft zu marschieren. Dieser Frame verweist auf verwendete Rahmungen wie das Vorantreiben der Integration aus Überzeugung und idealistischem Tatendrang. Zweitens wird auf die Globalisierung als Symbol einer neuen Ära verwiesen, die ein grundsätzliches Umdenken nötig macht. Im „21. Jahrhundert“ sind andere Lösungen von Nöten als in der „alten Zeit“. Hier wird vor allem pragmatisch argumentiert: Wirtschaftliche Zwänge machen Veränderungen nötig. Eine neue Ära als Weggabelung der Geschichte.

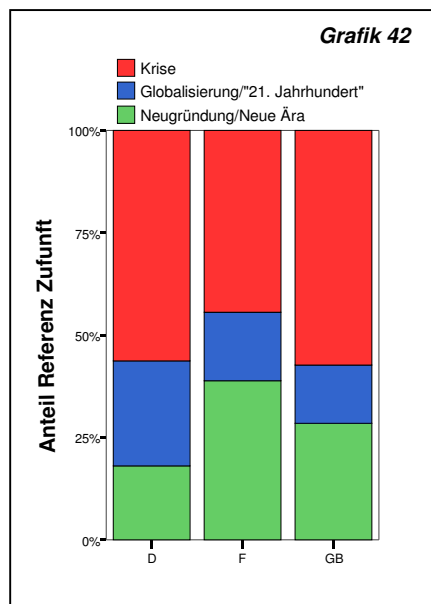
Schließlich sagen eine dritte Art von Berichten eine große Krise in der Zukunft voraus, falls die Zeichen der Zeit nicht erkannt und Veränderungen rechtzeitig auf den Weg gebracht werden.²⁷ Das Thema „Neugründung“ wird am häufigsten in Frankreich verwendet. Wiederum zeigt sich hier die universalistische Dynamik des französischen Diskurses:

Une nouvelle génération d'Européens doit se lever. (Le Figaro, 10.12.2000)

Après s'ouvrira une période que je qualifierais de "grande transition", au terme de laquelle il faudra que l'Union soit stabilisée dans ses frontières et dans ses institutions. (Le Monde, 28.6.2000)

L'EUROPE a besoin d'une révolution copernicienne. (Le Monde, 27.6.2000)

Was immer mit „Neugründung“ gemeint sein mag – die fast schon religiöse Wortwahl spricht für eine Dramatik, die deutlich macht, dass der Debatte eine besondere Bedeutung beigemessen wird. Dass in Großbritannien über ein Viertel, in Frankreich



etwa 40 Prozent der Berichte dieses Symbol als Referenzpunkt der Debatte benutzen, ist bemerkenswert. Es ist plausibel anzunehmen, dass dieser Frame nicht völlig unabhängig von einander in den unterschiedlichen nationalen Öffentlichkeiten entstanden ist. Solche grundsätzlichen Rahmungen müssen auf gegenseitiger Beeinflussung der Diskurse oder zumindest einem atmosphärischen Austausch beruhen – eine andere Erklärung wäre zumindest erstaunlich.

Am schwächsten ausgeprägt ist der optimistische Frame einer „neuen Ära“ in Deutschland, wo im Gegenzug pragmatisch-wirtschaftlich argumentiert wird und die Zwänge der Globalisierung im Mittelpunkt stehen.²⁸ Hier bilden wie in Großbritannien solche Frames die deutliche Mehrheit, die von einer Krise sprechen und eine nicht näher definierte Katastrophe prognostizieren für den Fall, dass die Zeichen der Zeit nicht erkannt und Reformen verschleppt werden.

Dennoch beschreibt die Rede, beschreiben die Reaktionen darauf, dass Europa auf eine Krise zutreibt. (FAZ, 8.6.)

Europa ist in Gefahr, Europa steuert auf eine Krise zu, weil die Legitimität verloren geht. (SZ, 2.9.2000)

On peut diverger sur le diagnostic et les solutions, on ne peut pas ne pas être d'accord sur l'impérative nécessité de repenser, de fond en comble,

²⁷ Der Krisenbegriff ist vor allem von Reinhard Koselleck (1952) ausführlich untersucht worden und kann hier nicht näher thematisiert werden.

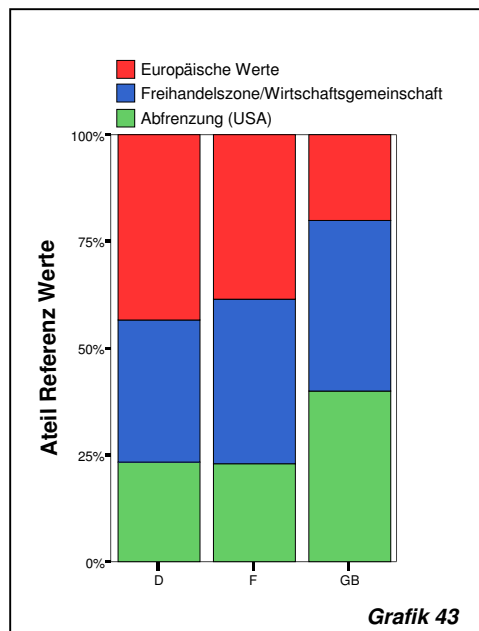
²⁸ Es steht außer Frage, dass solche Rahmungen („Krise“, „Globalisierung“) vor allem symbolischer Natur sind. Eine Interpretation wäre hier jedoch Spekulation oder würde den Rahmen der Untersuchung sprengen.

le projet européen lui-même. La grave crise actuelle est socio-économique, politique et identitaire. (25.5.2000)

A draft constitution could be produced between now and 2005, just before we welcome new member states. Indeed it is absolutely essential, for without structural changes, the European Union, which is already in trouble, would be quite unable to cope with the arrival of new countries. (The Guardian, 11.10.2000)

Auch in Frankreich sind Krisen-Szenarien unter den Zukunfts-Frames am häufigsten vertreten. Die Beschwörung des bevorstehenden Unterganges, hellseherische Warnungen vor der nahen Apokalypse weisen auf ein grundsätzliches Problem des übernationalen europäischen Diskurses hin: Zur Begründung von Reformen sind drastischste Argumente vonnöten. Die Beschwörung einer Krise ist der Ersatz für eine Substanz von belastungsfähigen Gemeinsamkeiten – der Mangel an kollektiver Identität wird durch hastiges Voraneilen übertüncht. Der drohende Untergang ist das letzte Argument für einen nicht eindeutig positiv begründbaren Prozess.

Eine dritte Gruppe von Berichten benutzt **gemeinsame Werte** als Referenzpunkte



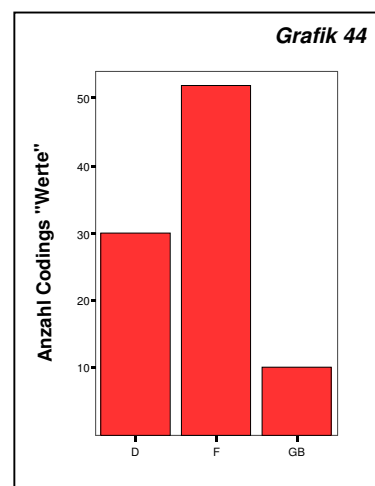
der Argumentation. Ein Frame stellt geteilte, spezifisch europäische Werte in den Mittelpunkt, zwei weitere grenzen sich einerseits gegen die Idee des „entfesselten Kapitalismus“, auf der anderen Seite gegen die USA ab.

Die Abgrenzung von den USA stellt überraschenderweise in Großbritannien den häufigsten Frame dar (Grafik 43). Dieser Befund muss jedoch dahingehend stark relativiert werden, dass sich hier insgesamt nur sehr wenige Texte mit dem Thema „Werte“ befassen, sodass die Analyse von Häufigkeitsverteilungen in diesem Fall sinnlos ist (Grafik 44).

Anders in Deutschland und (besonders stark) in Frankreich, die sich in der Verteilung der Frames sehr ähnlich sind. Gemeinsame Werte machen rund 40 Prozent der Rahmungen aus, die Frage, ob Europa eine Werte- oder nur eine Wirtschaftsgemeinschaft ist, rund 30 Prozent.

Ceux qui définissent l'Europe comme une zone de libre-échange, éclairée par la religion des droits de l'homme, acceptent l'impuissance sans comprendre qu'elle mène à un individualisme sans limite. (Le Figaro, 24.5.2000)

Nur wenn neben dem großen Wirtschaftsraum auch ein gemeinsamer politischer Raum ent-



steht, kann Europa die inneren und äußeren Herausforderungen bewältigen. (SZ, 26.5.2000)

Nur rund ein Viertel der entsprechenden Texte befassen sich mit der Abgrenzung von den Vereinigten Staaten, hier vor allem unter Rückbezug auf das „europäische Sozialmodell“.

Nicht nur in Abgrenzung gegenüber totalitären Systemen, sondern auch gegenüber den Vereinigten Staaten; etwa durch das Verbot der Todesstrafe oder die Aufnahme sozialer Rechte, die unter dem Leitgedanken der Solidarität die sozialen Errungenschaften Europas widerspiegeln. (6.12.2000)

Il n'en est aucune qui ne doive inclure a la fois l'Allemagne et la France, si du moins nous voulons faire de l'Europe un contrepoids a l'hyperpuissance américaine. (Le Figaro, 9.11.2000)

In Großbritannien spielen entsprechende Äußerungen als Reaktion auf die Rede Tony Blairs in Warschau eine Rolle, der die EU als „Supermacht, aber nicht Superstaat“ bezeichnet hatte. Diese Rahmungen bleiben insgesamt gesehen jedoch moderat und tauchen oft nur als Nebengedanken auf. Sie sind in keinem der Länder ein wichtiges Element dieser Debatte.

3.5 Ergebnisse

Die zusammengetragenen Ergebnisse sollen nun abschließend zusammengefasst, verarbeitet und in 19 Thesen veranschaulicht werden. Schließlich sollen die Hypothesen überprüft und bewertet werden.

3.5.1 19 Thesen

Zunächst ist festzustellen, dass das allgemeine Interesse an der Fischer-Debatte in Deutschland und Frankreich am größten war. Konservative Blätter berichten häufiger als links-liberale. Die Artikel wurden meist von den Journalisten der Zeitung verfasst, in der sie erschienen. Agenturmeldungen waren in der Debatte unwichtig, sie tauchten fast nie auf – diese ungewöhnliche Tatsache weist auf die besondere Bedeutung hin, die der Debatte in allen Zeitungen beigemessen wurde. Meist wurde das Thema als Teil der innenpolitischen Debatte behandelt. Im Auslandsteil erschienen jeweils weniger Artikel - mit Ausnahme Großbritanniens. Hier war die Debatte ein Thema, das der internationalen Politik zugeordnet wurde. In Großbritannien ist das Interesse an Meinungen und Reaktionen anderer Staaten auch weniger ausgeprägt als in den anderen untersuchten Ländern. In einzelnen Zeitungen löste die Diskussion regelrechte Leserbrief-Kriege aus. Offenbar reflektierte die Berichterstattung daher auch ein außerhalb der Medien kontrovers diskutiertes Thema.

These 1: Die Debatte um eine europäische Verfassung wurde in den untersuchten Ländern als besonders wichtige Diskussion repräsentiert, die nicht nur außenpolitische Relevanz hatte, sondern vor allem für die Innenpolitik wichtig war. Die Berichte reflektierten eine gesellschaftliche Diskussion auch außerhalb der Medien. Es herrscht eine gewisse Ambivalenz der Resonanzebenen: In europäischen Fragen wird nicht klar zwischen innen und außen unterschieden. Eine entweder europäische – oder nationale Öffentlichkeit kann es daher nicht geben.

In Frankreich und Deutschland sind in den untersuchten Texten eindeutige nationale Diskurse festzustellen. Unabhängig von politischer Richtung und Zeitung wurde einheitlicher diskutiert als verglichen mit ausländischen Zeitungen. Dieser Befund gilt (aufgrund der spezifischen Zeitungskultur) in Großbritannien nur eingeschränkt. Rechts-links-Unterschiede spielen in der Bewertung keine Rolle, lediglich in der Häufigkeit der Berichte: konservative Medien berichten häufiger.

These 2: Die politische Richtung der berichtenden Zeitung hatte keinen nennenswerten Einfluss auf die Berichterstattung. Die erhobenen Daten sind jedoch dazu geeignet, nationale Diskurse zu beschreiben: Zeitungen der selben Länder gleichen sich in Intensität und Themenauswahl.

Nationale Akteure sind in allen Ländern auch in dieser Debatte am wichtigsten. In Deutschland sind die eigenen Akteure jedoch fast genauso wichtig wie französische und vice versa. In diesen beiden Ländern dominieren inländische Akteure nicht eindeutig die Debatte. EU-Akteure stellen stets die zweit- bzw. dritt wichtigste Akteursgruppe. Akteure werden, wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung, ähnlich wichtig eingestuft, unabhängig von ihrer Nationalität. Ausschläge sind im eigenen Land naturgemäß intensiver, aber trotzdem sehr gleichmäßig. Es gibt also in allen Ländern eine ähnliche Wahrnehmung der Wichtigkeit der Akteure.

Andere Staaten der EU sind jedoch so gut wie nicht vertreten, auch Großbritannien hat eine sehr eingeschränkte Bedeutung. Die Debatte ist vor allem ein deutsch-französischer Dialog. Ein direkter Bezug auf andere öffentliche Meinungen, ein offener Austausch von Argumenten oder eine Koordination von Berichterstattung lässt sich aus dem untersuchten Material nicht herleiten.

These 3: Erwartungsgemäß sind nationale Akteure nach wie vor die am häufigsten vorkommenden Personen, jedoch in sehr knappem Abstand zu ausländischen. Besonders EU-Akteure spielen überall eine wichtige Rolle. Diese Tatsachen weisen darauf hin, dass es sich um eine übernationale Debatte handelt, nicht um die nationale Reflexion internationaler Ereignisse. Es kann jedoch nicht von einer europäischen Debatte die Rede sein: deutsche und französische Akteure dominieren, andere kommen kaum vor. Eine direkte Interaktion der Öffentlichkeiten lässt sich nicht nachweisen.

Dennoch ist vor allem die Intensität der Debatte weit höher als bei normalen Ereignissen der internationalen Beziehungen. Der Anteil erwarteter Reaktionen ist in Frankreich und Deutschland doppelt so hoch wie in Großbritannien – in diesen beiden Ländern ist man sich des internationalen Charakters der Debatte bewusst. Ein Hauptmerkmal der Debatte ist das Bemühen, Begriffe zu erklären, Tabus zu brechen und zu vermitteln. Kulturelle Verständigung wird in allen Öffentlichkeiten oft betrieben; z.B. anhand der Begriffe „Föderalismus“ oder „Verfassung“. Es entstehen Kompromissbegriffe („Subsidiarität“), andere setzen sich nicht überall durch („Finalität“).

These 4: Auffallend ist das Bemühen, Reaktionen anderer Öffentlichkeiten zu rationalisieren, zu erklären und Verständigung zu ermöglichen. Hier werden die Voraussetzungen eines rationalen Diskurses geschaffen. Das gilt vor allem für Frankreich und Deutschland, Großbritannien ist gegenüber Reaktionen aus anderen Öffentlichkeiten gleichgültiger.

Dabei sind unterschiedliche Begriffe umstritten: In Frankreich und Großbritannien ist der Kernbegriff „Föderalismus“, in Deutschland ist es der Gegensatz zwischen

„Bundesstaat“ oder „Staatenbund“. Die grundsätzliche Haltung der Öffentlichkeit spiegelt sich in den am häufigsten benutzten Begriffen wieder: In Großbritannien „Veto“, „Skeptik“ und „Superstaat“ – die EU wird als Bedrohung wahrgenommen, grundsätzliches Misstrauen ist angebracht. Europafreundliches bleibt die berichtenswerte und zu rechtfertigende Ausnahme. In Deutschland sind die wichtigsten Begriffe „Vision“, „Transparenz“, „Souveränität“ – die EU gilt unhinterfragbar als die Zukunft, darum ist pragmatische Kritik an der Effizienz und Transparenz der Institutionen zulässig. Die Sorge um Kompetenzabgrenzung reflektiert die spezifisch deutsche Tradition des Föderalismus. In Frankreich dagegen stellt Föderalismus ein völlig anderes Konzept dar als die Staatstradition des Zentralismus. Der Begriff ist grundsätzlich verdächtig als Idee der Konterrevolution. Hier herrscht Pragmatismus vor – konkrete Integration ist aus Vernunft notwendig, nicht aus Leidenschaft.

These 5: Die nationalen (Staats-)Traditionen spielen die wichtigste Rolle bei der Rahmung der Debatte. Eine einheitlich europäische Interpretation entwickelt sich nicht. Dennoch weist das Bemühen um Verständigung darauf hin, dass die unterschiedlichen Traditionen wahrgenommen, respektiert und erläutert werden, um einen Konsens zu ermöglichen.

Der Kampf von „Souveränisten“ bzw. „Euroskeptikern“ und „Föderalisten“ bzw. „Europahilfen“ findet innerhalb der nationalen Öffentlichkeiten statt, um die Position des eigenen Landes zu bestimmen. Es ist noch keine europäische Auseinandersetzung zwischen unterschiedlichen Lagern. Ausländische Akteure dienen in der Debatte als „das Andere“, von dem es sich abzugrenzen gilt. Das Niveau dieser Debatte ist eindeutig der Nationalstaat. In Deutschland ist sie nicht existent – so einig sich Briten in der Ablehnung der EU sind, sind es die Deutschen in der Zustimmung.

Auch Sachfragen, also mehr oder weniger technische Details wie die Diskussionen um eine Kerneuropa, eine gemeinsame Außenpolitik und Kompetenzabgrenzung laufen parallel und haben nahezu den gleichen Anteil in allen Ländern. Solche Sachfragen machen aber nur ein Fünftel der Diskussion aus.

These 6: Eine Aufspaltung in übernationale Lager oder Parteien ist nicht zu beobachten, auch wenn die grundsätzlichen Konflikte (mit Ausnahme Deutschlands) parallel verlaufen und kompatibel wären. Auch die Struktur der Sachdiskussion ist in allen Ländern frappierend ähnlich und damit sehr gut geeignet, eine übernationale Diskussion auszulösen. Es fehlt aber offensichtlich eine gemeinsame öffentliche Arena.

Das Problem des Fehlens einer europäischen Öffentlichkeit und einer breiten öffentlichen Debatte über Europa dominiert als wichtigstes Thema die Debatte in Deutschland und ist auch in den anderen Ländern sehr wichtig. Die Debatte über

die Debatte ist also die wichtigste Gemeinsamkeit der nationalen Diskurse. Nur die Grundstimmung ist unterschiedlich: In Deutschland und Frankreich zeigt man sich begeistert über die entstandene Diskussion, in Großbritannien bleiben die Reaktionen skeptisch. Es erscheinen in allen Ländern viele Zusammenfassungen der Beiträge als europaweite Debatte.

These 7: Die Debatte wird in allen Ländern als europaweite Debatte wahrgenommen, zusammengefasst und beschrieben. Es existiert das Bewusstsein, an einer grenzüberschreitenden Debatte teilzunehmen, die über übliche politische Diskussionen hinausgeht. Die ungewöhnliche Tatsache, dass das Thema einer übernationalen Diskussion am wichtigsten empfunden wird, deutet auf tieferliegende Strukturen: Es ist die Beschwörung einer kollektiven Aufwallung, eines demokratischen Aktes durch ein europäisches Volk. Ein *demos* wird herbeigeschrieben. Zwar ist die Wahrnehmung europäisch, die Diskurse offenbar noch nicht – eine wichtige Voraussetzung der Entstehung einer Öffentlichkeit ist aber gegeben: Die Konstruktion von Gemeinsamkeit.

Aber ist eine Angleichung der Debatten feststellbar, entsteht ein Konsens? Die Debatte war für die Redaktionen aller Zeitungen gut vor auszuplanen, da sie hauptsächlich aus vorher angekündigten Reden bestand. Wenig überraschend ist daher eine länderübergreifend einheitliche Struktur der Debatte. Handelt es sich bei dieser einheitlichen Struktur jedoch nur um Berichte über Ereignisse, aber um keine Debatte?²⁹ Nein, denn auch die ereignisunabhängigen Rahmungen verlaufen gleich (z.B. das Thema „europäische Öffentlichkeit“) bzw. gleichen sich an („Föderalismus“). Manche Begriffe schwappen sogar mit der Zeit in andere Öffentlichkeiten über („Superstate“). Dabei ist eine Besonderheit zu beobachten: Öffentlichkeiten scheinen in „Dialog“ zu treten, es findet oft ein Austausch zwischen jeweils nur zwei Teilnehmern statt. Nicht nur der Einsatz von wichtigen Rahmungen, sondern auch ein ähnlicher Gebrauch von Referenzpunkten weist darauf hin, dass eine Debatte über die gleichzeitige Diskussion von Ereignissen hinaus geht. Beeinflussungen zwischen Öffentlichkeiten sind zu beobachten (Geschichte), wenn teilweise auch wiederum nur zwischen zwei Öffentlichkeiten (Werte). Die Ergebnisse sind dennoch nach einer Weile sehr ähnlich.

These 8: Eindeutig ist die Debatte nicht nur eine Diskussion über die gleichen Ereignisse, sondern die Rahmungen und Themen der Debatte ähneln sich, oder gleichen sich an. Das Fehlen einer einheitlichen Medienarena führt zu einer merkwürdigen Struktur: Es gibt keinen eindeutigen europäischen Diskurs, sondern nur Abfolgen von Zwiegesprächen, die über Umwege aber Spu-

²⁹ Gamson (1988, 240/241) spricht von einer „issue culture“, die wichtiger sein kann als nationale kulturelle Unterschiede.

ren in allen Öffentlichkeiten hinterlassen, so dass am Ende eine allgemeine Annäherung steht. Die Vorstellung einer einheitlichen europäischen Öffentlichkeit nach Vorbild der nationalen Öffentlichkeiten ist daher zu einfach, differenziertere Formen von Austausch und Verständigung existieren.

Die Entstehung von Identität lässt sich nicht direkt beobachten (sofern das überhaupt möglich sein sollte). „Identität“ ist nur als nationales Thema relevant, wenn auch im klaren Zusammenhang mit dem Fortschreiten der Debatte. Bei entsprechenden Hinweisen handelt es sich in allen untersuchten Ländern um eine internationale Debatte über nationale Identität in bezug auf Europa. Es entsteht kein starker übernationaler Diskurs, sondern die eigene Position wird erläutert, rationalisiert und hinterfragt.

These 9: Die explizite Konstruktion einer europäischen Identität ist oberflächlich nicht zu beobachten. Die Diskussionen um Identität bleiben auf der nationalen Ebene. Europäische Identität bleibt ein Projekt der Zukunft, etwas, das noch nicht existiert und folglich auch nicht modifiziert, hinterfragt oder erneuert werden kann.

Die Debatte trägt in allen Ländern eindeutig zur Klärung der eigenen Position bei. Am Ende des Untersuchungszeitraumes ist Unentschlossenheit kaum noch vorhanden. Auch bei konkreten Sachthemen wie der Frage nach einer europäischen Verfassung schwindet die Unentschlossenheit immer weiter. Dabei entsteht jedoch keineswegs ein Konsens, sondern es findet eine Klärung der eigenen Position innerhalb der nationalen Diskurse statt. Alle Argumente sind irgendwann hinreichend dargelegt, so dass keine Unklarheit über Positionen mehr herrschen kann. Das geschieht jedoch ohne direkte Beeinflussung durch Zeitungen aus anderen Ländern.

These 10: Positionen und Rahmungen klären sich innerhalb von nationalen Öffentlichkeiten, nicht untereinander. Kultur ist dabei wichtiger als Argumente. Es entsteht kein europäischer Konsens, sondern ein nationaler. Dem Anspruch an einen Diskurs, durch ihn zu einem Konsens zu gelangen, wird nicht entsprochen. Wenn ein Diskurs jedoch nur eine Diskussion über die gleichen Themen mit gegenseitiger Beeinflussung sein soll, so hat in diesem Fall eindeutig ein Diskurs vorgelegen: Ein Austausch hat stattgefunden, Positionen wurden geklärt.

Sind sich die nationalen Diskurse einander auch symbolisch ähnlich? Die symbolische Repräsentation Europas ist zunächst sehr unterschiedlich: In Großbritannien dominieren negative Frames die Debatte, vor allem Bedrohung, Krieg und Vergangenheitsbezüge. In Deutschland und Frankreich repräsentieren sie nicht mal ein Fünftel der Rahmungen. Nur zwanzig Prozent der Berichte in britischen Zeitungen

sind positiver Natur. Grundsätzliche Kritik überwiegt über pragmatische, sachliche Kritik. Das wichtigste Thema ist die Auseinandersetzung über die *Natur* Europas – was ist Europa für uns und für die anderen?

These 11: Die wichtigste Unterscheidung der Debatte zwischen Frankreich und Deutschland auf der einen, Großbritannien auf der anderen Seite ist die grundsätzliche Tendenz der Rahmungen. Während sie in Kontinentaleuropa vor allem positiv sind, sind sie auf der Insel mehrheitlich negativ.

Das wird deutlich bei den Beschreibungen des Themas „Integration“: In Deutschland ist pragmatische Kritik am stärksten vertreten. Die Verfahren und Institutionen der EU werden als überbürokratisiert, zu wenig transparent und undemokratisch kritisiert. Dennoch benutzen 40 Prozent der Berichte positive Frames. In Frankreich bilden positive Rahmungen sogar die Mehrheit, pragmatische Kritik ist weniger ausgeprägt. Im Gegenzug ist dafür die visionäre, leidenschaftliche Zustimmung zu Europa größer. Diese Zustimmung herrscht jedoch vor allem an der Oberfläche: Europa als Ideal und Ziel wird leidenschaftlich, prinzipiell begründet, bei der Zustimmung zu konkreten Integrationsschritten ist die Argumentation dagegen eher pragmatisch und nüchtern. In Deutschland herrscht ein gemischtes Bild ohne eindeutige Positionierung vor. Die Berichte benutzen eine moderatere Argumentation als in Frankreich, aber grundsätzlich haben diese beiden Öffentlichkeiten eine ähnliche Struktur. In Großbritannien gibt es in der gesamten Debatte keine einzige Äußerung, die für konkrete Integration aus prinzipiellen oder idealistischen Gründen plädiert. Drei Viertel der Beiträge befürworten sogar eine Rückverlagerung der Kompetenzen – eine für die Zukunft der Integration besorgniserregende Struktur der Debatte. Nur 25 Prozent der Autoren können der Integration pragmatisch-positive Aspekte abgewinnen. Auch in Deutschland und Frankreich ist der Anteil der Beiträge, die für eine Rückverlagerung von Kompetenzen plädieren, erstaunlich hoch: jeweils über 40 Prozent.

These 12: Auch auf symbolischer Ebene zeigt sich die unterschiedliche Tendenz der Debatten in Großbritannien und in Kontinentaleuropa: hier eindeutig und geradezu alarmierend skeptisch, dort grundsätzlich positiv, in Deutschland etwas eingeschränkter und pragmatischer als in Frankreich. Das Thema einer Rückverlagerung von Kompetenzen auf die nationale Ebene ist in allen Ländern erstaunlich hoch, jedenfalls höher als die politische Debatte vermuten ließe, in der eine Renationalisierung tabuisiert wird.

Ähnlich deutlich sind die Rahmungen des Themas „europäische Identität“: In Großbritannien grenzt sich eine deutliche Mehrheit strikt von der Idee einer solchen Identität ab. Nur zehn Prozent argumentieren anders. Hier zeigt sich, dass die Abgren-

zung von Europa ein Wesenselement der britischen Identität ist und auch in dieser Debatte nicht abgeschwächt wird.

In Frankreich ist die Lage genau umgekehrt: knapp die Hälfte der Texte definiert Identität europäisch, unter fünf Prozent grenzt sich vollständig ab. Für Frankreich ist Europa die Erweiterung eines universalistischen Sendungsbewusstseins, bei dem das Konzept des *exceptionnalisme* auf ganz Europa übertragen wird. Das französische Konzept des Staates wird nach Europa verlängert und ermöglicht so eine Weiterführung der französischen Identität in Europa (McMillan 1997). Es besteht daher kaum die Notwendigkeit von Abgrenzung.

Erstaunlich hoch ist in Deutschland der Anteil von national definierter Identität: 30 Prozent der Texte definiert Identität primär national. Von einer „Flucht nach Europa“ oder einer „Verleugnung der Nation“ kann also nicht die Rede sein. Es fällt vor allem die differenziertere Darstellung von Identität auf: nationale und europäische Identität schließen sich in Deutschland nicht aus – anders als in Großbritannien. Hier wird die nationale Kulturtradition deutlich: Deutschland war schon immer ein Mehrebenenkonstrukt, geschichtete Zugehörigkeiten sind der Normalfall. Europa ist die natürliche Erweiterung des Staates auf die übernationale Ebene. Das Staatskonzept ist in Deutschland ein geschichtetes, bei der jede Staats-Funktion nach dem Subsidiaritätsprinzip an der „richtigen“ politisch-technischen Stelle verankert werden soll. Die europäische Integration bedeutet dabei lediglich eine Erweiterung der inneren föderalen Struktur – eine weitere Ebene wird eingefügt.

These 13: Die symbolischen Rahmungen des Themas „europäische Identität“ reflektieren das jeweilige kulturelle Erbe: In Großbritannien ist die Abgrenzung vom Kontinent ein wichtiger Bestandteil der Identität, in Frankreich wird der missionarisch-universalistische Identitäts-Charakter auf Europa übertragen und in Deutschland ist Europa als Erweiterung einer traditionell geschichteten Identitätsstruktur leicht zu integrieren. Es dominieren also weiterhin die nationalen Rahmungen. Eine Annäherung oder Ansätze einer gemeinsamen Konstruktion sind nicht auszumachen. Alle reden über das selbe Thema, aber sie verstehen sich nicht – hier findet sich ein besonders deutliches Beispiel für dieses Modell.

Das zweitwichtigste Thema ist die Frage einer europäischen Verfassung. Die Debatte dreht sich hier zum ersten Mal um eine Sachfrage: braucht die EU eine Verfassung oder nicht? Die Verfassungsidee trifft in Deutschland und Frankreich auf frappierend ähnliche Reaktionen: Jeweils etwa 75 Prozent Zustimmung, 20 Prozent Skeptik und nur etwa 5 Prozent strikte Ablehnung. In Frankreich fällt die Zustimmung noch etwas leidenschaftlicher aus: Zustimmung aus Passion überwiegt den

Pragmatismus, genau umgekehrt in Deutschland. Dagegen rahmen in Großbritannien nur gut 50 Prozent der Beiträge die Idee einer europäischen Verfassung positiv, davon 45 Prozent aus pragmatischen Gründen. Von 40 Prozent wird eine europäische Verfassung als Bedrohung empfunden. Dennoch ist die Reaktion in Großbritannien positiver als auf Grund der anderen Ergebnisse anzunehmen wäre – die Ablehnung ist nicht so strikt wie in anderen Fragen. Hier wirkt sich die britische Verfassungstradition aus: Die Macht des Königs wird durch verfassungsähnliche Verträge beschnitten und dadurch mehr Demokratie ermöglicht.

These 14: In der wichtigsten Sachfrage der Diskussion, der Schaffung einer europäischen Verfassung, sind die Reaktionen in Deutschland und Frankreich nahezu deckungsgleich. Unabhängig von unterschiedlichen Traditionen haben sich diese beiden Öffentlichkeiten auf eine gemeinsame Position festgelegt, die nicht nur zufällig gleich ausfällt – die beiden Öffentlichkeiten haben sich gegenseitig beeinflusst. Zwar ist die britische Reaktion weitaus reservierter, trotzdem aber positiver, als zu erwarten gewesen wäre. Auch unter der Annahme, dass vor allem nationale Traditionen verantwortlich sein könnten, ist die gleichzeitige Zustimmung aller drei Öffentlichkeiten zu einer wichtigen Sachfrage eine ungewöhnliche Beobachtung. Sie deutet auf einen übernationalen Prozess der Abstimmung von Meinungen hin.

Historische Bezüge sind in der gesamten Debatte weit verbreitet. Dies deutet darauf hin, dass es sich um einen Identitäts-Diskurs handelt: Eine gemeinsame Geschichte mit Helden, Siegen und Niederlagen wird konstruiert.

In Großbritannien wird jedoch vor allem auf das Trennende verwiesen und an die Nazi-Zeit erinnert. Hier wird die nationale Identität unter Abgrenzung von Europa gefestigt. Dennoch findet sich auch hier – wenn auch mit etwa 30 Prozent in weniger großem Ausmaß – das Thema EU-Geschichte/Gründerväter. Hier wird die EU offensichtlich doch als Gemeinschaft mit eigenen verbindenden Traditionen definiert. Auch die deutsche Öffentlichkeit beschäftigt sich mit der Nazi-Zeit – gemessen an der sonst üblichen Bedeutung des Themas in Deutschland scheint es aber nicht besonders ausgeprägt. Entsprechende Rahmungen finden sich sogar weniger als in Großbritannien. Am verbindlichsten sind die historischen Bezüge in Frankreich: Nur gut 20 Prozent der Texte stellen Trennendes in den Mittelpunkt. Fast die Hälfte der geschichtlichen Bezüge konstruieren eine EU-Tradition. Oft wird die französische nationale Geschichte mit der EU verbunden, was in Großbritannien nicht ein einziges Mal auftaucht.

These 15: Insgesamt gesehen prägt die Debatte ein besonders hoher Anteil von Versuchen, eine gemeinsame Geschichte zu konstruieren. Gemeinsam-

keit steht im Mittelpunkt. Dies gilt auch für den Sonderfall Großbritannien, wo eine weniger starke Ausprägung der Ablehnung als Zeichen für Verbindlichkeit gewertet werden muss. Trotz aller Schwierigkeiten wird die Geschichte der EU mythologisiert und die Gründerväter der Integration werden zu Helden stilisiert. Die Konstruktion einer gemeinsamen Herkunft aller Europäer ist eindeutig nachzuweisen.

In die Zukunft verweisende Frames werden ebenfalls häufig verwendet, wenn auch weniger oft als die historischen Bezüge. Hier dominiert in allen Ländern die Ankündigung einer Krise, der es entgegenzuwirken gilt. Vor allem in Deutschland und Großbritannien dominiert das Thema Krise mit über der Hälfte der Rahmungen. In Frankreich taucht es weniger oft auf, aber auch hier macht es um die 40 Prozent der Zukunfts-Rahmungen aus.

These 16: Die politische Situation wird dramatisiert, um die Bereitschaft für Veränderung zu schaffen. Die Beschwörung einer Gefahr soll substantielle inhaltliche Argumente ersetzen. Die Argumentation folgt dem Muster „wir haben keine andere Wahl, denn wir müssen gemeinsam der Gefahr entgegenwirken“. Die ungewisse Zukunft dient als das gemeinsame abstrakte Andere, das es zunächst abzuwehren gilt, bevor grundsätzliche Probleme gelöst werden können.

In Frankreich und Großbritannien ist das Thema „Neugründung“ am zweitwichtigsten. Ein neuer Anfang soll gemacht werden, um die Korruption und Inkompetenz der alten EU symbolisch zu überwinden. In Deutschland ist dieser Frame dagegen nur halb so wichtig.

These 17: Der Frame einer „Neugründung“ bedient sich einer fast religiösen Dramatik: Die verdorbene Gegenwart soll überwunden oder gereinigt werden und der Aufbruch in eine bessere Zukunft soll endlich beginnen. Es handelt sich hier um die optimistische Wendung des Krisen-Begriffs: Eine Revolution, eine dramatische Wende soll die Probleme der Gegenwart überwinden helfen. Die revolutionären Traditionen und das dynamisch-universalistische Vokabular bewirken in Großbritannien und Frankreich mit, dass diese Rahmungen dort stark vertreten sind.

In Deutschland ist umgekehrt die Idee unvermeidbarer Zwänge der Globalisierung stärker. Im „21. Jahrhundert“ sind andere Mittel nötig als bisher. Die Frames sind hier nicht in gleichem Maße positiv, sondern eher pragmatisch und Nutzen kalkulierend. Argumentation geschieht oft in wirtschaftlichen Zusammenhängen – ein Erbe der Wirtschaftswunder-Identität (Giesen 2003).

These 18: Trotz dieser Unterschiede wird der Charakter der Debatte recht ähnlich wahrgenommen. Grundsätzliche kulturelle Ähnlichkeit wäre eine Erklärung für die ähnliche Bewertung und Rahmung des Themas, wahrscheinlicher ist jedoch ein Austausch über die Grenzen der eigenen Öffentlichkeit hinweg.

„Gemeinsame Werte“ ist der dritte, wenn auch am wenigsten wichtige symbolische Frame. Deutschland und Frankreich sind sich hier wiederum sehr ähnlich: Knapp zur Hälfte werden „europäische Werte“ betont, jeweils ein Viertel grenzt sich von den USA, bzw. von der Idee einer reinen Marktgemeinschaft ab. Anders in Großbritannien: Fast 40 Prozent der entsprechenden Rahmungen betonen die Auseinandersetzung mit Amerika, nur 20 Prozent erwähnen spezifisch europäische Werte.

These 19: Deutschland und Frankreich definieren die EU als „Wertegemeinschaft“. Die Werte-Debatte in diesen beiden Ländern ist erneut frappierend ähnlich. Überraschend ist aber die relativ geringe Bedeutung der Abgrenzung nach außen. Offensichtlich ist die Debatte so grundsätzlich, dass eine Abschottung noch nicht Priorität genießt. Eine Gemeinschaft ist noch nicht so eindeutig konstruiert, als dass sie sich gegen einen gemeinsamen Feind eindeutig abgrenzen ließe.

3.5.2 Die Verfassungsdebatte als europäischer Diskurs

Lässt der Charakter und der Verlauf der Debatte über eine EU-Verfassung auf eine gemeinsame europäische Öffentlichkeit schließen? So lautet die Forschungsfrage dieser Arbeit. Zu ihrer Beantwortung wurden drei Hypothesen formuliert: Die Resonanzebenenhypothese, die Angleichungshypothese und die Symbolismushypothese.

Die **Resonanzebenenhypothese** besagt, dass die Verfassungsdiskussion in den untersuchten Ländern als gesamteuropäische Debatte wahrgenommen wurde. Diese Annahme hat sich in der Analyse als *richtig* herausgestellt. Als wichtigster Hinweis darauf kann (1) die Tatsache angeführt werden, dass die Debatte in allen Öffentlichkeiten explizit als zusammengehörende, übernationale Diskussion dargestellt und zusammengefasst wird. Die Wahrnehmung der Resonanzebene der Debatte ist also eindeutig europäisch. Diese Tatsache selbst – das Stattfinden einer innereuropäischen öffentlichen Diskussion – ist eines der wichtigsten Themen der Debatte überhaupt. Auch sind es (2) nicht nur Ereignisse, die die ähnliche Struktur der Diskussion in den verschiedenen Öffentlichkeiten erklären können, sondern die ereignisunabhängigen Bewertungen, Rahmungen und Themenstränge ähneln sich stark. Es lassen sich (3) konkrete Beeinflussungen der einzelnen Öffentlichkeiten untereinander nachweisen. Schließlich spielen (4) in allen Ländern die selben Akteure

eine Rolle. Besonders die Akteure der EU-Institutionen sind prominent vertreten, die sonst eher selten zu Wort kommen.

Ein Ergebnis der Analyse ist jedoch auch, dass die Frage nach der Resonanzebene einer europäischen Debatte nicht mit einem eindeutigen ja oder nein beantwortet werden kann: Je nach Fragestellung, Ereignisstruktur und handelnden Akteuren schwankt die Einordnung europäischer Themen in eine Resonanzebene. Dies muss als Hinweis darauf gewertet werden, dass die Mitgliedschaft in der EU als Element der nationalen Identität akzeptiert wird - zwischen Innen und Außen wird nicht eindeutig unterschieden.

Einschränkend muss darauf hingewiesen werden, dass es sich bei der Verfassungsdebatte hauptsächlich um einen deutsch-französischen Dialog gehandelt hat. Andere EU-Mitgliedsstaaten einschließlich Großbritanniens hatten als entscheidende Akteure eine geringe Bedeutung. Dennoch ist davon auszugehen, dass die Diskussion auch in anderen EU-Ländern verfolgt, kommentiert und diskutiert worden ist. In dieser Arbeit kann darüber jedoch anhand der untersuchten Daten keine Aussage getroffen werden.

Die **Angleichungshypothese** fragt, ob sich die nationalen Öffentlichkeiten gegenseitig beeinflussen und ob sich Rahmungen, Begriffe und Argumente im Lauf der Diskussion angleichen. Die Hypothese kann *nur teilweise* bejaht werden.

Eine einheitliche europäische Rahmung der wichtigsten Themen der Debatte lässt sich nicht nachweisen. Vielmehr sind für die Entwicklung der Rahmungen vor allem kulturelle Faktoren verantwortlich, die auf der nationalen Ebene zu suchen sind. Die Entwicklung der Rahmungen orientiert sich eher an einem nationalen Konsens, als dass ein übernationaler entstehen würde: im Austausch mit anderen Öffentlichkeiten festigt sich die eigene nationale Position.

Andererseits lässt sich eindeutig nachweisen, dass ein Austausch stattgefunden hat. Nicht nur einzelne Begriffe und Interpretationen setzten sich gesamteuropäisch durch, auch in wichtigen Sachfragen gelangen alle Öffentlichkeiten zu einem ähnlichen Ergebnis – und das als Wirkung von gegenseitigem Austausch von Argumenten und Reaktionen. Bei Sachthemen, die nicht fundamentale identitäre Fragen des nationalen Selbstverständnisses berühren, ist es in erheblichem Ausmaß zu Verständigung und Angleichung gekommen. Besonders in Deutschland und Frankreich sind die Positionen kaum zu unterscheiden, aber auch in Großbritannien bewegt sich der Diskurs in diese Richtung.

Die Antwort auf die Frage, ob eine relevante gegenseitige Beeinflussung der untersuchten Öffentlichkeiten stattgefunden hat, hängt von der zu Grunde liegenden Annahme ab: Ist das Kriterium eines übernationalen Diskurses die Entstehung eines

übernationalen Konsenses, also eines Ergebnisses, das nur noch politisch umgesetzt werden muss, so muss die Antwort negativ ausfallen. Genügt aber als Voraussetzung (wie in dieser Arbeit) der Befund, dass ein Austausch von Argumenten, Meinungen und Interpretationen zu beobachten ist, um von einem relevanten übernationalen Diskurs zu sprechen, so ist die Antwort positiv: Unleugbar haben die untersuchten Öffentlichkeiten in regem Austausch gestanden. Es konnten eindeutig dialogähnliche Austauschprozesse beobachtet werden.

Die Frage aber, ob sich die Verfassungsdebatte qualitativ von anderen Beispielen eines Austausches zwischen nationalen Öffentlichkeiten unterscheidet, kann nur beantwortet werden, indem die elementaren, „tiefer liegenden“ Rahmungen und symbolischen Repräsentationen untersucht werden. Nach diesen fragt die **Symbolismushypothese**. Sind die symbolisch-metaphorischen Rahmungen der Verfassungsdebatte einander so ähnlich, dass sie auf einen längerfristigen Prozess kultureller Annäherung schließen ließen und damit die Voraussetzungen der Konstruktion einer kollektiven Identität schaffen können?

Die Inhaltsanalyse hat ergeben, dass (1) in allen Ländern die Tendenz besteht, die Geschichte der Europäischen Union zu mythologisieren, sich auf gemeinsame „Gründerväter“ zu beziehen und sie in Form von Helden-Sagas zu rahmen. Das gilt auch für Großbritannien, wo eine solche Entwicklung nicht zu erwarten gewesen wäre und auch schwerer festzumachen ist – dennoch existieren auch hier Ansätze zur Mythologisierung. Die Debatte zeichnet sich (2) durch eine Krisensemantik aus, die „alle Europäer“ zum Handeln bewegen soll. Auch wenn diese spezifische Form als fast verzweifelter Versuch der Konstruktion eines gemeinsamen „Anderen“ gewertet werden muss (konkrete Andere, wie etwa die USA, spielen fast keine Rolle), ist es doch der Versuch, eine Gemeinschaft zu konstruieren. Selbst in Großbritannien finden sich Ansätze dieses Frames. In Frankreich und Großbritannien ist (3) die Idee einer „Neugründung“ der EU zu finden, ein religiös-universalistisch gewendeter Gegenbegriff zu „Krise“, der in Deutschland deutlich weniger häufig vorkommt. Hier wird dagegen stärker pragmatisch-ökonomisch argumentiert. Die Union wird (4) als „Wertegemeinschaft“ bezeichnet, um so auf eine EU-spezifische Gemeinsamkeit verweisen zu können. Diese Ähnlichkeiten überwiegen die Unterschiede und weisen (5) auf Austauschprozesse zwischen den Öffentlichkeiten auch auf dieser metaphorisch-symbolischen Ebene hin.

Die Analyse hat ergeben, dass nicht nur in allen Ländern symbolische Rahmungen vorhanden sind, die eine EU-Identität, -Geschichte und -Wertegemeinschaft konstruieren, sondern dass sich diese Frames auch signifikant ähneln. Das gilt beson-

ders deutlich in Deutschland und Frankreich, wo die intensivste Diskussion und so am meisten Austausch stattgefunden hat. Die Hypothese kann bestätigt werden.

Lässt der Charakter und der Verlauf der Debatte über eine EU-Verfassung auf eine gemeinsame europäische Öffentlichkeit schließen? Die Debatte über eine Verfassung für die Europäische Union war eine gesamteuropäische Diskussion, die versuchte, die *Voraussetzungen* für die Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit zu schaffen. Ihrer Intensität und ihrem Charakter nach ging sie weit über andere Austauschprozesse zwischen nationalen Öffentlichkeiten hinaus. Es fanden signifikante gegenseitige Beeinflussungen statt; Rahmungen, Symbole und Metaphern verbreiteten sich über die Öffentlichkeitsgrenzen und es entstanden gemeinsame Konstruktionen von Gemeinschaftlichkeit.

Zwar festigten sich im Lauf der Diskussion nationale Standpunkte, aber der Wille zur Verständigung, zu rationalen, deliberativen Diskursen und kultureller Vermittlung war aber der Kern der Diskussion. Die Debatte glich ihrem Charakter nach mehr einer nationalen Öffentlichkeit, als einer internationalen Debatte zwischen zwei starren Öffentlichkeiten. Die Grenzen der nationalen und der europäischen Debatte verliefen zusehends, eine eindeutige Zurechnung war oft nicht möglich. Es entwickelte sich eine spezifische Form von Öffentlichkeit.

Diese spezifische Form kann man als „europäische Öffentlichkeit“ charakterisieren. Sie wird sich weiter entwickeln und ist daher nur eine sehr frühe Ausprägung eines solchen Konstruktes. Sie befindet sich noch zwischen den Idealtypen. Man wird ihr am ehesten gerecht, wenn man sie als eine *neue Form von Öffentlichkeit* charakterisiert: Mehr als ein Austausch nationaler Öffentlichkeiten, weniger als eine wirklich übernationale Öffentlichkeit. Eine Unterscheidung nach Idealtypen, eine Entweder-Oder-Einteilung, kann es für eine solche Form noch nicht geben.

Die Voraussetzung dieser spezifischen Form von Öffentlichkeit war, dass sich eine öffentliche Debatte über eine wichtige politische Frage entwickeln konnte. Nur unter dieser Voraussetzung war ein demokratischer Diskurs möglich. Weitere Beispiele solcher Debatten und damit eine weitere Evolution der europäischen Öffentlichkeit sind darum nur zu erwarten, wenn sich die Formen europäischer *politics* grundlegend ändern. Sie müssen demokratischer, transparenter und offener werden, um den demokratisierenden, identitäts- und legitimitätsstiftenden Effekt einer demokratischen Öffentlichkeit nutzen zu können.

Schlussfolgerungen

Diese Arbeit hat überprüft, ob die Debatte über eine europäische Verfassung als ein Fall von europäischer Öffentlichkeit betrachtet werden kann. Die computergestützte Inhaltsanalyse von sechs europäischen Tageszeitungen hat zu folgende Ergebnissen geführt:

Die europaweite Debatte über eine Verfassung für die Europäische Union war ein besonders ausgeprägtes Beispiel für einen übernationalen Diskurs. Sie stellt eine Vorstufe einer im Entstehen befindlichen europäischen Öffentlichkeit dar und lässt sich damit nicht eindeutig in die idealtypischen Kategorien „nationale Öffentlichkeit“ oder „europäische Öffentlichkeit“ einordnen, wie sie die bisherige Literatur anbietet. Die Debatte wurde seit ihrem Beginn in allen untersuchten Öffentlichkeiten als europäische Diskussion geführt, dargestellt und zusammengefasst. Nicht nur die selben Ereignisse wurden diskutiert, sondern auch die Bewertungen und Rahmungen gliederten sich an. Es lassen sich konkrete direkte Beeinflussungen der nationalen Öffentlichkeiten untereinander nachweisen. Auch sind in allen untersuchten Öffentlichkeiten die selben – oft übernationalen – Akteure bedeutsam.

Eine Angleichung der nationalen Ausgangspositionen durch die europaweite Diskussion lässt sich vor allem bei wichtigen Sachfragen eindeutig nachweisen. Durch die Diskussion wurden Elemente von Unsicherheit und Unentschlossenheit in den nationalen Öffentlichkeiten beseitigt – sie nehmen im Lauf der Diskussion linear ab. Das bedeutet zwar nicht, dass ein allgemein akzeptierter europäischer Konsens gefunden wurde, aber die verschiedenen Standpunkte wurden rational erläutert, kulturelle Vermittlung fand statt und um Verständnis wurde geworben. Somit wurden die Grundlagen für eine auf den natürlicherweise unterschiedlichen Interessen basierende Sachdiskussion geschaffen, die mit dem Beschluss, einen Konvent mit der Ausarbeitung einer EU-Verfassung zu beauftragen, sogar konkrete politische Resultate hatte.

Schließlich ließ sich eine allen Öffentlichkeiten gemeinsame Tendenz feststellen, Europa als Gemeinschaft zu konstruieren. Die Geschichte der EU wird mythologisiert, ihre Helden sind die „Gründerväter“ der Gemeinschaft und gemeinsame Werte bilden ihre Grundlage. In allen untersuchten Öffentlichkeiten wird eine bedrohliche Krise ausgemacht, die nur durch Handeln hin entweder zu „mehr Europa“ oder zu einer „besseren EU“ vermieden werden kann. Die selbstreinigende Wirkung eines neuen Anfangs, eine „Neugründung“ und ein „Aufbruch ins 21. Jahrhundert“ werden beschworen. Diese symbolischen Rahmungen der Gemeinschaft EU ähneln sich stark. Es handelt sich um eine gemeinsame, transnationale Konstruktion.

In der Arbeit wurden drei Idealtypen europäischer Öffentlichkeitstheorien unterschieden: Ein „liberales Widerspiegelungsmodell“, eine „Pessimistische Schule“ und eine „Post-habermasianische Berliner Schule“. Für die Anhänger des Widerspiegelungsmodells hinkt die Entwicklung einer europäischen Öffentlichkeit dem Machtzuwachs der EU hinterher und verursacht dadurch ein Demokratiedefizit – die Vorgänge und Entscheidungen der Politik werden nicht in ausreichendem Ausmaß in den Medien abgebildet und sind somit nicht demokratisch kontrollierbar. Für die „pessimistische Schule“ ist ein *demos* Voraussetzung der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit. Die Entwicklung einer europäischen kollektiven Identität ist jedoch so unwahrscheinlich, dass auch die Entstehung relevanter europäischer öffentlicher Kommunikation für unwahrscheinlich gehalten wird. Die habermasianisch inspirierten Modelle gehen schließlich davon aus, dass ein europäischer Diskurs schon existiert. Dieser kann aber nicht am Ideal des Nationalstaates gemessen werden, sondern taucht nur in Verbindung mit konkreten Einzelproblemen auf.

Drei Probleme der Literatur wurden identifiziert: Erstens eine starke normative Ausprägung aller Modelle, die zu einer Vermischung von politischer und akademischer Diskussion führt. Zweitens eine starke Orientierung an bekannten Modellen von Öffentlichkeit, die dazu führt, dass alle öffentliche Kommunikation an Idealtypen gemessen wird, die entweder nicht erreicht werden können, oder in jedem Fall erreicht werden müssen. Drittens ein Empirie-Defizit, das zu einer zunehmend realitätsfremden Argumentation führt. Diese Arbeit hat versucht, diese Probleme der theoretischen Ausgangspositionen und ihrer empirischen Überprüfung zu berücksichtigen.

Es wird argumentiert, dass zur Ausbildung einer europäischen Öffentlichkeit, die allgemein als unabdingbar für die Etablierung einer demokratischen Organisation der EU gilt, die prozessualen Vorbedingungen demokratischer Kommunikation noch nicht vorhanden sind. Erst wenn die EU-Entscheidungsfindung denen nationaler Demokratien angeglichen wird, ist eine Öffentlichkeit denkbar, die Transparenz herstellt, Konsense öffentlich aushandelt und Identitäten konstruiert. Das bedeutet, dass Verfahren öffentlich gemacht werden, Verantwortlichkeiten klar zurechenbar sind und eine direkte Repräsentation der Bürger in den Institutionen sicher gestellt wird. Entscheidungen müssen kontrollierbar, kritisierbar und widerrufbar werden. Dazu muss das *Politics-Defizit* der Europäischen Union ausgeglichen werden. Dieser Dynamisierung des politischen Prozesses würde die Entstehung einer demokratischen Öffentlichkeit folgen.

Die europäische Verfassungs-Debatte war ein Beispiel einer solchen offenen, demokratischen öffentlichen Debatte. Nur unter den spezifischen Bedingung konnte ein

solcher übernationaler Diskurs entstehen, der zu einem konkreten politischen Ergebnis führte. Es handelte sich um eine Ausnahmesituation, die gerade wegen ihrer Ungewöhnlichkeit und Außeralltäglichkeit und nur wegen des Übergehens der üblichen Wege der Entscheidungsfindung in der EU ihre Dynamik entwickeln konnte. Eine solche Diskussion ist daher in der Zukunft nicht oft zu erwarten und ihr entsprechende öffentliche Debatten werden nicht die integrierende und potentiell identitätsstiftende Rolle spielen können.

Diese Ergebnisse implizieren Empfehlungen für die Neuordnung der Struktur von Politikprozessen in der EU. Sollen die integrierenden Kräfte einer europäischen Öffentlichkeit genutzt werden, um die weitere Annäherung der europäischen Staaten zu beschleunigen, festigen und fortzuentwickeln, sind eine weitgehende Demokratisierung der Entscheidungsfindungsprozesse, eine größere Transparenz der Institutionen und mehr direkte Verantwortlichkeiten führender Repräsentanten unabdingbar. Nach dem Ende des *permissive consensus* der europäischen Wähler, der den politischen Eliten noch vor einigen Jahren supranationale Machtausübung ohne direkte Legitimation ermöglichte, ist eine weitgehende Demokratisierung nötig. Nicht nur aus normativen Gründen, sondern weil weitere Integration ohne die Entwicklung europäischer kollektiver Identität an Grenzen zu stoßen beginnt.

Es lassen sich vorsichtig weitere Konsequenzen der Ergebnisse dieser Untersuchung für die konkrete Politikgestaltung formulieren: Die Analyse der Debatte über eine Europäische Verfassung hat gezeigt, dass in verschiedenen Ländern zur gleichen Zeit verschiedenen europäische Themen die Debatte dominieren können. So war etwa die Euro-Einführung, in Deutschland und Frankreich längst abgehandelt, in Großbritannien ein wichtiges Thema, welches die Wahrnehmung anderer europäischer Themen beeinflusste und dafür sorgte, dass die Struktur der öffentlichen Debatte hier wesentlich von den nationalen Diskursen in Deutschland und Frankreich abwich. Während in diesen beiden Ländern die Diskurse im wesentlichen parallel verliefen, sich gegenseitig beeinflussten und zum Hinterfragen von Stereotypen und Vorurteilen führten, blieb die britische Debatte relativ isoliert.

Die Verwirklichung der Idee eines „Kerneuropa“, einer Gruppe von „Pionierstaaten“, die mit der Integration voranschreitet und in Bereichen zusammenarbeitet, die andere EU-Staaten noch nicht bereit sind zu vergemeinschaften hätte also auch unmittelbare Folgen für eine (zukünftige) europäische Öffentlichkeit: Ein solches Vorgehen würde wahrscheinlich zu einer weiteren *Fragmentierung* der europäischen Öffentlichkeit führen. Diskurse wären schwieriger zu führen, wenn unterschiedliche Themen in den Mitgliedsstaaten die Agenda beherrschten.

Literaturverzeichnis

- Ackermann, Bruce (1989): Why Dialogue?, in: Journal of Philosophy 86, 5-22.
- Anderson, Benedict R. (1985): Imagined communities: reflections on the origin and spread of nationalism. London: Verso.
- Bundesverfassungsgericht 20, S. 175; Spiegel-Urteil.
- Christiansen, Thomas, Knud Erik Jorgensen, Antje Wiener (Hg.) (1999): The social construction of Europe ", Special Issue, Journal of European Public Policy, 6 (4).
- Dahrendorf, Ralf (1969): Class and class conflict in industrial society, Stanford, Calif.: Stanford Univ.Pr.
- Deutsch, Karl (1957): Political Community and the North Atlantic Area. Princeton NJ.: Princeton University Press.
- Dinan, Desmond (1999): Ever Closer Union: An Introduction to European Integration, 2nd edition, Boulder, CO: Lynne Reinner Publishers.
- Easton, David (1965): A framework for political analysis, Englewood Cliffs, NJ: Prentice-Hall.
- Eder, Klaus und Giesen, Bernhard (Hrsg.) (2001): European citizenship: between national legacies and postnational projects. Oxford: Oxford Univ. Press.
- Eder, Klaus und Kantner, Cathleen (2000): Transnationale Resonanzstrukturen in Europa. Eine Kritik der Rede vom Öffentlichkeitsdefizit, in: Maurizio Bach (Hrsg.): Transnationale Integrationsprozesse in Europa, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 40, Opladen, Westdeutscher Verlag.
- europa-digital (2003): <http://www.europa-digital.de/text/aktuell/dossier/konvent/zwibil.shtml>, am 1. Februar 2003.
- Früh, Werner (2001): Inhaltsanalyse: Theorie und Praxis, 5., überarb. Aufl., Konstanz: UVK Verl.-Ges.
- Gabel, Matthew J. (1998): Public Support for European Integration. An empirical Test of five Theories, Journal of Politics 50, 333-354.
- Gamson, William A. und Andre Modigliani (1989): Media Discourse and Public Opinion on Nuclear Power: A Constructionist Approach, in: American Journal of Sociology, 95: 1-37.
- Gamson, William A. (1996): Talking politics, Cambridge: Cambridge Univ. Press.
- Gerhards, Jürgen (1993): Westeuropäische Integration und die Schwierigkeiten der Entstehung einer Europäischen Öffentlichkeit, in: Zeitschrift für Soziologie 22(2), 96-110.
- Gerhards, Jürgen (2001): Europäisierung von Ökonomie und Politik und die Trägheit der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit, in: Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Transnationale Integrationsprozesse in Europa (Hrsg. Maurizio Bach). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Gerhards, Jürgen (2002): Das Öffentlichkeitsdefizit der EU in Horizont normativer Öffentlichkeitstheorien. In Hartmut Kaelbe, Martin Kirsch and Alexander Schmidt-Gernig (Hrsg.): Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert. Frankfurt am Main: Campus.
- Giesen, Bernhard (1999): Kollektive Identität. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Giesen, Bernhard (2002): Europäische Identität und transnationale Öffentlichkeit. Eine historische Perspektive, in: Hartmut Kaelble, Martin Kirsch und Alexander Schmidt-Gernig (Hg.), Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert, Frankfurt/New York: Campus.
- Giesen, Bernhard (2004): Triumph and Trauma, University of California Press.
- Goffman, Erving (1974): Frame analysis: An essay on the organization of experience, Cambridge (Mass.): Harvard Univ. Pr.
- Grimm, Dieter (1995): Does Europe need a constitution? In: European Law Journal 1(3), 282-302.
- Habermas, Jürgen (1990): Faktizität und Geltung, Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, Frankfurt am Main, Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1971): Theorie und Praxis: sozialphilosophische Studien, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1992): Citizenship and National Identity: Some Reflections on the Future of Europe.
- Habermas, Jürgen (1996): Die Einbeziehung des Anderen : Studien zur politischen Theorie, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hix, Simon (1999): The political system of the European Union. Basingstoke: Macmillan.
- Hug, Simon (2002): Voices of Europe. Citizens, Referendums and European Integration. Lanham, Md.: Rowman Littlefield.
- Kielmannsegg, Peter Graf (1996): Integration und Demokratie. In Markus Jachtenfuchs and Beate Kohler-Koch (Hrsg.): Europäische Integration. Opladen: Leske + Budrich.
- Koopmans, Ruud and Dieter Rucht (2001): The New Workgroup 'Political Public and Mobilization' at the Berlin Science Center for Social Research.
- Koselleck, Reinhard (1959): Kritik und Krise: ein Beitrag zur Pathogenese der bürgerlichen Welt, Freiburg: Alber.
- Kuckartz, Udo (1999): Computergestützte Analyse qualitativer Daten: eine Einführung in Methoden und Arbeitstechniken, Opladen; Wiesbaden: Westdt. Verl.
- Larsen, Henrik (1997): Foreign Policy and Discourse Analysis: Britain, France and Europe, London, Routledge.
- Lijpjar, Arend (1984): Democracies: patterns of majoritarian and consensus government in twenty- one countries, New Haven: Yale Univ. Press.
- Lipgens, Walter (Hrsg.) (1986): 45 Jahre Ringen um die Europäische Verfassung, Dokumente 1939-1984, Von den Schriften der Widerstandsbewegung bis zum Vertragsentwurf des Europäischen Parlaments, Bonn: Europa Union Verlag.
- Lord, Christopher (2001): Assessing Democracy in a Contested Polity, Journal of Common Market Studies, 39, 4, 641-661.
- Meyer, Christoph O. (1999): Political Legitimacy and the Invisibility of Politics: Exploring the European Union's Communication Deficit, in: Journal of Common Market Studies 37, 617-639.
- Meyer, Christoph O. (2000): Die Europäisierung politischer Öffentlichkeit: Länderübergreifender investigativer Journalismus und der Rücktritt der EU-Kommission, <http://www.uni-leipzig.de/~roose/ak/tagung/meyer.pdf> am 1. Februar 2003.

- Meyer, Thomas (2001): Mediokratie: die Kolonisierung der Politik durch das Mediensystem. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Moravcsik, Andrew (1999): Is Something rotten in the State of Denmark? Constructivism and the European Union, *Journal of European Public Policy* 6 (4), 669-681.
- Neidhardt, Friedhelm, Ruud Koopmans und Barbara Pfesch (2000): Konstitutionsbedingungen politischer Öffentlichkeit. Der Fall Europa, in: H. D. Klingemann, F. Neidhardt (Hrsg.), *Die Zukunft der Demokratie. Herausforderungen im Zeitalter der Globalisierung*, WZB-Jahrbuch 2000. Berlin: sigma, 263-294.
- Niedermayer, Oskar (1995): *Public opinion and internationalized governance*. Oxford: Oxford University Press.
- Noelle-Neumann, Elisabeth (1991): *Öffentliche Meinung. Die Entdeckung der Schweigespirale*, Frankfurt am Main und Berlin.
- Pollack, Mark A. (2001): International Relations Theory and European Integration, *Journal of Common Market studies* 39 (2), 221-244.
- Risse, Thomas (1998): *To Euro or not to Euro? The EMU and identity politics in the European Union*, Badia Fiesolana, San Domenico (FI): European Univ. Institute.
- Risse, Thomas (1999): *A European Identity? Europeanization and the Evolution of Nation-State Identities*, in: Maria Green Cowles (Hrsg.): *Transforming Europe: Europeanization and domestic change*. Ithaca, N.Y.: Cornell University Press.
- Scharpf, Fritz (1999): *Demokratieprobleme in der europäischen Mehrebenenpolitik*, in: Wolfgang Merkel und Andreas Busch (Hg.): *Demokratie in Ost und West*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 672-694.
- Snow, David A, und Robert D. Benford (1988): *Ideology, Frame Resonance and Participant Mobilization*, in: *International Social Movement Research* (1), 197-217.
- Steeg, Marianne van de (2001): *Rethinking the Conditions for a Public Sphere in the European Union*, in: *European Journal of Social Theory* 5(4), 499-519.
- Trenz, Hans-Jörg. (2000): *Korruption und politischer Skandal in der EU. Auf dem Weg zu einer europäischen politischen Öffentlichkeit?* In Maurizio Bach (Hg.), *Die Europäisierung nationaler Gesellschaften (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 40, pp. 332-359)*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Trenz, Hans-Jörg. (1999). *Anti-Rassismus Kampagnen und Protestmobilisierung in Europa*. *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 12, 78-84.
- Volkman-Schluck, Sonja (2001): *Die Debatte um eine Europäische Verfassung. Leitbilder, Konzepte, Strategien*, CAP Working-Paper, Dezember 2001.
- Wessels, Wolfgang (1997): *An Ever Closer Fusion? A Dynamic Macropolitical View on Integration Processes*, in: *Journal of Common Market Studies*, Vol. 35:2, p. 267-299.

Anhang

Codesystem

1. Themen
 - 1.1 Föderalismus
 - 1.2 Europäische Öffentlichkeit/Debatte
 - 1.3 Kerneuropa/Avantgarde/Flexibilität
 - 1.4 Soveränisten/Föderalisten - Europhile/Euroskeptiker
 - 1.5 Souveränität/Veto
 - 1.6 Subsidiarität/Kompetenzabgrenzung
 - 1.7 Identität
 - 1.8 Finalität
 - 1.9 EU als Weltmacht
2. Symbolische Referenzpunkte
 - 2.1 Zukunft
 - 2.1.1 Krise
 - 2.1.2 Globalisierung/"21. Jahrhundert"
 - 2.1.3 Neugründung/Neue Ära
 - 2.2 Geschichte
 - 2.2.1 Geschichte allgemein
 - 2.2.2 verbindende historische Bezüge
 - 2.2.3 EU-Geschichte/Gründerväter
 - 2.2.4 trennende historische Bezüge
 - 2.2.5 Nazis
 - 2.2.6 Nationale Geschichte
 - 2.3 Werte
 - 2.3.1 Gemeinsame europäische Werte
 - 2.3.2 Freihandelszone/Wertegemeinschaft
 - 2.3.3 Abgrenzung/USA
3. Frames
 - 3.1 Europa
 - 3.1.1 Zukunft/Vision
 - 3.1.2 Pragmatismus/Rationalität/Interessen
 - 3.1.3 Verhaltene Zustimmung
 - 3.1.4 Vorsicht/Unentschlossenheit
 - 3.1.5 Intransparenz/Demokratiedefizit
 - 3.1.6 Superstaat/Bedrohung/Angst/Kampf
 - 3.2 Verfassung
 - 3.2.1 symbolisch/affektiv
 - 3.2.2 Pragmatismus/Notwendigkeit/Nutzen
 - 3.2.3 fragwürdig/skeptisch
 - 3.2.4 Bedrohung/Superstaat
 - 3.3 Integration
 - 3.3.1 Vertiefung aus Passion
 - 3.3.2 Pragmatismus/Abwägung/Nutzen
 - 3.3.3 Stopp/Revidierung
 - 3.4 Identität
 - 3.4.1 europäisch
 - 3.4.2 nationalstaatlich
 - 3.4.3 Abgrenzung/Andersartigkeit
4. Anlass
 - 4.1 Debatte allgemein/Zusammenfassungen
 - 4.2 Ereignisse
 - 4.2.1 Humboldt-Rede
 - 4.2.2 französische Präsidentschaft
 - 4.2.3 Chevènement
 - 4.2.4 Verfassungsvorschlag Juppé/Bayrou
 - 4.2.5 Chirac-Reichstags-Rede
 - 4.2.6 Verheugen
 - 4.2.7 Blair-Rede in Warschau
 - 4.2.8 Jospin-Rede
 - 4.3 Wortsuche
 - 4.3.1 Charta
 - 4.3.2 Nizza
 - 4.4 Konvent?
5. Akteur
 - 5.1 Medien
 - Ausland
 - Inland
 - 5.2 Intellektuelle
 - Ausland
 - Inland
 - 5.3 Europäische korporative Akteure

- Verbände
- Parlament
- Kommission
- 5.4 Politiker
 - 5.4.1 EU-Ausland
 - 5.4.1a Amato
 - 5.4.1b Ciampi
 - 5.4.1c Dini
 - 5.4.1d Havel
 - 5.4.1e Juncker
 - 5.4.1f Michel
 - 5.4.1g Persson
 - 5.4.1h Piqué
 - 5.4.1i Aznar
 - 5.4.1j Verhofstadt
 - 5.4.2 EU
 - 5.4.2a Barnier
 - 5.4.2b Cohn-Bendit
 - 5.4.2c Delors
 - 5.4.2d Fontaine
 - 5.4.2e Kinnock
 - 5.4.2f Monnet
 - 5.4.2g Patten
 - 5.4.2h Prodi
 - 5.4.2i Schuman
 - 5.4.2j Solana
 - 5.4.2k Verheugen
 - 5.4.3 Frankreich
 - 5.4.3a Bayrou
 - 5.4.3b Chévenement
 - 5.4.3c Chirac
 - 5.4.3d De Gaulle
 - 5.4.3e Jospin
 - 5.4.3f Juppé (Toubon)
 - 5.4.3g Moscovici
 - 5.4.3h Vedrine
 - 5.4.3i VGD
 - 5.4.4 Deutschland
 - 5.4.4a Adenauer
 - 5.4.4h Schröder
 - 5.4.4b Fischer
 - 5.4.4c Genscher
 - 5.4.4g Schmidt
 - 5.4.4e Merkel
 - 5.4.4f Schäuble (Lahmers)
 - 5.4.4d Herzog
 - 5.4.4i Stoiber
 - 5.4.5 Großbritannien
 - 5.4.5a Blair
 - 5.4.5b Brown
 - 5.4.5c Churchill
 - 5.4.5d Cook
 - 5.4.5e Major
 - 5.4.5f Maude
 - 5.4.5g Vaz
 - 5.4.5h Mandelson
 - 5.4.5i Thatcher
- 6. Begriffsklärung/kulturelle Verständigung
 - Föderalismus
 - Erwartete Reaktionen
 - Bundstaat/Staatenbund - Föderation/Konföderation
- Interessante Beispiele
 - Zitate
 - Bilder
- Suche
 - Föderalismus
 - Identität
 - Pragmatismus
 - Presse/Medien
 - Skeptik
 - Souveränität
 - Subsidiarität
 - Superstaat
 - Transparenz
 - Veto
 - Vision

Beispiel Codiervorgang mit MaxQDA

The screenshot shows the MaxQDA interface with the following components:

- Project Path:** C:\Dokumente und Einstellungen\Sebastian\Eigene Dateien\Dokumente\Wagisterarbeit\Wagisterarbeit.m2k - MAX.QDA
- Menu:** Projekt, Bearbeiten, Codes, Memos, Variablen, Textsuche, Analyse, Fenster
- Liste der Codes (Left Pane):**
 - 1. Themen
 - 1.1 Föderalismus (142)
 - 1.2 Europäische Öffentlichkeit/Debatte (158)
 - 1.3 Kerneuropa/Avantgarde/Flexibilität (131)
 - 1.4 Sovereänisten/Föderalisten - Europhile/E... (82)
 - 1.5 Souveränität/Veto (63)
 - 1.6 Subsidiarität/Kompetenzabgrenzung (47)
 - 1.7 Identität (39)
 - 1.8 Finalität (26)
 - 1.9 EU als Weltmacht (10)
 - 2. Symbolische Referenzpunkte
 - 2.1 Zukunft (0)
 - 2.1.1 Krise (48)
 - 2.1.2 Globalisierung/"21. Jahrhundert" (20)
 - 2.1.3 Neugründung/Neue Ära (25)
 - 2.2 Historische Bezüge (0)
 - 2.2.1 Geschichte allgemein (16)
 - 2.2.2 verbindende historische Bezüge (15)
 - 2.2.3 EU-Geschichte/Gründerväter (71)
 - 2.2.4 trennende historische Bezüge (43)
 - 2.2.5 Nazis (22)
 - 2.2.6 Nationale Geschichte (10)
 - 2.3 Werte (0)
 - 2.3.1 Gemeinsame europäische Werte (35)
 - 2.3.2 Freihandelszone/Wertegemeinschaft (34)
 - 2.3.3 Abgrenzung/USA (23)
 - 3. Frames (0)
 - 3.1 Europa (0)
 - 3.1.1 Zukunft/Vision (122)
 - 3.1.2 Pragmatismus/Rationalität/Interessen (64)
 - 3.1.3 Verhaltene Zustimmung (23)
 - 3.1.4 Vorsicht/Unentschlossenheit (41)
 - 3.1.5 Intransparenz/Demokratiedefizit (100)
 - 3.1.6 Superstaat/Bedrohung/Angst/Kampf (143)
 - 3.2 Verfassung (0)
 - 3.2.1 symbolisch/affektiv (67)
 - 3.2.2 Pragmatismus/Notwendigkeit/Nutzen (80)

- Text: Monde/monde000912 (Main Area):**

13
14 Joschka Fischer a eu le merite de sortir, enfin!, ce debat
europeen d'une anesthesiante torpeur.
15
16 Certes, des voix aussi autorisees que celles des presidents
allemand et italien Johannes Rau et Carlo Azeglio Ciampi, celles
du tandem de veterans Giscard d'Estaing- Schmidt, ou celle encore
d'un Jacques Delors toujours sur la breche, toutes ou presque,
parlent de federalisme.
17
18 Mais le ministre allemand des affaires etrangeres a su se
hisser a la une de l'actualite en se defaisant de la rigidite
inherente a sa fonction. Une provocation bienvenue: comme dit
Goethe, chaque generation doit gagner ce dont elle a herite.
19
20 Il est quand meme paradoxal qu'un demi-siecle apres la
declaration de Robert Schuman du 9 mai 1950 et les aspirations de
Jean Monnet a un objectif commun de federalisation europeenne, et
alors que l'ouvrage est quasiment acheve, le fait de parler d'une
federation apparaisse a la limite du subversif.
21
22 Quel succes pour la presse anglo-saxonne, nourrie de
l'hostilite systematique des conservateurs britanniques, qui ont
reussi a faire de cette expression un tabou!
- Liste der Codings (Bottom Right):**
- d'un Jacques Delors toujours sur la breche, toutes ou presque,
parlent de federalisme.
- Il est quand meme paradoxal qu'un demi-siecle apres la
declaration de Robert Schuman du 9 mai 1950 et les aspirations de
Jean Monnet a un objectif commun de federalisation europeenne, et
alors que l'ouvrage est quasiment acheve, le fait de parler d'une
federation apparaisse a la limite du subversif.
- Le systeme le plus equilibre et le plus democratique est federal:

The screenshot shows the MaxQDA interface with the following components:

- Project Path:** C:\Dokumente und Einstellungen\Sebastian\Eigene Dateien\Dokumente\Wagisterarbeit\Wagisterarbeit.m2k - MAX.QDA
- Menu:** Projekt, Bearbeiten, Codes, Memos, Variablen, Textsuche, Analyse, Fenster
- Liste der Codes (Left Pane):**
 - 3.2.1 symbolisch/affektiv (67)
 - 3.2.2 Pragmatismus/Notwendigkeit/Nutzen (80)
 - 3.2.3 fragwürdig/skeptisch (38)
 - 3.2.4 Bedrohung/Superstaat (30)
 - 3.3 Integration (0)
 - 3.3.1 Vertiefung aus Passion (7)
 - 3.3.2 Pragmatismus/Abwägung/Nutzen (21)
 - 3.3.3 Stopp/Revidierung (33)
 - 3.4 Identität (1)
 - 3.4.1 europäisch (33)
 - 3.4.2 nationalstaatlich (52)
 - 3.4.3 Abgrenzung/Andersartigkeit (27)
 - 4. Anlass (0)
 - 4.1 Debatte allgemein/Zusammenfassungen (27)
 - 4.2 Ereignisse (0)
 - 4.2.1 Humboldt-Rede (137)
 - 4.2.2 französische Präsidentschaft (36)
 - 4.2.3 Chevènement (18)
 - 4.2.4 Verfassungsvorschlag Juppé/Bayrou (32)
 - 4.2.5 Chirac-Reichstags-Rede (76)
 - 4.2.6 Verheugen (18)
 - 4.2.7 Blair-Rede in Warschau (24)
 - 4.2.8 Jospin-Rede (4)
 - 4.3 Wortsuche (4)
 - 4.4 Konvent? (68)
 - 5. Akteur (0)
 - 5.1 Medien (0)
 - 5.2 Intellektuelle (0)
 - 5.3 Europäische korporative Akteure (0)
 - 5.4 Politiker (0)
 - 5.4.1 EU-Ausland (1)
 - 5.4.2 EU (0)
 - 5.4.3 Frankreich (3)
 - 5.4.4 Deutschland (2)
 - 5.4.5 Großbritannien (0)
 - 6. Begriffsklärung/kulturelle Verständigung (4)
 - Interessante Beispiele (4)

- Text: Monde/monde000912 (Main Area):**

13
14 Joschka Fischer a eu le merite de sortir, enfin!, ce debat
europeen d'une anesthesiante torpeur.
15
16 Certes, des voix aussi autorisees que celles des presidents
allemand et italien Johannes Rau et Carlo Azeglio Ciampi, celles
du tandem de veterans Giscard d'Estaing- Schmidt, ou celle encore
d'un Jacques Delors toujours sur la breche, toutes ou presque,
parlent de federalisme.
17
18 Mais le ministre allemand des affaires etrangeres a su se
hisser a la une de l'actualite en se defaisant de la rigidite
inherente a sa fonction. Une provocation bienvenue: comme dit
Goethe, chaque generation doit gagner ce dont elle a herite.
19
20 Il est quand meme paradoxal qu'un demi-siecle apres la
declaration de Robert Schuman du 9 mai 1950 et les aspirations de
Jean Monnet a un objectif commun de federalisation europeenne, et
alors que l'ouvrage est quasiment acheve, le fait de parler d'une
federation apparaisse a la limite du subversif.
21
22 Quel succes pour la presse anglo-saxonne, nourrie de
l'hostilite systematique des conservateurs britanniques, qui ont
reussi a faire de cette expression un tabou!
- Liste der Codings (Bottom Right):**
- d'un Jacques Delors toujours sur la breche, toutes ou presque,
parlent de federalisme.
- Il est quand meme paradoxal qu'un demi-siecle apres la
declaration de Robert Schuman du 9 mai 1950 et les aspirations de
Jean Monnet a un objectif commun de federalisation europeenne, et
alors que l'ouvrage est quasiment acheve, le fait de parler d'une
federation apparaisse a la limite du subversif.
- Le systeme le plus equilibre et le plus democratique est federal: